



Was die Welt braucht ...





... und wer es liefert

Ja, wir lieben unser Land und wir lieben diese Welt. Mit unseren 190.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland und 600.000 in 220 Ländern tun wir deswegen alles, was in unserer Macht steht, um ein nachhaltiges Funktionieren der Welt-Gemeinschaft aus Mensch und Natur zu ermöglichen. group.dhl.com/de

Deutsche Post 





Streik bei der Bahn verursacht Milliarden-Schaden

Verkehrsminister Wissing: „Ich habe null Verständnis für diese Form der Tarifaufeinanderersetzung“

Die Deutsche Bahn steht trotz eines verbesserten Tarifangebots vor einem der längsten Streiks ihrer Geschichte. Die Lokführergewerkschaft GDL kündigte für Mittwochmorgen zwei Uhr die vierte Streikrunde im laufenden Tarifkonflikt an. Der Ausstand soll bis kommenden Montag um 18 Uhr bundesweit den Verkehr lahmlegen. Im Güterverkehr wird bereits vom heutigen Dienstagabend an zum Arbeitskampf aufgerufen.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sagte im ZDF, der Tarifkonflikt nehme zunehmend destruktive Züge an. „Ich habe null Verständnis für diese Form der Tarifaufeinanderersetzung.“ Er glaube auch nicht, dass GDL-Chef Claus Weselsky „sich und seiner Gewerkschaft mit diesem Stil einen Gefallen tut“. Die Bahn nannte es maßlos, dass die Gewerkschaft bei einem verbesserten Angebot nicht einmal an den Verhandlungstisch komme. Sie will aber nicht erneut versuchen, den Streik per einstweiliger Verfügung vor Gericht zu stoppen.

Das Unternehmen hatte der GDL erst am Freitag ein neues Tarifangebot unterbreitet. Dabei war Personalvorstand Martin Seiler auch auf die Kernforderung der GDL eingegangen, eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Er hatte eine Stunde weniger Arbeit pro Woche angeboten. GDL-Chef Claus Weselsky lehnte dies dennoch ab: „Herr Seiler trickst und täuscht an der Stelle auch die Bahnkunden, nicht nur seine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“ Die angebotene Senkung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde habe Seiler daran gekoppelt, dass die Bahn ausreichend zusätzliche Mitarbeiter einstellen könne. Der Bahnvorstand reagierte mit Unverständnis: „Wir haben der GDL die Hand gereicht, sie antwortet mit einem sechstägigen Streik. Obwohl wir große Zugeständnisse gemacht haben, ist die Lokführergewerkschaft noch nicht einmal bereit, zu verhandeln.“

Die Bahn will wie beim letzten Streik für den Fern-, Regional- und S-Bahn-Verkehr einen Notfallplan mit einem reduzierten Angebot an

Fahrten anbieten. Zuletzt fuhr bei Streiks nur etwa jeder fünfte Fernzug. Während der Konzernen bei den vergangenen Ausständen seine Kunden immer dazu aufrief, möglichst zu Hause zu bleiben, Reisen zu verschieben und Tickets zu stornieren, rät die DB dieses Mal dazu, möglichst frühzeitig Sitzplätze für die Züge zu reservieren, die trotz des Streiks fahren werden.

Der neue Ausstand sorgte in der Wirtschaft und beim Fahrgastverband Pro Bahn für Sorgen: „Der sechstägige Streik ist für Fahrgäste eine Zumutung“, sagte der Bundesvorsitzende Detlef Neuß. Durch die lange Dauer seien nun auch Wochenendpendler betroffen. Derzeit gebe es sehr wohl Reisende, die Verständnis für die Anliegen der Lokführer hätten. „Aber bei einem Sechs-Tage-Streik dürfte sich das Verständnis der Fahrgäste sicher halbieren.“

Ökonomen gehen durch den langen Streik von einem Milliarden-Schaden aus: „Ein eintägiger bundesweiter Bahnstreik kostet etwa 100 Millionen Euro am Tag an Wirtschaftsleistung“, sagte der Konjunkturchef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln), Michael Grömling. Bei der nun angekündigten Streikdauer von sechs Tagen stiegen die Kosten nicht mehr linear, sondern multiplizierten sich zum Teil. „Wir sind da schnell bei einer Milliarde Euro Schaden“, sagte Grömling. Die Deutsche Bahn selbst kalkuliert mit etwa 25 Millionen Euro pro Tag für ihr Unternehmen allein.

Der Unternehmerverband Baden-Württemberg (UBW) zeigte sich besorgt, zumal Deutschland in der Rezession sei: „In einer Zeit, in der wir uns ohnehin um die wirtschaftliche Entwicklung und um den sozialen Frieden in unserem Land Sorgen machen müssen, legt die GDL hier zusätzlich Feuer an die Lunte. Das ist sehr bedenklich“, sagte UBW-Hauptgeschäftsführer Oliver Barta. Die Unternehmer aus Berlin und Brandenburg äußerten sich ähnlich und warnten vor einer weiteren Bremse für die Konjunktur: „Fast eine ganze Woche ohne Güterverkehr auf der Schiene bedeutet für viele Unternehmen einen echten Schlag ins Kontor“, hieß es. phv/rtr/dpa

Seite 10

KOMMENTAR

Maßlose Lokführer

Die Lokführer haben im Tarifkonflikt mit der Deutschen Bahn jedes Maß verloren. Fast eine Woche Streik, ohne vorher ernsthaft über das neue Angebot des Arbeitgebers verhandelt zu haben, ist völlig überzogen. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat die Hürden für neue Gespräche so hoch gelegt, dass sie für die Deutsche Bahn kaum zu nehmen ist.

Die GDL um ihren Chef Claus Weselsky demonstriert damit, dass sie keine Rücksicht auf die Fahrgäste der Bahn nimmt. Mit dem neuen Streik will sie gezielt auch die Pendler und Vielfahrer treffen. Bislang galt es als Tabu, die besonders verkehrsstarken Wochenenden lahmzulegen. Es dürfte den Lokführern im Kampf um die öffentliche Deutungshoheit in diesem Tarifstreit nicht nützen.

Ohnehin ist die Situation so verfahren, dass eigentlich nur noch massiver öffentlicher Druck auf die Lokführer dazu führen kann, eine Lösung zu finden. Dass Weselsky die Meinung der verärgerten Bahn-Kunden nicht interessiert, hat er mehrfach in der Vergangenheit demonstriert. Doch auch die gewöhnlichen GDL-Mitglieder werden sich von ihren Nachbarn, Freun-

den und Bekannten fragen lassen müssen, warum ihre Gewerkschaft trotz eines Angebots, das deutliche Lohnerhöhungen vorsieht, diesen Konflikt auf dem Rücken der Pendler austrägt. Offensichtlich ist dieser Druck bislang noch nicht groß genug.

Die Forderung, ohne Lohnneinbußen die Arbeitszeit deutlich zu reduzieren, kann die Bahn nicht erfüllen – selbst, wenn sie es wollte. Lokführer wachsen nicht an Bäumen, schon jetzt fehlt Personal, die demografischen Entwicklungen der nächsten Jahre werden das nicht besser machen. Ganz davon abgesehen, dass es sich kein privat geführtes Eisenbahnunternehmen leisten könnte, die Forderung zu erfüllen. Würde die Deutsche Bahn nachgeben, müssten es am Ende entweder die Fahrgäste über noch deutlich schneller steigende Ticketpreise oder die Steuerzahler über immer neue Kredite für den Staatskonzern bezahlen.

Es ist wie immer in Tarifkonflikten: Es muss ein Kompromiss gefunden werden. Den findet man allerdings nur in Verhandlungen. Die Lokführer müssen ihre Verweigerungshaltung endlich aufgeben.

philipp.vetter@welt.de

Früher bereitete man sich auf die Ankunft des Messias vor, heute geht es darum, sich auf die Ankunft von Donald Trump vorzubereiten, der für seine Anhänger durchaus messianische Qualitäten hat. Alle anderen erwarten von ihm satanisches Unheil. Deshalb stellen sich viele die bange Frage: Sind wir auf Donald Trump vorbereitet? Wenn Trump die Macht ergreift, dann wird er aus der Nato austreten und uns auf jede erdenkliche Art und Weise quälen. Das Fossil Trump löst, wenn er sich die Wahl nicht schon wieder stehlen lässt, das andere Fossil im Wei-

ßen Haus ab, und dann bricht ein neues fossiles Zeitalter an, das uns die CO₂-Werte nur so um die Ohren fliegen werden. Wie kann man sich auf den Beelzebub angemessen vorbereiten? Sollte die Ampel ein Sondervormögen Trump bilden? Wäre jetzt der Moment, Boris Pistorius mit diktatorischen Vollmachten auszustatten, oder sollte Angela Merkel den Job machen, vor der hatte Trump wenigstens Respekt. Und wenn alles andere nichts hilft: Haben wir genügend unbescholtene Bischöfe und Kardinäle, die diese Ausgeburt der Hölle exorzieren könnten?

ZIPPERT ZAPPT



Letzte Ehre für Wolfgang Schäuble

Der französische Präsident Emmanuel Macron (Mitte) ist gekommen, dazu die Spitzen von Politik und Gesellschaft in Deutschland. Sie alle nehmen in einem bewegenden Staatsakt im Bundestag Abschied von Wol-

fgang Schäuble (CDU), der im Alter von 81 Jahren verstorben war. Macron sagt auf Deutsch: „Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren. Frankreich hat einen Freund verloren.“

EU erhöht Druck auf Israel für Zweistaatenlösung

Borrell legt Friedensplan vor. Baerbock dringt auf schnellen Militäreinsatz gegen Huthis

Die Europäische Union hat beim Treffen der Außenminister ihren Druck auf die israelische Regierung gesteigert und eine sogenannte Zweistaatenlösung gefordert. Neben Israels Außenminister Israel Katz waren auch die Vertreter Jordaniens, Ägyptens, der Palästinenser und ein Repräsentant der Arabischen Liga geladen. Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) nannte die Zweistaatenlösung „die einzige Lösung“.

VON DANIEL-DYLAN BÖHMER UND CHRISTOPH B. SCHILTZ
AUS BERLIN UND BRÜSSEL

EU-Chefdiplomat Josep Borrell legte dafür im internen Kreis sogar schon ein Konzept vor und verlangte eine Friedenskonferenz. Diese soll gemeinsam mit Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien stattfinden. Dabei würde das Kernproblem zur Sprache kommen, das eine Konfliktbeilegung bisher verhindert: die unterschiedlichen Sichtweisen zur Perspektive eines palästinensischen Staates. Hier liegen die Positionen derzeit weiter auseinander als jemals in den vergangenen Jahren. Lange hatte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu eine Zweistaatenlösung nicht ausdrücklich abgelehnt. Auf diese Frage angesprochen, hatte er in den vergangenen Jahren meist auf die Spaltung der Palästinenser zwischen der islamistischen Hamas und der säkularen Fatah verwiesen, die eine gemeinsame Lö-

sung erschwerten, zumal die Hamas mit ihrem Ziel der Vernichtung Israels kaum ein akzeptabler Partner für eine Zweistaatenlösung wäre.

Im Zuge des aktuellen Konflikts mit der Hamas stellte sich Netanjahu am Freitag gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates. Doch selbst mit den arabischen Staaten, die Israel am nächsten stehen, hätte Netanjahu mit dieser Position keine Verhandlungsgrundlage. Und das sind auch die Staaten, die Brüssel für eine Friedenskonferenz vorschweben.

Ägypten und Jordanien haben schon vor Jahrzehnten Frieden mit Israel geschlossen, Kairo schon 1979 und Amman 1994. Aber beide gehören auch zu den Unterzeichnern der Arabischen Friedensinitiative von 2002, die im Austausch für eine allgemeine Anerkennung Israels durch die Arabische Liga die Errichtung eines Palästinenserstaats und den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten fordert. Auf dieser Grundlage arbeitet derzeit auch Saudi-Arabien an einem gemeinsamen arabischen Lösungsvorschlag für die aktuelle Krise. Er sieht einen Waffenstillstand und die Freilassung israelischer Geiseln auf der Gefangenschaft der Hamas im Austausch für eine Normalisierung im Verhältnis der arabischen Staaten, aber eben auch für „unumkehrbare Schritte“ zur Errichtung eines Palästinenserstaates vor. Saudi-Arabien spielt dabei eine Schlüsselrolle. Darum strebt Netanjahu einen Frieden mit den Saudis an und hatte vor dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober auch wesentliche Fortschritte auf dem Weg dorthin gemacht. Doch für eine Anerkennung Israels hatten die

Saudis nach WELT-Informationen eben jene unumkehrbaren Schritte zu einer Zweistaatenlösung gefordert. Anders als etwa die Vereinigten Arabischen Emirate oder Bahrain, die 2020 in den sogenannten Abraham-Abkommen Frieden mit Israel geschlossen hatten, muss das saudische Königreich auf eine große Bevölkerung von mehr als 35 Millionen Menschen Rücksicht nehmen, die zum Teil sehr konservativ eingestellt sind und aufseiten der Palästinenser stehen.

Baerbock drang am Montag auf einen schnellen EU-Militäreinsatz zur Sicherung der Handelsseefahrt im Suezkanal und im Roten Meer, das Europa mit Asien, Afrika und Australien verbindet. Zwölf Prozent des Welthandels und ein Drittel aller weltweiten Containerschiffe gehen durch die Passage. Die jemenitische Huthi-Miliz greift seit Monaten westliche Handelsschiffe an und will damit ein Ende der israelischen Angriffe im Gaza-Streifen erzwingen. Damit werde „eine der zentralen Adern der freien Seefahrt“ getroffen, sagte Baerbock am Montag am Rande eines Treffens der EU-Außenminister in Brüssel.

Der EU-Einsatz soll spätestens Ende Februar beginnen und die seit Mitte Dezember laufende Marineoperation „Prosperity Guardian“ ergänzen. Anders als die von den Amerikanern geführte Operation sollen die Schiffe, Flugzeuge und Drohnen der EU aber keine Huthi-Stellungen an Land attackieren dürfen – ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, westliche Handelsschiffe zu begleiten und zu Wasser auch unter Einsatz von Waffengewalt zu verteidigen.

KOMMENTAR

Gefährlicher Einsatz

CHRISTOPH B. SCHILTZ

Es ist zu befürchten, dass der Nahe Osten beinahe schlafwandlerisch auf einen großen Krieg zusteuert, der mit einer erbitterten militärischen Konfrontation zwischen Israel und dem Libanon beginnen dürfte.

Eine Rolle in diesem „Worst Case“-Szenario für den Nahen Osten könnten aber auch die schiitischen Huthi-Rebellen spielen, die den Norden des Jemens beherrschen und seit Monaten westliche Handelsschiffe im Roten Meer angreifen. Der Westen sollte die Huthis nicht unterschätzen: Sie haben im Jemen einem achtjährigen Luftkrieg mit rund 25.000 saudischen Bombenangriffen widerstanden. Sie sehen nun in den Angriffen auf westliche Schiffe eine Chance, den Westen herauszufordern, sich als Helden der arabischen Welt zu

profilieren und ein wichtiger Regionalakteur zu werden. Die Huthi-Rebellen haben es mittlerweile geschafft, Washington in einen militärischen Konflikt in einer hochexplosiven Region hineinzuziehen. Ende Februar will auch die EU eine Marine-mission in das Rote Meer schicken, um die freie Seefahrt zu sichern.

Deutschland wird dabei mit der Fregatte „Hessen“ vertreten sein. Es wird der gefährlichste Einsatz sein, den die „Hessen“ jemals in ihrer Geschichte geleistet hat. Die deutschen Soldaten haben den Auftrag, angreifende Schiffe der Huthis

notfalls im Kampf zu zerstören. Dabei sind die Huthis nicht nur waghalsig, sondern vom Iran auch bestens ausgerüstet – sie sind keine Steinzeit-Miliz. Und sie scheuen sich möglicherweise auch nicht, aus Vergeltung für amerikanische Angriffe US-Militärstützpunkte in Saudi-Arabien anzugreifen. Das wäre ein Albtraum – und die Europäer wären mittendrin. Trotzdem ist es richtig, dass die EU sich engagiert. Der Einsatz ist auch dem entschiedenen Handeln des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zu verdanken. Würde der Westen die Huthis gewähren lassen, so wäre das ein fatales Signal an Aggressoren aller Art, es würde der westlichen Wirtschaft Schaden und langfristig zu höheren Preisen führen.

christoph.schiltz@welt.de



Mehr Informationen unter
welt.de/verantwortung



PICTURE ALLIANCE/PHOTOFEST/ROMAN GAERTNER

Ähnlich könnte es in der Verkehrspolitik sein.

Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs kommt bislang eher den urbanen Regionen zugute, während auf dem Land alles am Auto hängt. Weil eben das Auto dafür gesorgt hat, dass die Menschen gerade nicht mehr „provinziell“ leben, sondern sehr mobil geworden sind. Insofern ist das Auto der Garant der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land seit 1945, das sollte man nicht vergessen.

Könnte Optisches eine Rolle spielen? Städte werden tendenziell schöner, weil auf vielen Geländen hässlicher Fabriken Parks entstanden sind. Das Land aber muss nun mit Windparks und Solarflächen einen eher unansehnlichen Teil der industriellen Energieerzeugung übernehmen.

Das kann ein zusätzlicher Faktor sein. Der Ausbau der regenerativen Energien auf dem Land kann als negative Veränderung der Landschaft erfahren werden. Diffus kann so das Heimatgefühl beeinträchtigt werden. Am Ende kommt aber alles zusammen: Es gibt soziale Verluste auf dem Land, die Klimapolitik scheint eher auf die Problemlage der Großstädte zugeschnitten, und dann wird sie auch noch von einem linksliberalen Milieu angetrieben, das seine Hochburgen in den Metropolregionen hat. Ergänzt wird dies durch ein unbestimmtes Gefühl, dass man vonseiten der urbanen Milieus und der Regierung in seiner Lebensleistung nicht hinreichend anerkannt werde. Fertig ist die Mischung, welche dann zu einer Entgegensetzung von „Volk“ und „urbanen Eliten“ und zu Protestbewegungen führt, wie wir sie jetzt erleben.

Was ist zu tun, um die Wiederkehr von Stadt-Land-Gegensätzen zu bremsen?

Es gibt mittlerweile eine Zornpolitik, die sich nicht so schnell wird stillstellen lassen. Aber wie kann sachliche Politik darauf reagieren? Es müsste um eine Politik gehen, die regional kontextspezifisch ist: Die Politik für die Metropolen, die ja ihre eigenen Probleme haben, muss zu anderen Maßnahmen greifen als die Politik für das Land. Es müsste bei jeder Maßnahme mitbedacht werden, welche Konsequenzen sie für den städtischen und für den ländlichen Bereich hat. Mehr als bisher wäre daher zu fragen, was etwa bei Klimaschutz oder Verkehr, aber auch etwa in der Schul- oder Wohnungspolitik für die Städte und was für ländliche Regionen „passt“.

sich bemerkbar, die medizinische Versorgung wird dadurch schlechter, die öffentliche Verkehrsinfrastruktur abgebaut, die lokalen Vereine leiden, Immobilien verlieren an Wert. Auch wenn die Einkommen noch klassisches Mittelschichtsniveau haben, ergeben sich so verschiedene soziale Verluste.

Viel geklagt wird über sachfremde Vorgaben, die von außen an die gewohnten Lebens- und Wirtschaftsformen herangetragen würden. Ist das nachvollziehbar?

Gerade, wenn es um Klimaschutz geht, kann man argumentieren, dass der Hintergrund mancher politischen Maßnahmen offenbar ein städtischer, kein ländlicher ist. Nehmen Sie das Heizungsgesetz. In den Metropolen bietet die Fernwärme eine vielversprechende Alternative, und in den dort vorherrschenden Mehrfamilienhäusern werden neue Vorschriften nicht sonderlich stark als Eingriffe ins ganz persönliche Eigentum empfunden. Ganz anders ist das auf dem Land mit seinen Einfamilienhäusern.

„Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs kommt bislang eher den urbanen Regionen zugute, während auf dem Land alles am Auto hängt“, sagt **Andreas Reckwitz (u.)**



HU BERLIN/JÜRGEN BAUER

PAKISTAN/IRAN

Entspannung nach Angriffen

Auf Versöhnungskurs: Der iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian will in der kommenden Woche nach Pakistan reisen. Vorangegangen waren beispiellose grenzübergreifende Angriffe in beiden Ländern, die offenbar auf militante Gruppen in der pakistanischen Provinz Baluchistan und der iranischen Provinz Sistan-Belutschistan abzielten. Beide Länder haben einander vorgeworfen, den Gruppen, die in den jeweiligen Territorien ähnliche Unabhängigkeitsziele verfolgen, einen sicheren Hafen zu bieten. Der Nationale Sicherheitsausschuss Pakistans unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Premierministers Anwaarul Haq Kakar hatte am Freitag beschlossen, sich um eine Deeskalation der Spannungen zu bemühen. Die Boten der beiden Länder sollen bis zum 26. Januar auf ihre Posten zurückkehren.

WISSEN

ERNÄHRUNG

Wann Milch trotz Intoleranz gut ist

Eine Studie von US-Wissenschaftlern zeigt den Zusammenhang zwischen dem Konsum von Kuhmilch und dem Schutz vor Diabetes bei Menschen mit einer Laktoseintoleranz. Demnach soll Milch das Wachstum bestimmter Darmbakterien fördern, die wiederum den Stoffwechsel positiv beeinflussen. Wie plausibel diese Ergebnisse sind, lesen Sie im Bericht auf Seite 8.

CORONA-IMPFSCHÄDEN

Sehr geringe Anerkennungsquote

In Deutschland sind einem Bericht zufolge bislang bei 467 der insgesamt rund 65 Millionen gegen das Coronavirus geimpften Menschen Impfschäden anerkannt worden. 11.827 Personen hätten einen Antrag auf Anerkennung eines Schadens durch die Corona-Impfung gestellt, berichtet die „Neue Osnabrücker Zeitung“ unter Berufung auf eine Abfrage bei den zuständigen Behörden aller 16 Bundesländer. In 467 Fällen wurden die Anträge dem Bericht zufolge bewilligt, also ein Gesundheitsschaden durch eine Corona-Impfung behördlich anerkannt. Das entspricht bei rund 65 Millionen Geimpften einer Quote von 0,00072 Prozent. Mehr als 5000 Anträge wurden abgelehnt, 658 Anträge haben sich aus anderen Gründen erledigt. 5597 Anträge wurden noch nicht bearbeitet. Ein Grund für den enormen Antragsstau ist nach Angaben des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums ein Mangel an Gutachtern.

WIRTSCHAFT UND GELD

TREFFEN DER TOP-ENTSCHEIDER

WELT-Wirtschaftsgipfel

Bereits zum 15. Mal lädt WELT über den Dächern Berlins zum Wirtschaftsgipfel ein. Im Axel-Springer-Hochhaus werden am heutigen Dienstag die drängendsten Themen unserer Zeit diskutiert. Erwartet werden Vertreter aus der deutschen und internationalen Politik und Wirtschaft, darunter auch 55 Top-CEOs. Was die Teilnehmer auf dieser Veranstaltung erwartet, erfahren Sie auf Seite 9.

VERBOT VON EWIGKEITS-CHEMIKALIEN

Dräger ist besorgt

Stefan Dräger, Familieneigentümer und Vorstandschef des gleichnamigen Medizintechnikherstellers, befürchtet dramatischen Folgen, wenn die EU die sogenannten Ewigkeits-Chemikalien verbieten sollte. Dann werde es kein Beatmungsgerät von Dräger mehr geben. Betroffen seien nicht nur sein Unternehmen, sondern viele Hightech-Hersteller in der EU. Zu den PFAS-Chemikalien gebe es keine Alternative, weil gerade ihre Beständigkeit das Besondere sei. Lesen Sie das Interview auf Seite 10.

GROSSBRITANNIEN

500 Pubs weniger

Das Pub-Sterben in Großbritannien geht weiter. 2023 schlossen 509 Kneipen im Land für immer ihre Türen, ermittelte der Verband British Bar and Pub Association (BBPA). Davon waren auch mehr als 6000 Jobs betroffen. Zum Jahresende 2023 gab es Schätzungen zufolge noch rund 45.300 Pubs im Land. Das war etwa ein Viertel weniger als noch im Jahr 2000. Als Gründe für die Schließungen nannte BBPA „hartnäckig hohe Energierechnungen, eine der höchsten Biersteuern in Europa und keine Mehrwertsteuererleichterung“.

DEUTSCHLANDTICKET

Die 49 Euro bleiben

Millionen Pendler und Reisende können in diesem Jahr mit einem stabilen Preis beim Deutschlandticket für bundesweite Fahrten im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr rechnen. „Die Verkehrsministerkonferenz hat für 2024 Klarheit geschaffen: Auch wenn in der Öffentlichkeit über Preiserhöhungen ab Mai diskutiert wird, bleibt der Einführungs-

preis von 49 Euro für das Gesamtjahr stabil“, sagte der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, Nordrhein-Westfalens Ressortchef Oliver Krischer (Grüne). Das Deutschlandticket war zum 1. Mai 2023 für bundesweite Fahrten im Nah- und Regionalverkehr als digital buchbares, monatlich kündbares Abonnement eingeführt worden. Es wird von etwa zehn Millionen Menschen genutzt.

NUTZFAHRZEUGE

Traton mit Rekordhoch

Der Lkw-Bauer Traton hat den Absatz im vergangenen Jahr um elf Prozent auf 338.200 Nutzfahrzeuge gesteigert. Das sei ein Rekordhoch, erklärte die Volkswagen-Tochter. Stablere Lieferketten und ein hoher Auftragsbestand kurbelten demnach das Wachstum an. Der Auftragseingang ging allerdings um ein Fünftel auf knapp 265.000 Fahrzeuge zurück. Die Bestellungen für Lkw sanken um 23 Prozent. „Dies ist ein Zeichen dafür, dass sich die unter anderem durch die Covid-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine aufgestaute Nachfrage fortschreitend normalisiert“, erklärte die Holding mit den Marken MAN, Scania, Navistar und VW Trucks. Konkurrent Daimler Truck konnte die Auslieferungen im vergangenen Jahr nur um ein Prozent auf 526.000 Lastwagen und Busse steigern und verpasste damit sein Absatzziel von fünf Prozent Wachstum.

TAG AN DER BÖRSE

Schub vom US-Markt

Die jüngste Rekordjagd an der Wall Street hebt auch die Kauflaune an den europäischen Aktienmärkten. Der Dax schloss zum Wochenstart mit einem Plus von 0,8 Prozent bei 16.683 Zählern. Angeheizt durch eine Rallye bei amerikanischen Chipherstellern und schwergewichtigen Technologiewerten war der breit gefasste US-Index S&P 500 am Freitag auf einen Rekordschlussstand geklettert. Weitere Börseninformationen finden Sie auf Seite 9.

SPORT

FC BAYERN

Kimmich stellt Grundsatzfrage

Nationalspieler Joshua Kimmich hat nach dem 0:1 gegen Werder Bremen die Einstellung der Profis des FC Bayern München hinterfragt. „Das darf uns eigentlich nicht passieren, dass ein Gegner hungriger ist als wir“, sagte der 28-Jährige und wurde grundsätzlich. „Generell muss man die Herangehensweise hinterfragen. Man hat nicht das Gefühl, dass wir wissen, um was es geht.“ 14 Mal spielte Kimmich zuvor gegen Werder – und immer gewann er. Diese Serie riss nun. Sieben Punkte bei einem Spiel weniger beträgt der Rückstand der Bayern in der Bundesliga mittlerweile auf Spitzenreiter Bayer Leverkusen. Warum jetzt auch der Druck auf dem Transfermarkt wächst, lesen Sie auf Seite 15.

AFRIKA-CUP

Verletzter Salah kommt zurück

Der verletzte ägyptische Fußball-Star Mohamed Salah reist vom Afrika-Cup an der Elfenbeinküste ab, um sich beim FC Liverpool behandeln zu lassen. Der 31-Jährige wird nach dem letzten Vorrundenspiel seiner Teamkollegen gegen Kap Verde nach England fliegen. „Vermutlich jeder sieht es so, dass es Sinn ergibt, wenn er seine Reha bei uns und mit unseren Leuten macht“, sagte Liverpool-Trainer Jürgen Klopp. Salah hatte sich beim 2:2 gegen Ghana am Oberschenkel verletzt und war noch vor der Halbzeit ausgewechselt worden.

KULTUR UND GESELLSCHAFT

ANTIDISKRIMINIERUNGSKLAUSEL

Berlin macht Rückzieher

Der Berliner Senat zieht die umstrittene Antidiskriminierungsklausel für öffentlich geförderte Kultureinrichtungen zurück. Die Senatskulturverwaltung begründete den Schritt mit juristischen Bedenken. Das Ziel einer diskriminierungsfreien Kultur bleibe davon allerdings unberührt, erklärte Kultursenator Joe Chialo (CDU). „Ich muss aber die juristischen und kritischen Stimmen ernst nehmen, die in der eingeführten Klausel eine Beschränkung der Kunstfreiheit sahen.“ Die Klausel war erst am 21. Dezember eingeführt worden. Die offiziell „Antidiskriminierungsklausel“ genannte Bestimmung verlangte von Kultureinrichtungen, bei Förderanträgen mögliche antisemitische Tendenzen in Projekten klar auszuschließen. Grundlage der Klausel war die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Experten hatten bemängelt, dass diese Definition zu ungenau sei. Eine Einordnung lesen Sie auf Seite 18.

STREAMINGDIENST

RTL+ kollabiert

Der überraschende Auszug von Cora Schumacher aus dem „Dschungelcamp“ („Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“) hat den Streamingdienst RTL+ am Sonntagabend in die Knie gezwungen. Die wegen einer Sportübertragung verkürzte Sendung sollte eigentlich im Netz fortgesetzt werden. Zuvor hatten die Moderatoren das überraschende Ausscheiden von Schumacher angekündigt. Als dann aber die Zuschauer zu RTL+ wechselten, kollabierte die Streaming-Plattform. Der Sender entschuldigte sich: „Aufgrund einer extrem hohen zeitgleichen Nutzung von RTL+, bedingt durch den spontanen Auszug von Cora Schumacher, kam es gestern gegen 20:55 Uhr trotz aller Vorbereitungen zu einer Überlastung mehrerer Systeme“, sagte eine Sprecherin am Montag. RTL versprach seinen Streamingdienst technisch aufzurüsten, damit es nicht wieder zu Pannen kommt.

FREE THEM NOW

Geisel der Hamas



Ran Gvili, 24 Jahre alt

BRINGTHEMHOMEONLINE.NET

KOHLFAHRTLOKAL

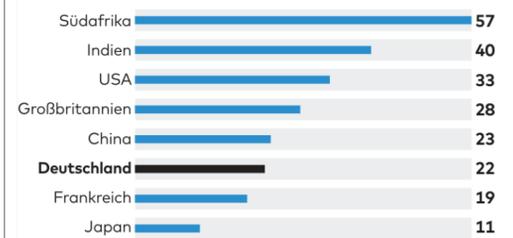
200 Flaschen Schnaps gestohlen

Zu einer zünftig-traditionellen Kohlfahrt gehört in der Regel auch Hochprozentiges – und genau darauf hatten es Diebe in Bremen abgesehen. Mehr als 200 Flaschen mit Whiskey, Gin und Co. entwendeten unbekannte Täter bei einem Einbruch. Der Inhaber des Lokals habe sich angesichts des „Verlustes des Vorrates nicht entmutigen“ lassen. Er habe geschafft, die für Samstagabend geplante Kohlfahrtfeier im Hause trotzdem steigen zu lassen. Bei einer Kohlfahrt ziehen Menschen traditionell mit einem Bollerwagen und alkoholischen Getränken durch die Kälte, um anschließend in einer Gaststätte Grünkohl zu essen und weiter zu feiern.

DSCHUNGELCAMP

Wer liebt die Trash-Formate?

Anteil der Befragten, die sich Reality TV im linearen Fernsehen angucken (in Prozent)



Basis: 1100-6200 befragte Nutzer (18-64 Jahre) von linearem Fernsehen je Land; Okt. 2022-Sep. 2023
Quelle: Statista Consumer Insights

LOTTO-JACKPOT

16 Millionen Euro ins Ruhrgebiet

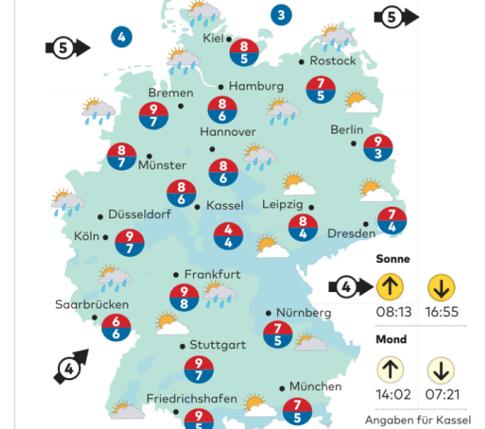
Ein Lottospieler aus dem Raum Gelsenkirchen hat den Jackpot beim klassischen Lotto „6 aus 49“ geknackt. Für das Ankreuzen der richtigen Zahlen 1, 8, 11, 25, 45, 49 und der Superzahl 4 gehen 15,8 Millionen Euro ins Ruhrgebiet. Der Jackpot wurde damit bei der Ziehung am Samstag geknackt, nachdem es bei den fünf Ziehungen zuvor in der 1. Gewinnklasse keinen Treffer gab. Die Wahrscheinlichkeit bei „6 aus 49“ liegt für Gewinnklasse 1 bei 1 zu 140 Millionen.

SUCHE NACH RESTEN

Asteroiden-Profis erwartet

Nachdem ein winziger Asteroid in der Nacht zum Sonntag in der Nähe von Berlin verglüht ist, sind Meteoritenforscher auf den Feldern bei Nennhausen (Kreis Havelland) unterwegs. „Dadurch, dass das Fallgebiet sehr groß ist und die Berechnungen ungenau, sucht man wortwörtlich die Nadel im Heuhaufen. Sobald es erste Funde gibt, können wir das Suchgebiet eingrenzen und die Berechnungen verfeinern“, teilte der Verein Arbeitskreis Meteore mit. Auch Mitarbeiter des Berliner Naturkundemuseums und Privatleute haben sich auf die Suche gemacht. Es seien auch professionelle Meteoritenforscher aus den USA bereits auf dem Weg nach Deutschland.

WETTER



Später von Westen erneut Regen

Heute: Zunächst ziehen mal mehr, mal weniger Wolken vorüber, und es gibt nur einzelne Regenschauer, im Bergland auch Schneeschauer. Im Laufe des Nachmittags kommen von Westen graue Wolken mit Regen auf, die bis zum Abend etwa die Mitte erreichen. Die Temperaturen steigen auf 5 bis 10 Grad. Der Wind weht in Böen frisch bis stark, im Norden auch stürmisch aus Südwest bis West. **Biwetter:** Bei der Wetterlage schlafen viele Menschen nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgeschlagenheit. Dadurch können Konzentrations- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. Wetterföhliche haben außerdem Kreislaufprobleme.

Der grün-schwarze Kampf ums Gendern

Belastung für Baden-Württembergs Regierungschef Kretschmann. Er denkt hier anders als seine Partei

Die Koalitionspartner in der grün-schwarzen Landesregierung von Baden-Württemberg haben einen weiteren Anlass zum Zwiß gefunden – in Gestalt des Gender-Sternchens, wahlweise des Gender-Is, Gender-Unterstrichs, Gender-Doppelpunkts oder der angeblich inklusiven Sprechpause. Hatte es bisher vor allem wegen Verkehrspolitik, Klimafragen, Bildung und Finanzen gerumpelt zwischen den Partnern, wird nun auch noch die Sprachpolitik zum Zankapfel.

VON HANNELORE CROLLY

Dabei hatte das CDU-geführte Innenministerium vor wenigen Tagen den Antrag auf ein Anti-Sternchen-Volksbegehren gestoppt und das mit formalen Fehlern und inhaltlichen Ungereimtheiten begründet. Und den Grünen war das sehr recht gewesen: Wo keine Gender-Pflicht bestehe, so deren Haltung, da gebe es schließlich auch keine Notwendigkeit für ein Verbot.

Doch nun will die Südwest-CDU auf keinen Fall als jene Partei dastehen, die der Sprachverhunzung durch Sonderzeichen auch noch freie Bahn bereitet hat. In der Folge wurde der Initiator des Volksbegehrens, der Heidelberger Jurist Klaus Hekking, nicht nur zum Gespräch mit Innenminister Thomas Strobl (CDU) geladen; er kam auch zur Visite in die christdemokratische Fraktion. Die wird geführt vom jungen, aufstrebenden Abgeordneten Manuel Hagel, der als Strobls Nachfolger gerade zum neuen Landespartei-Präsidenten gewählt worden ist. Seither versucht Hagel mit Eifer, sich in Stellung zu bringen für den Kampf ums Ministerpräsidententum.

Und so verkündeten Strobl und Hagel nach Hekkings Besuch einmütig, sie teilten und unterstützten das Anliegen der Bürgerinitiative. Strobl will „noch im Januar“ eine Verordnung auf den Weg bringen, die jegliches Herumgondern mit Sonderzeichen in behördlichen Schreiben verbietet. Hagel fügte an, Gendern hätte das Potenzial zu spalten – und dieser Befund würde perfekt auf die eigene Koalition passen. Denn die Grünen waren über Strobls Absichten so erzürnt, dass sie umgehend eine geharnischte Pressemitteilung



Winfried Kretschmann (Grüne)

auf den Weg brachten: „Im Gegensatz zu Minister Strobl haben wir nicht die leiseste Absicht, uns von den Verbotsideologen treiben zu lassen“, ließ sich Fraktionsvize Oliver Hildenbrand zitieren.

„Es bleibt dabei: Es sind die Gegner*innen einer geschlechtergerechten Sprache, die ständig über das Gendern reden wollen“, schrieb Hildenbrand weiter. „Einen Gender-Zwang herbeizufantazieren, um ein Gender-Verbot zu fordern – das ist und bleibt absurd.“ Der 36-Jährige, der von 2013 bis 2021 Co-Parteichef der grünen Landespartei war, teilte außerdem kräftig gegen Initiator Hekking aus, der ebenfalls der CDU angehört und einst für Lothar Späth (CDU) gearbeitet hatte, als dieser noch Innenminister war.

„Der Dilettantismus im Vorgehen des Herrn Hekking lässt sich nicht wegrösten“, so Hildenbrand. „Wer schon mit den Formblättern für ein Volksbegehren überfordert ist, empfiehlt sich ganz sicher nicht als Ratgeber für Regelwerke und Gesetze.“ Abschließend gab es dann noch mal einen Hieb Richtung Bündnispartner: „Ich kann mich nur wundern, dass diese Verbotsfantazien für die CDU offenbar so wichtig und verlockend sind.“

Nach einer harmonischen Beziehung zwischen Grünen und Südwest-CDU klingt das wahrlich nicht – was mit Blick auf den anstehenden Kampf um die Stuttgarter Staatskanzlei aber auch kein Wunder ist. Der beliebte Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) wird 2026 nicht mehr antreten, er wäre fast 78 Jahre alt. Und so wittert die CDU gerade Morgenluft, nach 15 langen Jahren in der Opposition beziehungsweise als Juniorpartner besteht wieder Hoffnung auf die Rückeroberung der Regierungsspitze. Also wird

jede Gelegenheit zur Profilierung genutzt. Genau die wollen die Grünen der CDU aber nicht überlassen, was dieser Tage auch eine andere kleine Episode zeigt: Einen Auftritt bei der politischen SWR-Debattensendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ hätten Kretschmann und der Sender schon im vergangenen Sommer vereinbart, schrieb die „Stuttgarter Zeitung“.

Doch als nun kurzfristig noch Manuel Hagel dazu gebeten worden sei, um über Bildungspolitik, Bauernproteste, Bürokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu diskutieren, habe Kretschmann abgesagt. Hagel habe sich als Mann der Zukunft neben dem Regierungschef, dessen Amtszeit ausläuft, präsentieren wollen. Doch Grünen-Kreise hätten darin eine „unnötige Aufwertung des designierten CDU-Herausforderers“ gesehen und Kretschmann zum Absagen bewegt.

Dass die Stimmung zwischen den Koalitionären und Hagel gegenüber so angespannt ist, dürfte auch an dessen Aussage liegen, dass die CDU in dieser Legislaturperiode keinen anderen Grünen-Politiker zum Ministerpräsidenten wählen werde. Anfang 2023 nämlich hatte Hagel das grüne Gedankenspiel durchkreuzt, nach dem Regierungschef Kretschmann vorzeitig abtreten könnte, um einem Amtsnachfolger Zeit zum Warmlaufen zu geben. Hagel stellte seinerzeit klar, dass die CDU in dieser 2026 endenden Legislatur keinen anderen Grünen-Politiker zum Ministerpräsidenten wählen werde. Sollte also Kretschmann vorzeitig aufhören, müsste es Neuwahlen geben. Dieser Bruch eines von Thomas Strobl noch nach der Wahl 2021 gegenteilig lautenden Versprechens stößt den Grünen auch deshalb besonders bitter auf, weil ihre Kollegen im bis vor kurzem schwarz-grün regierten Hessen Koalitionstreue gezeigt hatten. Sie hatten anderthalb Jahre vor dem offiziellen Wahltermin Boris Rhein zum Nachfolger von Volker Bouffier (beide CDU) gewählt, als der Landesvater vorzeitig abdankte. Der Ausgang ist bekannt: Boris Rhein wurde im Amt bestätigt – und kündigte den Grünen danach die Zusammenarbeit auf.

Entsprechend genervt ist Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg, dass ihm die CDU nun auch noch eine Debatte über das Gendern aufdrängt, nachdem gerade eine Volksinitiative die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium erzwungen hat. Ein generelles Verbot von Gendersprache sei so gar nicht möglich, sagte er, und eine Regelung im Grunde nicht nötig: „In offiziellen Dokumenten halten wir uns an die Rechtschreibung, an die Rechtschreibregeln“, sagte er bei seinem wöchentlichen Auftritt vor der Landespresskonferenz. „In der Schule werden Fehler angestrichen.“ Kretschmann selbst ist bekennender Anhänger des generischen Maskulinums, meinte also, wenn er früher bei der Fasnet „Liebe Riedlinger“ gesagt hatte, stets auch die Frauen mit. „Heute sagt man: liebe Riedlingerinnen und Riedlinger. Das verdirbt mir jeden Redefluss“, so seine Kritik. Auch aus anderen Gründen kann sich der frühere Lehrer nicht anfreunden mit der neumodischen Form der Ansprache: „Man sagt heute Studierende statt Studenten, obwohl Studierende nicht immer studieren. Die essen auch mal und liegen im Bett, dann sind sie immer noch Studenten, aber keine Studierende.“

Wissenschaftsministerin Petra Olschowski (Grüne) stellte klar, dass an Universitäten und Hochschulen Wissenschaftsfreiheit herrsche. Dort Vorgaben zu machen, sei daher schwierig, zumal Hochschulen das Recht hätten, andere Regeln in Prüfungsordnungen zu verankern. Ob das bereits irgendwo geschehen ist, wusste Olschowski nicht. Ihr sei kein Fall bekannt. Noch würden die üblichen Grammatik- und Rechtschreibregeln gelten.

Der Anti-Gender-Kämpfer Klaus Hekking, der selbst Hochschulprofessor ist, will dem nicht recht glauben. Er wisse von Wissenschaftlern, die unter Druck gesetzt würden, in ihren Texten zu gendern, sagte er und brachte eine gemeinsame Selbsterklärung der Hochschulen ins Spiel. Wegen seines gestoppten Antrags zum Volksbegehren hat Hekking übrigens vor dem Verwaltungsgericht geklagt, weil die Frist abläufe. Aber sobald Innenminister Strobl sein Versprechen einlöse, werde die Klage zurückgenommen. „Ob das jetzt ein Gesetz oder eine Verwaltungsvorschrift ist, ist uns im Grunde gepufft wie gesprungene.“

„Für uns ist ungeklärt, ob Hans-Georg Maaßen nun einen persönlichen Rachezug gegen die CDU führen oder ob er gemeinsam mit uns den Anschluss an die Mitte der Gesellschaft suchen will“, sagte Steffen Große, Bundesvorsitzender von Bündnis Deutschland, am



Wenn es zu Hause kein BUCH gibt

VON JAN ALEXANDER CASPER

„Vielen Eltern fällt das sehr, sehr schwer“, sagt K. Die Methode nach dem „Minimax“-Prinzip – minimale Intervention, maximale Wirkung – habe Erfolg gezeigt: Die Mutter-Kind-Bindung sei spürbar besser geworden, die Wutausbrüche in der Kita kämen seltener vor.

Kita-Sozialarbeiter gibt es immer mehr. Laut Nurdin Thielemann, Professor für Soziale Arbeit in Magdeburg, leistet sie „den notwendigen Schluss in der Präventionskette“ zwischen dem Programm Frühe Hilfen für Kinder unter drei und der Schulsozialarbeit. „Ganz wichtig“, so Thielemann, denn: „Von dem romantischen Bild von der Kita, wo unbelastete, glückliche Kinder im Garten herumspielen, muss man sich verabschieden.“ Alle gesellschaftlichen Problemlagen – altbekannte wie Armut, soziale Vereinzelung sowie neuere, die sich aus Migration ergeben – liefern dort auf. Wachsende Sensibilität demgegenüber, auch die Akademisierung und Professionalisierung der Frühpädagogik sieht Thielemann als Gründe dafür, warum seit „spätestens 2015“ eine „Explosion“ der Kita-Sozialarbeit zu verzeichnen sei.

Der große Unterschied zwischen Kita- und Schulsozialarbeit: Die Eltern stehen in der Regel im Vordergrund, die Kinder profitieren mittelbar. In Abhol- und Bringsituationen sind ihre Eltern für Sozialarbeiter ansprechbar. Häufig aber, wenn erst mal Vertrauen gefasst ist, kommen die Eltern von selbst zu den Sozialarbeitern. Das berichtet Sabine Clausen von Evangelischen Kirchenkreis Berlin-Spandau, sie koordiniert den Austausch zwischen Berliner Kita-Sozialarbeitsinitiativen, steht dazu auch im Austausch mit dem Berliner Senat, ist eine Expertin auf dem Feld. Zwischen 2016 und 2022 betreute sie außerdem über eine 50-Prozent-Stelle zwei Kitas in Berlin-Spandau, ihr Klientel wohnt im Quartier Heerstraße-Nord in westlichen Berliner Stadtteil

Spandau, dort stehen Großsiedlungen aus den 60er- und 70er-Jahren. Ein Büro in den Kitas hatte sie als Kita-Sozialarbeiterin nicht, sie war unterwegs mit Laptop und Diensthandy. In der Praxis sieht die Arbeit so aus: „Auf mich kommt zum Beispiel eine Mutter zu mit einer Plastiktüte voller ungeöffneter Schreiben vom Vermieter – der letzte Brief darin ist dann die Kündigung“, sagt Clausen. Maximale Überforderung, Clausen Arbeit dann erstmal: „Wir begleiten die Eltern zum Arbeitsamt, zum Familiengericht, die würden das sonst oft gar nicht schaffen ohne uns als moralische Krücke.“

Spandau, dort stehen Großsiedlungen aus den 60er- und 70er-Jahren. Ein Büro in den Kitas hatte sie als Kita-Sozialarbeiterin nicht, sie war unterwegs mit Laptop und Diensthandy. In der Praxis sieht die Arbeit so aus: „Auf mich kommt zum Beispiel eine Mutter zu mit einer Plastiktüte voller ungeöffneter Schreiben vom Vermieter – der letzte Brief darin ist dann die Kündigung“, sagt Clausen. Maximale Überforderung, Clausen Arbeit dann erstmal: „Wir begleiten die Eltern zum Arbeitsamt, zum Familiengericht, die würden das sonst oft gar nicht schaffen ohne uns als moralische Krücke.“

Solche Szenarien beschreiben Kita-Sozialarbeiter in Gesprächen häufig, sie arbeiten in einem Spannungsfeld: Als Sozialarbeiter ist ihr Ziel Hilfe zur Selbsthilfe, Eltern sollen Eigenständigkeit erlernen – gleichzeitig laden Menschen wie Clausen dazu ein, Arbeit bei ihnen abzuladen.

„Es ist etwas gekippt“, sagt Clausen. „Viele Eltern übernehmen nicht mehr die Erziehungsverantwortung für ihr Kind, sondern sehen die bei der Kita oder an-

derswo.“ Ohne Mitwirkung der Familie, ohne selbsttätige Vorbilder zu Hause aber könne Erziehung nicht gelingen. Selbsttätigkeit, sagt Clausen, sei vielfach verlernt: „Wir haben mittlerweile teils die zweite, dritte Generation von Eltern im Transferleistungsbezug vor uns sitzen. Sie haben sich oft dran gewöhnt, dass manche Beratungsangebote ihnen sagen: Geben Sie mal diesen oder jenen Antrag her, wir füllen das für sie aus. Unser Job ist es, dann zu sagen: Ne, macht das mal selbst.“

Ein großes Problem vieler Eltern, gerade Alleinerziehender in anonymen Großsiedlungen wie im Quartier Heerstraße-Nord in Berlin und anderswo: Die Siedlungsstruktur leistet der sozialen Vereinzelung Vorschub, seit Jahrzehnten. Die Bewohner sind rausgerissen aus traditionellen Nachbarschafts- und Familienstrukturen, dazu kommen Armut, Sprach- und Kulturbarrieren der Bewohner untereinander und zur Mittelschichtgesellschaft.

Bei Clausen fließt alles zusammen: „Zum Beispiel bei Familien aus Afrika, die dort gerade erst herkamen, erlebe ich: Sie sind gerade auf sich gestellt, haben keine Kontakte, dazu gibt es keine Kultur, sich gemeinsam mit dem Kind einzusetzen, zu spielen, sich zu beschäftigen.“ Empfehle man einer Mutter in einer solchen Situation, doch mal zusammen mit den Kindern ein Buch zu lesen, dann höre man: „Wir haben zu Hause kein einziges Buch“, sagt Clausen. „Dann sage ich: Dann fangen Sie eben mit einem Werbeprospekt an. Und nach einigen Wochen gibt es dann vielleicht doch ein Buch, und nach ein paar Monaten merken sie dann, dass sich etwas verändert.“

In einem Kurzfilm, auf den Clausen verweist, sprechen Eltern über ihre Erfahrungen. Eine Mutter mit osteuropäischem Akzent erzählt darin: Mit ihrer Kita-Sozialarbeiterin habe sie „gelernt, wie ich spiele mit meinen Kindern“. Auch das Motiv der sozialen Vereinzelung durchzieht den Film, Kita-Sozialarbeiter setzen dagegen auf Vernetzung der Eltern in Spielgruppen und anderen Aktivitäten, die ohne sie nicht stattfinden würden. Eine Mutter ohne Akzent mit grauem Fleecepulli und altmodischer Brille berichtet, sie sei „geduldiger geworden“ durch die Zusammenarbeit mit den Pädagogen, „und einfach lockerer. Weil ich einfach sehe: Ich bin nicht allein mit diesen kleinen Wutmonstern.“ Eine andere Mutter, ebenfalls ohne Akzent, erzählt: Sie habe „soziale Kontakte“ gefunden, „man wird

unterstützt“, sie habe „so ein bisschen Alltagsstrukturierung“ bekommen, und: „Man kann halt immer kommen, wenn irgendetwas ist.“ Wichtig sei das gerade für Kinder aus Familien die nicht so viel Geld „oder die eben nicht so viele Verwandte oder Freunde haben“.

Das früheste als Kita-Sozialarbeit bezeichnete Angebot in Deutschland datiert der Magdeburger Professor Thielemann auf das Jahr 2002. Angebote zur Kita-Sozialarbeit gebe es heute in allen Bundesländern außer in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern. Wobei, sagt Thielemann, „sich Nürnberg gerade auf den Weg macht und Kita-Sozialarbeit“ teils unter ganz unterschiedlichen Begriffen firmiert. Einen vollständigen Überblick gibt es nicht. Sicher ist: Eine stabile gesetzliche Finanzierung hat bislang nur die Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz geschaffen. In Sachsen läuft die Finanzierung in zweiter Förderperiode über den Europäischen Sozialfonds, anderswo in Berlin sind bislang private Träger verantwortlich. Thielemann sagt: „Wie in der Schulsozialarbeit muss die Finanzierung vielerorts immer wieder neu erkämpft werden.“

Auch in der Provinz gibt es Bedarf. In der rheinland-pfälzischen 25.000-Einwohner-Stadt Bingen am Rhein am Rand des Komplexes Frankfurt-Wiesbaden-Mainz arbeiten seit einem Jahr sieben Kita-Sozialarbeiterinnen. Sebastian Hamann, seit fünf Jahren Sozialdezernent dort, sagt: „Im Gegensatz zu den Problemen, die wir eigentlich nur aus der Großstadt kennen – Jugendgewalt zum Beispiel –, hatten wir früher ‚heile Welt‘. Mittlerweile kommen diese Probleme aber auch bei uns an.“ Hamann sieht als einen Grund dafür den Zuzug aus den großen Städten, wo einkommensschwache, wenig vernetzte Familien, häufig mit entsprechenden Förderbedarfen, aus dem teuren Wohnungsmarkt gedrängt würden und in günstigere Lagen in Städte wie Bingen auswichen.

Die Gründe seien aber vielfältiger, die Lage komplex, sagt Hamann: „Da ist Corona und die Schließung von Kitas und Schulen zu dieser Zeit, das Vereinssterben, das Trends zur Individualisierung, sozialen Vereinzelung auch hier beschleunigt hat, dazu die Wirtschaftslage, die immer mehr Eltern dazu zwingt, als Doppel-Vollverdiener zu arbeiten.“ Migration von außerhalb Deutschlands spiele eine „untergeordnete, aber stark zunehmende Rolle“.

Maaßen und der Unmut der Rechtskonservativen

Pläne für eigene Werteunion-Partei sorgen für Enttäuschung beim Bündnis Deutschland

Hans-Georg Maaßens Vorstoß, aus dem CDU-nahen Verein Werteunion eine Partei mit gleichen Namen zu formen, stößt auf Unmut im rechtskonservativen Parteienspektrum. Maaßen zersplittere dieses Lager durch die geplante Parteigründung, statt es zu stärken, so die Kritik.

VON JAN ALEXANDER CASPER UND FREDERIK SCHINDLER

„Für uns ist ungeklärt, ob Hans-Georg Maaßen nun einen persönlichen Rachezug gegen die CDU führen oder ob er gemeinsam mit uns den Anschluss an die Mitte der Gesellschaft suchen will“, sagte Steffen Große, Bundesvorsitzender von Bündnis Deutschland, am

Montagsmorgen auf einer Pressekonferenz in Berlin. Bündnis Deutschland (BD) existiert seit 2022, die Partei ist durch eine Fusion mit der Partei Bürger in Wut bereits in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Stand jetzt ist sie zudem die einzige der neuen rechtskonservativen Parteien, die zur Europawahl im Juni antritt.

Die Analyse im Vorstand von Bündnis Deutschland zusammengefasst: Eine Stimme für die AfD sei letztlich eine Stimme für SPD, Grüne oder Linke, weil eine starke AfD aufgrund ihrer Koalitionsunfähigkeit und ihres zunehmenden Extremismus lagerübergreifende Bündnisse wie in Thüringen erzwingt. Dort trifft die rot-rot-grüne Minderheitsregierung punktuell Absprachen mit der

CDU. Das Bündnis Deutschland hingegen sei zur CDU hin anschluss- und koalitionsfähig. Bremens CDU-Chef Heiko Strohmann hatte im November erklärt, er halte das Bündnis Deutschland nicht für extremistisch. „Demokratie und Rechtsstaat“ wolle man dort erkennbar nicht beseitigen, sagte er damals. In Brandenburg und Sachsen tritt das Bündnis Deutschland zu den Landtagswahlen im September als eigene Partei an.

Was dem Bündnis Deutschland aber fehlt, sind prominente Zugpferde. Auf Maaßen lagen deshalb einige Hoffnungen, beziehungsweise mehr als das: Auf der Pressekonferenz am Montag verdeutlichte Steffen Große, dass es Absprachen gegeben haben soll zwischen

Maaßen, der Werteunion und dem Bündnis Deutschland über eine Zusammenarbeit im Wahljahr 2024. Diese seien auf dem rechtskonservativen sogenannten Schwarmtreffen im Spätsommer 2023 in Wetzlar getroffen worden. Teilnehmer dort waren unter anderem Maaßen, die Ex-AFD-Bundestagsabgeordnete Joana Cotar und der Publizist Markus Krall. Nach Maaßens Ankündigung einer eigenen Partei scheint nun klar: Das Bündnis Deutschland und die Werteunion werden nebeneinander um Stimmen im rechtskonservativen Lager konkurrieren. Große sagte dazu am Montag: „Wir fühlen uns getauscht.“ Und: „Wir dachten: Ein Wort unter Ehrenmännern gilt.“ Das Angebot an Maaßen stehe weiter.

Training für den Krieg der Zukunft

Bei den Kämpfen in der Ukraine geht es häufig um Panzer und Artillerie. Kommende Konflikte werden aber auch im digitalen Raum und im All stattfinden. Besuch beim deutschen General Chris Badia, der die Nato auf solche Szenarien vorbereitet

Es ist Punkt acht Uhr am Morgen, als drei Marinesoldaten die amerikanische Flagge am Heck der „USS George Washington“ hissen. Der kalte Winterwind verschluckt die Klänge der Nationalhymne, die aus den Lautsprechern des gigantischen Flugzeugträgers schallen. Zwei Matrosen reinigen methodisch Hunderte in den Asphalt eingelassene Deckaugen, an denen die Jets nach Landung festgezurrt werden, bevor sie einer der vier Lastenaufzüge ins Innere des Trägers hinabbringt. Auf dem 18.000 Quadratmeter großen Flugdeck haben 90 Kampffjets und Hubschrauber Platz.

VON STEFANIE BOLZEN
AUS NORFOLK

Demnächst läuft die USS George Washington von der weltgrößten Marinebasis in Norfolk, Virginia, aus in Richtung Japan. Die Vereinigten Staaten rüsten sich für den Krieg der Zukunft – einen möglichen, von China provozierten Konflikt um Taiwan und die Hoheit im Südchinesischen Meer. Der Flugzeugträger mit 5000 Männern und Frauen Besatzung dient als mächtiges Signal der Abschreckung an Peking. Der Krieg der Zukunft aber läuft längst nicht mehr in den konventionellen Kategorien Land-Luft-See ab. Einen halben Kilometer vom Pier der USS George Wa-



Der deutsche Vier-Sterne-General Chris Badia ist in Norfolk stationiert

shington entfernt, steht ein hüfisenförmiger Bau aus Backstein und Spiegelglas. Dort hat Chris Badia sein Büro.

Eine grüne Golf-Putting-Matte liegt auf dem Teppichboden vor seinem Schreibtisch, der deutsche Vier-Sterne-General kommt nur selten auf den Platz. Seit mehr als anderthalb Jahren ist er Deputy Supreme Allied Commander Transformation, der zweithöchste Militär des Nato-Kommandos, das auf der US-Marinebasis in Virginia untergebracht ist. Der gebürtige Bayer muss das Bündnis für die Konflikte von morgen fit machen. Die Nato der Zukunft bedarf Fähigkeiten, die weit über die konventionellen Streitkräfte hinausgehen. Kriege werden unsichtbar ablaufen,

hoch oben im All oder über Datenkabel und -signale. Zumindest in der Anfangsphase. „In einem Konflikt mit einem Gegner wie Russland wird man zunächst immer versuchen, alle Weltraumbasierten Fähigkeiten zu stören – Kommunikationssatelliten, Navigationssatelliten, Aufklärungssatelliten“, erklärt Badia. „Wenn ich den Gegner blind machen kann, wenn er nichts mehr hört, bedeutet das den Verlust der Informationsdominanz. Und wer keine Informationen mehr hat, kann keine vernünftigen Entscheidungen treffen.“

Die Nato muss also eigene Satelliten schützen und im schlechtesten Fall die des Gegners angreifen. Dass Satelliten im All ein potenzielles militärisches Ziel sind, hat Wladimir Putin längst bewiesen. Drei Monate vor dem Überfall der Ukraine führten die Russen erfolgreich den Testabschuss einer Anti-Satelliten-Rakete durch und zerstörten einen noch aus Sowjetzeit stammenden Satelliten. Die Mitglieder der internationalen Raumfahrtstation ISS mussten zeitweise in einer Rettungskapsel ausharren, weil Tausende Wrackteile durch die Umlaufbahn flogen. „Unsere Gegner da draußen haben keine Moral, keine Ethik, sie halten sich nicht an Gesetze“, erklärt Badia und verweist darauf, dass der aus dem Jahr 1967 stammende Weltraumvertrag völlig veraltet sei. „Darum müssen wir unsere Anlagen im Weltraum schützen.“ Das US-Militär besitzt zu diesem Zweck Infrarotsatelliten, die eine ins Weltall zielende Rakete orten und durch Abfangraketen unschädlich machen können.

Abschreckung ist ein weiteres Instrument. Die Amerikaner verfügen über hochleistungsfähige Anti-Satelliten-Raketen, Frankreich entwickelt aktuell seine eigenen. Der dritte Weg ist, die Nato-Technik auf möglichst viele Satelliten zu verteilen – was wiederum mehr Kooperation, aber auch Abhängigkeit von Privatunternehmen wie Elon Musk und dessen Starlink-System bedeutet. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 musste sich die Allianz fragen, wie sie auf die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts reagieren will. In der Folge entstand das Allied Command Transformation, dessen Vize Badia nun ist. Von „Multi-Domain Operations“ reden die Militärs, wenn Nato-Truppen in einem Konfliktszenario ein gegnerisches Kommunikationszentrum umstellen und gleichzeitig private Softwarespezialisten im Auftrag des Bündnisses die Systeme hacken. „Der Krieg der Zukunft ist einer, der über Daten geführt wird. Sie sind die neue Währung“, sagt Badia. „Wer Datenhoheit hat, kann schneller entscheiden, weil er ein besseres Lagebild hat und damit zu besseren und schnelleren Entscheidungen kommt.“ Dafür aber müssen die Datenzentren der Nato mit der neuesten Technologie vor Hackern geschützt sein.

Mehr als 1100 Mitarbeiter entwickeln unter Führung des deutschen Generals in Norfolk die Kriegsszenarien für die Allianz. Eine kleine Einheit im Vergleich

zur gesamten Marinebasis. 56.000 US-Militärs und 17.000 Zivilangestellte arbeiten auf der Naval Station am Atlantik. Auf der 17 Quadratkilometer großen Fläche sind 14 gigantische Anleger für Zerstörer und Flugzeugträger untergebracht. 18 atomgetriebene U-Boote liegen derzeit vor Norfolk oder werden dort gewartet. Die US-Militärführung gesteht offen ein, dass Russland im Nordatlantik mit einer der weltbesten

U-Boot-Flotten unterwegs ist und eine existenzielle Bedrohung darstellt. Deshalb die USA ebenfalls Milliarden in ihre Unterwasserflotte stecken. In Norfolks hochgesichertem Ausbildungszentrum stehen Matrosen hüfthoch in 15 Grad kaltem Wasser, das explosionsartig von allen Seiten auf sie einschneit. Einen Raum weiter müssen sie eine Gasleitung unter Kontrolle bringen, die in Flammen aufgegangen ist. Feuer und

Überflutung sind tödliche Risiken auf U-Booten. „Jeder Soldat ist ein Schütze, jeder Matrose ein Feuerwehrmann“, wie es bei der US Navy heißt.

Und die USA investieren weiter. Ende vergangenen Jahres beschloss der Kongress ein um drei Prozent erhöhtes Verteidigungsbudget für 2024. Höhe: umgerechnet 820 Milliarden Euro. Deutschlands Budget lag 2023 bei rund 50 Milliarden Euro. In Washington sind

die Erwartungen groß, dass Berlin künftig einen Hauptpfeiler der europäischen Verteidigung darstellt. „Wir können uns nicht immer nur auf Amerika verlassen. Wenn die USA ihren Schwerpunkt in Richtung Pazifik legen, dann sind wir in weiten Bereichen auf uns selbst gestellt. Und da gibt es noch große Fähigkeitslücken“, warnt Badia.

Kann er den größten Unterschied nennen zwischen den Kriegen der Zukunft und der Vergangenheit? „Es gibt den einen Endzustand, den die Politik formuliert hat, oft nicht mehr. Stattdessen gibt es Rahmenbedingungen, die angestrebt werden“, sagt der deutsche Militär. Was er sagen will: Einen Krieg zu führen, der in einen bleibenden Frieden mündet oder wenigstens in ein „Davor“ und „Danach“, das wird immer mehr nur noch Geschichte sein.

ANZEIGE

Eine starke Wirtschaft braucht starke Sparkassen.

Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen und werden eine stabile Säule unseres deutschen Finanzsystems bleiben. Die Bundesregierung steht an ihrer Seite.*

Olaf Scholz, Bundeskanzler

Starke Sparkassen sorgen dafür, dass kleinere Firmen und Kommunen wichtige Kreditmöglichkeiten haben.*

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Eine europäische Einlagensicherung bekommt keine Zustimmung von dieser Bundesregierung. Da sind sich der Wirtschaftsminister und ich einig.*

Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen

Einlagensicherung muss nicht europäisiert werden. Unser System hat sich bewährt.*

Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU

* Deutscher Sparkassentag 2023 in Hannover

Deutschland und Europa sind mit den größten Herausforderungen seit vielen Jahrzehnten konfrontiert. Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt die Unternehmen dabei, diese Aufgaben zu bewältigen – um die Transformation voranzutreiben, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und so die Zukunft zu gestalten. Dafür brauchen wir in der Politik starke Partner – mit Zuversicht und einem gemeinsamen Zukunftsbild.

Weil's um mehr als Geld geht.

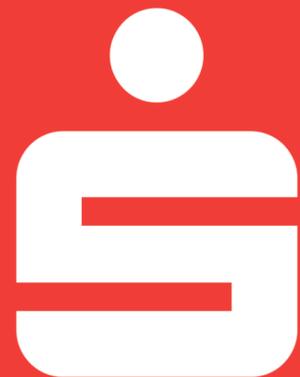
Indiens Premier eröffnet umstrittenen Hindu-Tempel

Der indische Premierminister Narendra Modi hat auf den Ruinen einer historischen Moschee in der nördlichen Stadt Ayodhya einen umstrittenen Hindu-Tempel eröffnet. Damit erfüllte er ein Versprechen seiner hindu-nationalistischen Regierungspartei BJP, die sich davon Rückenwind für Modis Streben nach der dritten Amtszeit in Folge bei den bevorstehenden Wahlen erhofft. Der Premier leitete die Eröffnungszeremonie, fast 7500 Menschen, darunter führende Unternehmer, Politiker und Filmstars, verfolgten das Ritual auf einer Großleinwand außerhalb des Tempels, während ein Militärhubschrauber Blütenblätter herabregnen ließ. Modis Partei und andere hindunationalistische Gruppen stellen den Tempel als zentrales Element ihrer Vision einer Rückgewinnung hinduistischen Stolzes dar, der aus ihrer Sicht durch die jahrhundertlange Herrschaft der Moguln und den britischen Kolonialismus unterdrückt wurde. Da die Bauarbeiten am Tempel aber noch nicht abgeschlossen sind, werfen Kritiker Modi mit Blick auf die Wahl eine übereilte Eröffnung vor. Modis Regierung machte

die Eröffnung des Tempels zu einem nationalen Ereignis, indem sie im ganzen Land Liveübertragungen organisierte und Büros einen halben Tag lang schloss. Safranfarbene Fahnen – die Farbe des Hinduismus – schmückten die Straßen mehrerer Städte, in denen Mitarbeiter der Regierungspartei von Tür zu Tür gingen und religiöse Flugblätter verteilten. Viele Unionsstaaten erklärten den Tag zum Feiertag. Sogar die Aktienmärkte blieben geschlossen.

Hindus glauben, dass die Gottheit Ram an der Stelle geboren wurde, an der im 16. Jahrhundert Muslime die Babri-Moschee über Tempel-Ruinen errichteten. Sie wurde 1992 von einem Mob nationalisticer Hindus zerstört. Landesweite Unruhen folgten, bei denen mehr als 2000 Menschen getötet wurden, die meisten von ihnen Muslime. In einer umstrittenen Entscheidung sprach der Oberste Gerichtshof den Hindus 2019 das Gelände zu und überließ den Muslimen ein anderes Grundstück für einen Moscheebau. Etwa 80 Prozent der 1,4 Milliarden Indierinnen und Indier bekennen sich zum Hinduismus.

AP



Finanzgruppe

Lebe fantastisch #LikeABosch

**Bude smart –
wie fantastisch ist das denn?**

Ob Haushaltsgeräte, Heim- und Gartenwerkzeuge, Smart Home Lösungen oder Heizungs- und Klimageräte – unsere Produkte machen wirklich jede Bude smart. Wir bei Bosch entwickeln ständig neue Technologien, damit du wie DIE FANTASTISCHEN VIER noch einfacher, smarter, gesünder und nachhaltiger leben kannst.

[bosch.com](https://www.bosch.com)



Technik fürs Leben

Das Feuer war auch am frühen Sonntagmorgen noch immer nicht gelöscht. Dicke Rauchwolken stiegen weiter in den Himmel. In der Nacht zuvor hatten Augenzeugenberichten zufolge zwei Explosionen ein Terminal des Ostseehafens Ust-Luga erschüttert, rund 170 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt. Videoaufnahmen zeigen eine Kamikaze-Drohne im Anflug auf die russische Raffinerie am Golf von Finnland, von der aus Öl und Gas auf internationale Märkte verschifft werden.

VON ALFRED HACKENBERGER

Bereits am Freitag hatte sich ein noch weitaus verheerenderer Angriff auf ein Öldepot in der Region Brjansk ereignet. Vier Ölreservoirs mit einer Gesamtkapazität von 6000 Kubikmetern (etwa sechs Millionen Liter) standen bei Klinzy in Flammen, einer Stadt etwa 60 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. „Eine flugzeugähnliche Drohne wurde vom Verteidigungsministerium mit funkelektronischen Mitteln zum Absturz gebracht“, sagte der Gouverneur der Region, Alexander Bogomaz, der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass. Nach der Zerstörung habe das Objekt aber noch seine Munition auf das Gelände des Öldepots abgeworfen.

Berichten zufolge steckt der ukrainische Militärgeheimdienst (GUR) dahinter. Die beiden genannten Operationen waren wohl die spektakulärsten, die der GUR jüngst durchgeführt hat. Ukrainischen Medienberichten zufolge soll er in den vergangenen Tagen zahlreiche weitere Drohnenangriffe in verschiedenen russischen Regionen auf wichtige feindliche Militäranlagen organisiert haben. Das russische Verteidigungsministerium gab den Abschuss von ukrainischen Drohnen in mehreren Oblasten bekannt. Eines der Ziele soll der Rüstungsbetrieb Shcheglovskiy Val in Tula gewesen sein, in dem mobile Flugabwehrsysteme vom Typ Pantsir für die russische Armee produziert werden. Auch ein Werk in Smolensk, das Marschflugkörper des Typs Ch-59 herstellt, soll getroffen worden sein. Zudem sollen ukrainische Drohnen eine Schießpulverfabrik in Tambow, etwa 450 Kilometer südlich von Moskau, angegriffen haben.

Die neusten Ereignisse deuten darauf hin, dass die Ukraine versucht, ihre Attacken auf russisches Staatsgebiet zu intensivieren und insbesondere auch tiefer ins Landesinnere hineinzutragen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte zum Jahreswechsel bereits angekündigt, mehr Ziele als bisher in Russland treffen zu wollen. Drohnenangriffe hatte es zuvor vor allem im russischen Grenzgebiet gegeben, vornehm-

lich rund um die Stadt Belgorod, die aufgrund der ukrainischen Drohnenangriffe größere öffentliche Veranstaltungen absagte. Unbemannte Luftfahrzeuge der Ukraine flogen sogar schon bis nach Moskau. Aber noch nie ist es in so kurzer Zeit zu so häufigen Angriffen teils tief im Landesinneren gekommen. Die kürzeste Distanz von der Ukraine zum Hafen Ust-Luga beträgt rund 900 Kilometer. Für diese Strecke bedarf es stabiler Drohnen, ausgestattet mit moderner Technik, die – Wetterbedingungen und möglichen Ausweichmanövern zum Trotz – noch zielgenau treffen.

Im November und Dezember hatte Kiew die Massenproduktion von Langstreckendrohnen bekannt gegeben. In den vergangenen Tagen scheinen einige dieser Exemplare bereits im Einsatz gewesen zu sein. Damit hat die Ukraine wieder einmal bewiesen, wie sehr sie im Krieg unter Zeitdruck innovativ arbei-

per Taurus gehört, dessen Lieferung Berlin aber nach wie vor verweigert.

Bei den neusten Drohnenangriffen hat die Ukraine eine Schwäche der russischen Armee ausgenutzt. Zum einen soll die Luftverteidigung weniger nach Süden ausgerichtet sein, wie Beobachter betonen, weil sich Moskau gegen eine Aggression der Nato aus dem Nordosten vorbereitet habe. Zudem konzentrierte sich die russische Militärführung auf die Absicherung der völkerrechtswidrig besetzten Gebiete im Osten der Ukraine. Moskau hat Luftabwehrsysteme von der laufenden Militärintervention in Syrien abgezogen, aber eben auch aus Russland, um seine Stützpunkte im Osten und Süden der Ukraine besser schützen zu können. „Die russische Luftabwehr ist ausgedünnt“, sagte Jurij Ihnat, Sprecher der ukrainischen Luftwaffe in einem Interview mit ukrainischen Medien. Russland habe die Frontlinie und die Krim abgedeckt, erklärte er, aber weniger das eigene, russische Territorium, das deshalb mal mehr, mal weniger geschützt sei. „Drohnen aus ukrainischer Produktion erreichen Moskau, Sankt Petersburg und Öldepots in anderen Städten“, so Ihnat. „Das ist ein sehr gutes Zeichen“.

Welche Folgen die neuen Drohnenangriffe der Ukraine haben und vor allem, wann sie sich auf den Kriegsverlauf insgesamt auswirken, ist noch offen. Die Öldepots in Brjansk sollen das russische Militär mit Treibstoff versorgt haben. Der muss nun nach der Zerstörung der riesigen Vorratslager aus größerer Entfernung herangeschafft werden. Eine solche Umstellung ist für Russland jedoch nichts Neues. Im Laufe der Invasion musste die russische Armee nach ukrainischen Angriffen hinter den Frontlinien ihre Logistik bereits mehrfach komplett umkrempeln.

Die Ukraine hat nach eigenen Angaben bei Sankt Petersburg eine Drohne aus Eigenproduktion eingesetzt. Sie soll 1250 Kilometer weit geflogen sein und in der Herstellung ungerechnet rund 320 Euro kosten. Dies hatte zumindest der ukrainische Industrieminister Oleksandr Kamyschin beim Weltwirtschaftsforum in Davos in der Schweiz erklärt. In der Regel sind Langstreckendrohnen weit aus kostspieliger. Nach Angaben Kiews ist die Drohnen-Produktion in der Ukraine zuletzt um mehr als das Hundertfache gestiegen. Für das laufende Jahr ist die Herstellung von insgesamt einer Million Exemplare unterschiedlichster Bauart anvisiert. Im Dezember sollen die ukrainischen Streitkräfte die erste Charge von Langstrecken-Kamikazedrohnen vom Typ AQ-400 Scythe erhalten haben. Ihre Reichweite soll 750 Kilometer betragen, bei einer Geschwindigkeit von 144 km/h und sie kann 32 Kilogramm Sprengladung mitführen.



Ein Terminal im Ostseehafen Ust-Luga steht in Brand. Hinter der Attacke soll der ukrainische Militärgeheimdienst stecken

Asymmetrischer Krieg gegen Russland

Die Ukraine intensiviert ihre Attacken, die nun Ziele im Landesinneren treffen. Drohnen-Produktion soll stark steigen

ten und effiziente Produkte herstellen kann. Drohnen sind als Waffen längst nicht mehr vom Schlachtfeld wegzudenken. Zu Tausenden fliegen sie rund um die Uhr an der Front. Sie zerstören Panzer, Geschütze und töten reihenweise Soldaten. Aber Kiew nutzt diese Technologie nun auch für den asymmetrischen Krieg gegen Russland – und der scheint offenbar gerade erst begonnen zu haben. Diese Strategie hat sich in vielen Konflikten bereits bewährt, macht andere Waffensysteme damit aber nicht überflüssig. Die Kertsch-Brücke, die die annektierte Halbinsel Krim mit dem russischen Festland verbindet, können Drohnen nicht zerstören. Dazu bedarf es immer noch schwerer Waffen, zu denen etwa der deutsche Marschflugkör-

Trump profitiert von DeSantis' Aus

Vorwahl der Republikaner in New Hampshire entscheidend für Nikki Haley

Im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner könnten diese Woche die Weichen für eine Vorentscheidung gestellt werden. Im Bundesstaat New Hampshire wird heute darüber abgestimmt, wen die Partei als Herausforderer von Präsident Joe Biden aufstellt. Favorit ist Trump. Sollte der Ex-Präsident sich nur eine Woche nach seinem Sieg bei der ersten Abstimmung der Republikaner in Iowa erneut mit überwältigendem Vorsprung durchsetzen, dürfte es für seine einzige verbliebene innerparteiliche Rivalin Nikki Haley sehr eng werden. Sie will zeigen, dass Trump nicht unbesiegbar ist. Dafür muss Haley in New Hampshire aber mehr als nur einen Achtungserfolg erbringen. Falls es nur für den zweiten Platz reicht, sollte der Rückstand auf Trump zumindest nicht wie in Iowa mehr als 30 Prozentpunkte betragen. New Hampshire erfüllt dafür einige Voraussetzungen: Die Wählerschaft gilt dort im Vergleich zu Iowa als weniger

konservativ, was Haley zugutekommen könnte. Im Wahlkampf gibt sie sich als deutlich moderatere Bewerberin als Trump, die auch den Demokraten Anhänger abjagen könnte. Sie hofft zudem auf breiten Rückhalt in der weiblichen Wählerschaft. Und die 52-Jährige wirbt damit, für die Zukunft zu stehen – anders als der 77-jährige Trump und der 81-jährige Biden.

Vor allem aber schießt Haley auf das Anti-Trump-Lager. Zuletzt hat sie verstärkt versucht, sich von dem Ex-Präsidenten abzugrenzen. In New Hampshire könnte sie davon profitieren. Die größte Wählergruppe stellen dort nicht parteigebundene Wähler, die im Wahlregister weder als Anhänger der Republikaner noch der Demokraten auftauchen. Diese sogenannten Unabhängigen dürfen in New Hampshire bei der Vorwahl der Republikaner mitmachen. Allerdings gibt der Politologe Andrew Smith von der University of New Hampshire zu bedenken, dass Haley 70

bis 75 Prozent Rückhalt aus dieser Gruppe bekommen müsste, um zu gewinnen. „Das ist noch nie passiert. Das ist eine sehr hohe Zahl.“ Zusätzlich profitieren könnte Trump von Ron DeSantis' Rückzug aus dem Kandidatur-Rennen. Der Gouverneur von Florida erklärte angesichts eines dramatischen Umfrage-Rückstands am Sonntag seine Kampagne für beendet. Seinen Anhängern empfahl er, sich künftig hinter Trump zu scharen. In New Hampshire haben etwa zwei Drittel der DeSantis-Anhänger Trump als ihre zweitliebste Wahloption genannt, erläutert Politologe Smith. Ein überzeugender Sieg Trumps ähnlich wie in Iowa wäre verheerend für Haley. Am 24. Februar macht der Vorwahlmarathon Halt in South Carolina. Dort liegt Trump in Umfragen sogar noch deutlicher vor Haley als in New Hampshire, obwohl diese aus dem Bundesstaat im Süden der USA stammt und dort einst Gouverneurin war.

LEITARTIKEL

In schöner Schlichtheit

Es ist gut, dass nun Hunderttausende auf Deutschlands Straßen gehen, um gegen die AfD und das Gedankenunvermögen zu demonstrieren, das sie und ihr Umfeld propagieren. Das Potsdamer Treffen im November, auf dem eine Melange aus rechtsradikalen Ideologen und AfD-Mitgliedern Deportationspläne erörterte, war ein Skandal. Noch größer wird er dadurch, dass es die AfD-Führung für nicht mehr nötig hält, ihre Nähe zu völkischen Unrechts-Fantasien zu verbergen oder sich gar von ihnen zu distanzieren.

Sie meint offensichtlich, inzwischen stark genug zu sein, um gar nicht mehr den Anschein erwecken zu müssen, sie stünde auf dem Boden des Grundgesetzes und der Menschenrechte. Die AfD meint wirklich, dass Menschen, die nicht ethnisch deutsch sind, in Deutschland nichts verloren haben. Und sie spricht das seit geraumer Zeit immer direkter aus. Schon 2017, vor mehr als sechs Jahren, hat Alexander Gauland, der damalige Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, damit begonnen. Er nahm sich Aydan Özoguz vor, die damalige Migrations- und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Frau Özoguz hatte damals in der Debatte um deutsche Leitkultur gesagt, sie lehne den Begriff ab. Denn es gebe gar keine spezifische, für alle Regionen und für alle Deutsche verbindliche Kultur. Darauf antwortete Gauland bei einer Wahlkampfveranstaltung im thüringischen Eichsfeld so: „Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen.“ Er unterschlug, dass Aydan Özoguz in Hamburg zur Welt kam, die Türkei also gar nicht ihre Heimat ist. Gauland meinte ganz ernsthaft, dass nicht nur Migranten ohne deutschen Pass hier nichts verloren haben. Sondern auch alle ethnisch „unreinen“ Deutschen. Das ist nicht weit von NS-Ideologie entfernt.

Zu Beginn eines Jahres, in dem die AfD in drei Bundesländern zur stärksten politischen Kraft werden könnte, besteht aller Grund, sie lautstark und überall zu skandalisieren. Auch wenn niemand bisher eine Idee hat, wie der Aufstieg der Rechtsstaatsfeinde zu stoppen sein könnte, so hat es doch etwas Ermutigendes, dass sich die Straßen großer wie kleinerer Städte mit Menschen füllen, die das nicht hinnehmen. Doch zugleich ist dieser Lichterkettenhafte Protest auch schal, bequem und wohlfeil. Auf nichts kann man sich in der linken und linksliberalen Öffentlichkeit so schnell einigen wie auf den „Kampf gegen rechts“ (für dessen Anhänger „rechts“ und „rechtsradikal“ ein und dasselbe zu sein scheint). Dieser Kampf ist in seinen Formulierungen, Forderungen und vor allem seinen Ritualen längst erstarrt. Seine Rhetorik wendet sich nicht nach außen, sondern nach innen: Man bestätigt sich seine gute

Der Kampf gegen „rechts“ ist in seinen Formulierungen, Forderungen und vor allem seinen Ritualen längst erstarrt. Und läuft Gefahr, zu einer selbstbezüglichen und im Grunde speißigen Veranstaltung zu werden

THOMAS SCHMID



WER NICHT VOM ANTISEMITISMUS REDEN WILL, SOLLTE VOM RECHTS-RADIKALISMUS SCHWEIGEN

Gesinnung. Man wirkt nicht in die Gesellschaft hinein, man ist mit sich selbst zufrieden. Gegen „rechts“ sein verschafft Distinktionsgewinn.

Die Sprüche, die Teilnehmer der Demonstrationen in die Kameras sprachen, belegen das: Haltung zeigen, Gesicht zeigen, aufstehen – das sind längst Wohlfühlformeln, sind hübsche Schirme, unter denen sich alle Menschen guten Willens ohne Anstrengung zusammenfinden können. „Solidarität tut gut“: Diese Aussage eines Demonstranten ist ein schönes Beispiel dafür, dass das Gesicht-Zeigen introvertiert und selbstbezogen sein kann. Denn wenn man gegen die rechtsradikale Gefahr eintreten will, dann doch nicht, damit man ein gutes Gefühl hat. Sondern weil man – jenseits des eigenen Milieus – den völkischen Durchmarsch behindern und stoppen will.

Der Kampf gegen „rechts“ läuft Gefahr, zu einer selbstbezüglichen und im Grunde speißigen Veranstaltung zu werden. In schöner Schlichtheit bewies das im Berliner Ensemble die szenische Lesung der Correctiv-Recherchen über das Potsdamer rechtsradikale Treffen. Es sei dahingestellt, ob es überhaupt sinnvoll ist, Brechts Idee vom epischen Belehrungstheater aus der Mottenkiste zu holen. Jedenfalls ist das besetzte Publikum der szenischen Lesung keinesfalls Brechts Empfehlung von einst gefolgt: „Glotzt nicht so romantisch!“ Es war vielmehr begeistert und ergriffen davon, dass es auf der Bühne ausführlich vorgeführt bekam, was es schon wusste: dass die AfD und das sie intellektuell und finanziell stützende Milieu gefährlich und verabscheuenswert sind.

Wie gedankenfaul der Konsens gegen „rechts“ in Wahrheit ist, wird daran deutlich, dass in diesen Kreisen beharrlich „rechts“ mit Faschismus in eins gesetzt wird. Am Ende der szenischen Lesung im Berliner Ensemble skandizierte das Publikum minutenlang: „Alle zusammen gegen den Faschismus!“ Offensichtlich war der von sich selbst begeisterten Menge gar nicht klar, dass der Faschismus eine italienische Angelegenheit war, in Deutschland dagegen die Nationalsozialisten herrschten. Und dass die – später von der west- und gesamtdeutschen Antifa-Linken übernommene – Fokussierung auf den Faschismus ein Trick der DDR-Nomenklatura gewesen ist, um vom Spezifikum des Nationalsozialismus abzulenken: vom eliminatorischen Antisemitismus, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen. In Anlehnung an einen berühmten Satz Max Horkheimers könnte man sagen: Wer aber nicht vom Antisemitismus reden will, sollte vom Rechtsradikalismus schweigen. Die große Anti-AfD-Front, die gegenwärtig Straßen und Plätze frönt, zeichnet daher ein Manko, eine Unterlassung aus. Wo waren diese Massen, nachdem am 7. Oktober 2023 das größte Massaker an Juden nach dem Holocaust stattgefunden hat?

Im Umfeld der AfD und in der AfD ist es populär, mit der Idee zumindest zu liebäugeln, Migranten und ethnisch „unreine“ Deutsche des Landes zu verweisen. Dagegen wird zu Recht demonstriert. Die Hamas will den Israelis erklärmaßen ihr Land streitig machen. Sie hat am 7. Oktober auf entsetzliche Weise bewiesen, dass sie den Bürgern Israels alles nehmen will. Dass sie entschlossen ist, den Judenstaat zu vernichten. Wenn es die ihrer „Nie wieder“-Gesinnung so gewissen Deutschen ernst damit meinen, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist, dann hätte es nach dem Hamas-Massaker eine ähnlich starke Mobilisierung geben müssen wie jetzt die gegen die AfD.

forum@welt.de

KOMMENTAR

Wehrpflicht und Bürgerrecht

JACQUES SCHUSTER



Spätestens seitdem die Athener ihre Trieren im Kampf gegen die Perser mit dem einfachen Volk besetzen mussten, weil ihnen sonst die nötige Zahl an Männern auf ihren Dreierudern (Trieren) gefehlt hätten, spätestens seit dem fünften Jahrhundert vor Christus also ist die Wehrpflicht an das Bürgerrecht gebunden. Und das ist gut so – jedenfalls in der Demokratie.

Wer sein Leben für den Staat einsetzt, der muss das Recht auf Teilhabe bekommen. Politische Freiheit beginnt damit, dass in der Mehrheit des Volkes der Einzelne sich für die Politik seines Gemeinwesens haftbar fühlt. Fühlt sich ein Ausländer haftbar? Es kann sein, sicher ist es nicht. Nur wer weiß, dass eine Niederlage an der Front auch das Leben der Familie zu Hause gefährden kann, kämpft mit dem nötigen Bewusstsein.

Es gibt daher gute Gründe, dem Vorstoß des Bundesverteidigungsministers mit Vorbehalten zu begegnen. Um den dramatischen Personalmangel der Bundeswehr zu beheben, schlägt Boris Pistorius vor, künftig auch Soldaten zuzulassen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Welche Demokratie das Vorbild für die Idee des Sozialdemokraten ist, verrät er nicht. Frankreich mit der Tradition der Fremdenlegionäre ist es jedenfalls nicht. Die Bundes-

wehr hat bewusst auf den Bürger in Uniform gesetzt. Geht sie ab von dieser Tradition, ändert sie den Charakter der Truppe radikal – Personalnot hin oder her.

Die Gründer der Bundeswehr haben bei der Wiederbewaffnung zu viel Mühe darin gesteckt, aus den Relikten der Wehrmacht eine demokratische Bürgerarmee zu machen, als dass die alten Grundsätze heute vom Tisch gewischt werden sollten. Anders als im diplomatischen Dienst und in der bundesdeutschen Richterschaft gab es bei den Soldaten eben doch eine „Stunde Null“. Kurz, Boris Pistorius' Vorschlag taugt für Deutschland nicht. Allenfalls ließe sich überlegen, Staatsbürger der Europäischen Union den Dienst an der Waffe zu ermöglichen. Nur: Wem wäre damit geholfen? Für die europäische Verteidigungskraft wäre dies ein Nullsummenspiel: Sollten sich etwa Bulgaren für die Bundeswehr verpflichten, fehlten sie dem Nato-Partner Bulgarien.

Man mag es drehen und wenden wie man will, auf lange Sicht wird Deutschland nichts anderes übrig bleiben, als zur Wehrpflicht zurückzukehren. Sie ausgesetzt zu haben, war ein Fehler. Man missachtete den Grundsatz Margaret Thatchers: Nur weil in einer Straße zehn Jahre nicht eingebrochen wurde, kommt keiner auf die Idee, die Haustür auszuhängen. Die Politik wird es auch merken, mag sie heute noch so heftig gegen die Wehrpflicht wettern. Über kurz oder lang wird sie sich eines besseren besinnen – spätestens im Fall einer ukrainischen Niederlage.

jacques.schuster@welt.de

LESERBRIEFE

Politisches Eigentor

Zu: „Blame-Game der Ampel“ vom 16. Januar

Man kann die ständigen Wiederholungen von Spitzenleuten der Ampel-Koalition kaum noch hören, die Union sei an allem schuld, was in der Zeit, als sie die Bundesregierung anführte, schiefgelaufen oder liegengeblieben sei. Haben nicht SPD und FDP in den Jahren der Kanzlerschaft von Angela Merkel fleißig mitregiert? Die SPD war bekanntlich 12 Jahre lang, die FDP vier Jahre lang mit wichtigen Ressortchefs dabei. Jetzt vom eigenen Versagen der Bundesregierung in der Klimapolitik, dem Heizungsgesetz, dem schludrigen und darum rechtswidrigen Haushalt abzulenken, ist wenig seriös. Und es ist ein politisches Eigentor. Saskia Esken, Ricarda Lang und Christian Dürr, die sich jüngst in der Unions-Schelte besonders hervorgerufen haben, sollten ihr Augenmerk mehr auf eine solide Politik der Ampel richten, als besserwisse-

risch aufzutreten und Nebelkerzen zu werfen. Franziska Zimmerer weist im Blick auf die mageren Zahlen des aktuellen Politbarometers für Rot-Grün-Gelb zurecht darauf hin, dass ihnen kaum jemand Glauben schenkt.

MANFRED H. OBLÄNDER, KÖNIGSWINTER

Radikaler Kapitalist

Zu: „Milei mischt die Elite in Davos auf“ vom 18. Januar

Der argentinische Präsident Javier Milei strebt offenbar für sein Land einen Kapitalismus „im Reinform“, also ohne wesentliche staatliche Einmischung, an. Ich glaube nicht, dass das gut gehen wird. Es kann mit dieser Politik wirtschaftlich zunächst durchaus ein gutes Stück vorangehen. Aber die sozialen Spannungen werden sich extrem vermehren. Ein ganzes Stück Soziales wird Milei, ob er will oder nicht, in sein System einbauen müssen.

FRANK WUNDERLICH, NÖBDENITZ/THÜRINGEN

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de.

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

GASTKOMMENTAR

Man möge den amerikanischen Wählern, die Donald Trump zum zweiten Mal ernsthaft als Präsidentschaftskandidaten in Betracht ziehen, höchste Torheit unterstellen, ja, an ihrem politischen Verstand schier verzweifeln. Vor Trumps Erscheinen auf der Bühne der Geschichte haben die USA nie eine Führungsgestalt an die Oberfläche gespült, die schon im Vorfeld Instabilität verhielt. Mit Trump droht diese Serie zu enden, es ist, als ob auch die USA dem Zeitalter der Unberechenbarkeit beigetreten wären. Es fehlen programmatische Entwürfe mit der Zugkraft, in der eigenen Gesellschaft oder gar über die amerikanischen Grenzen hinaus Konsens zu stiften.

Das sei hier nicht als gängiges Lamento angeboten, ohne konkrete Gegenbilder. Im Gegenteil, ich spreche vom Wahljahr 1980, einer politischen Lehrstunde erster Ordnung, die mein Amerika-Bild prägte – gleich zu Beginn einer achtjährigen Korrespondenten-Zeit dort. Ronald Reagan wurde mein Studienthema, das Wahljahr 1980 eine erste Offenbarung, Reagans Präsenz in der Welt eine Ära. Jetzt steht wieder New Hampshire vor der Tür, die zweite Vorwahl („Primary“) nach der Caucus-Entscheidung von Iowa, von der es heißt, sie sei möglicherweise entscheidend für den Ausgang des Wahljahres überhaupt. Wer Iowa gewinnt, so sagt man, kann sich Hoffnung machen auf den Einzug ins Weiße Haus – wie zuletzt Barack Obama 2008. Und dieses Jahr? Haushoch siegte Donald Trump in seiner Partei vor einer Woche in Iowa. Kann ihn irgendjemand unter den Republikanern am Dienstag in New Hampshire oder bei den darauffolgenden Vorwahlen einholen? Ist gar die Präsidentschaftswahl im November schon vorentschieden?

Der legendäre Moment des Ronald Reagan

THOMAS KIELINGER



Auch 1980 endete der republikanische Caucus in Iowa mit einem erwarteten, wenn auch knappen Sieg des Favoriten: George H. W. Bush, der frühere CIA-Direktor, triumphierte über Ronald Reagan, der in zwei Amtszeiten als Gouverneur in Kalifornien politisches Profil gewonnen hatte. Reagan war bereits einmal im Anlauf

auf das Weiße Haus gescheitert: 1976 entschied sich die Republikaner für Präsident Gerald Ford als ihren Bannerträger, der von Jimmy Carter, dem Kandidaten der Demokraten, im November geschlagen wurde. Es folgte eine unglückliche Präsidentschaft, die 1980 einem ruhmlosen Ende entgegenschau. Vier Jahre später nun Reagans zweiter Versuch, sich durchzusetzen. Die Spannung war groß. Würde er nach Iowa auch in New Hampshire unterliegen, hätte er so gut wie eingepackten können.

Ein schneereicher 23. Februar 1980, die Straßen für einen Leihwagen ohne Winterreifen tückisch, einmal verlor ich die Kontrolle über das Auto, drehte mich im Kreis, brachte das Gefährt nur mit Mühe zum Stehen. Am Versammlungs-ort in Nashua, New Hampshire's zweitgrößter Stadt, ballte sich eine Heerschar örtlicher Politik-Aficionados neben einem Bataillon an Medien, die meisten mit überregionalem Hintergrund. Die Nation starrte auf einen Abend mit Folgewirkung. Die trat ein, doch anders als vermutet. Vorgesehen war drei Tage vor der Primär eine Debatte zwischen Reagan und Bush, den beiden nach Iowa weit in Führung liegenden Kandidaten der Republikaner; der „Nashua Telegraph“, der eingeladen hatte, war der Sponsor. Doch eine bürokratische Institution grätschte im Vorfeld dazwischen: Laut den Regularien des Federal Election Committee bleibe ein von einer Zeitung organisiertes Wahlkampfevent ungültig. Reagan, erpicht auf die Gelegenheit, sich und sein Programm vorzustellen, handelte schnell und übernahm die Kosten des Abends aus seiner eigenen Wahlkampfschatulle, also privat, womit er den offiziellen Einwand entkräftete. Runde Eins für den Kalifornier.

Auch die zweite Runde ging an ihn: Die Vorgabe der Zeitung ignorierend, hatte er ebenfalls die übrigen vier im Rennen befindlichen Kandidaten nach Nashua gebeten. Als der arme Chefredakteur des „Telegraph“, Mr. Breen, anhob, um zur Eröffnung der Aussprache die Regeln des Abends zu erläutern, mit der gnädigen Konzession, die vier Nichtgeladenen dürften am Ende jeder ein Nachwort sprechen, aber nicht an der eigentlichen Debatte teilnehmen, unterbrach Reagan ihn kurzerhand mit dem Einwurf, er wolle selbst ein Eingangsstatement abgeben, und im Übrigen protestiere er entschieden gegen den Ausschluss der weiteren Kandidaten. Da trat der Chefredakteur auf die Notbremse und flegte den Toningenieur des Abends förmlich an: „Können Sie bitte Ronald Reagans Mikro abstellen?“ Nichts dergleichen aber geschah, während der Weg nach vorn zu einer Sackgasse wurde und das Geschehen sich in eine filmreife Szene zu verwandeln begann, in welcher Reagan ja aus seiner Hollywood-Zeit Meister war.

Er ergriff das Mikrofon, umklammerte es, hob es in die Höhe, wobei sein rechter Zeigefinger es streichelnd abklopfte, wie um sich zu vergewissern, dass es noch funktionierte, und schärfte seinen ansonsten melodischen Bariton zu purer Angriffslust um: „Mr. Green (sic), Sie fragten mich. Also Mr. Green, ich zahle für dieses Mikrofon hier!“ Rasendes Getrappel im Saal, stürmischer Beifall. Selbst die vier Wahlkampfstatisten, die wie deplaziert im Bühnenhintergrund herumstanden, klatschten mit. Ich sehe Ronald Reagan noch vor mir, die Stirn gerunzelt zu tiefem Widerspruch: „I am paying for this microphone, Mr. Green!“ Selbst den Namen des Angefauchten brachte er in seiner

Empörung nicht korrekt über die Lippen. Der freie Mann und sein unveräußerliches Recht. „Live free or die“ (Lebe frei oder stirb), das Motto des Bundesstaates New Hampshire, beleuchtete in einer erpühten Szene Reagans Lebensprogramm. Es inspirierte seinen Widerstand gegen gängelnde Bürokratie ebenso wie gegen die Feinde der Freiheit überhaupt. Von „I am paying for this microphone“ zu „Mr. President, tear down this wall!“ sollte der rote Faden seiner Identität verlaufen.

Es war Reagan, der den Slogan „Make America great again“ während des Wahljahres 1980 in Umlauf brachte, nicht Donald Trump, der ihn heute für sich reklamiert. Daraus sprach das allgemeine Gefühl, dass die USA unter Carter an Weltgeltung verloren hatten, vor allem gegenüber Moskau, und dass sie hilflos wirkten im Angesicht des islamistischen Terrorismus. Aber es war die Größe stolzer Werteverankerung, die für Reagan und sein Publikum den Ausschlag gab. Mit „Dealmaking“ begründet Donald Trump heute seine Befähigung für das höchste Amt im Staate – die Unbeugsamkeit des eigenen Charakters dagegen war Reagans wichtigster Aktivposten. Er schöpfte Popularität aus seinem Sein, nicht aus dem Populismus der Anbiederung. Das machte ihn unschlagbar.

Die Nashua-Debatte vom Februar 1980 ist inzwischen ikonisch, auf YouTube findet man sie noch heute, und „I am paying for this microphone“ wurde zur Erkennungsmelodie des Präsidentschaftsanwärters Ronald Reagan. Live free or die. New Hampshire gewann er mit satter Mehrheit – und vieles andere danach ebenfalls. Those were the days.

forum@welt.de

Kuhmilch trinken trotz Unverträglichkeit

Warum Menschen mit einer Laktoseintoleranz auf besondere Weise profitieren könnten

Ein aufgeblähter Bauch, Durchfall oder Übelkeit: Menschen, die Milch wegen einer Laktoseintoleranz schlecht vertragen, klagen nicht selten über solche Symptome, die den Alltag belasten und das Lebensgefühl beschweren können. Manche lassen die Milch in Müsli oder Kaffee daher lieber weg oder greifen zu laktosefreien Produkten. Gewöhnliche Kuhmilch dagegen führt, wenn auch keineswegs bei allen, so doch bei einigen Personen mit der Unverträglichkeit typischerweise ein bis zwei Stunden nach dem Verzehr zu vermeidbarem Ungemach.

VON MARTIN LINDNER

Nun jedoch haben US-Mediziner eine Theorie aufgestellt, die auf den ersten Blick widersinnig klingt – und den Kuhmilchgenuss bei Laktoseintoleranz geradezu zu rehabilitieren scheint. Demnach wäre Milch, zumindest in Maßen genossen, für die Betroffenen womöglich sogar ein Segen, weil sie das langfristige Diabetes-Risiko senkt. Bewährt hat sich die Hypothese, wäre dies für die Ernährungsmedizin eine kleine Sensation. Urheber der neuen, in der Fachzeitschrift „Nature Metabolism“ präsentierten Idee ist ein Team um den Epidemiologen und Ernährungsexperten Qibin Qi vom Albert Einstein College of Medicine in New York. Die Forscher nutzten für ihre Untersuchungen die Daten der größten Langzeit-Gesundheitsstudie unter Latinos in den USA, der „Hispanic Community Health Study/Study of Latinos“. Mehr als 12.000 Frauen und Männer wurden in die Analyse einbezogen.

Die Ausgangsfrage von Qi und Kollegen war: Woher kommt es, dass der Konsum von Kuhmilch das Diabetes-Risiko in manchen Bevölkerungsgruppen auf der Welt offenbar steigert – in anderen aber senkt? Dieser widersprüchliche Befund fiel in Studien auf und führte die Mediziner zu der Vermutung, dass dahinter die unterschiedliche Fähigkeit des Organismus steckt, den Milchzucker (Laktose) zu verwerten. Zwar verfügt der menschliche Dünn-

die molekularen Details analysierten Qi und sein Team jetzt die Zusammenhänge: Zum einen untersuchten sie die Darmflora anhand von Stuhlproben der Teilnehmer, zum anderen testeten sie eine Batterie von Stoffwechselformen im Blut. Die Befunde setzten sie wiederum mit den Ernährungsgewohnheiten der Probanden in Beziehung und verfolgten im Schnitt über einen Zeitraum von sechs Jahren das Risiko an Diabetes zu erkranken. Das erstaunliche Ergebnis: Rund ein Viertelliter Milch pro Tag senkt bei Menschen mit Laktoseintoleranz das Diabetes-Risiko um ungefähr 30 Prozent. Bei Personen ohne die Unverträglichkeit findet sich ein solcher Effekt dagegen nicht. Tatsächlich ließ sich der Zusammenhang anhand von Daten aus einer anderen umfassenden Langzeitstudie in Großbritannien, gesammelt in der „UK Biobank“, bestätigen.

Die grundsätzliche Erklärung für den Befund ist dabei trotz der verwickelten Mechanismen zumindest prinzipiell einleuchtend. So führe der Milchkonsum bei Menschen mit Laktoseintoleranz dazu, dass der Milchzucker – quasi wie ein Ballaststoff – nicht abgebaut wird und im Darm verbleibt. Stattdessen, argumentieren Qi und Kollegen, könnten sogenannte Bifidobakterien in der Darmflora von dem Kohlenhydrat profitieren und vermehrt wachsen. Diese Mikroben bilden den Analysen zufolge für den menschlichen Stoffwechselförderliche Substanzen, die ins Blut übergehen, wie die sogenannte Indolpropionsäure, die zu den gesundheitsförderlichen kurzkettigen Fettsäuren zählt. Dagegen scheinen sich andere, eher abträgliche Stoffe im Blut zu verringern, was sich insgesamt positiv auf das Diabetes-Risiko auswirkt. Das tägliche Glas Milch hätte also, über eine veränderte Darmflora, bei einer Laktoseintoleranz durchaus sein Gutes.

„Es ist sehr plausibel, dass der Milchkonsum die Zusammensetzung der Darmflora und damit auch das metabolische Profil beeinflussen kann“, kommentiert die Ernährungsphysiologin Lonneke Janssen Duijghuijsen von der Universität Wageningen in den Niederlanden. Ihr Team hatte vor kurzem eine Untersuchung vorgenommen, die in eine ähnliche Richtung weist. Dass sich der Effekt nur bei Menschen mit Laktoseintoleranz zeigt, liege schlicht daran, dass der Milchzucker unverdaut im Darm bleibt und dort die Wachstumsbedingungen für die Bakterien verändert – während die Laktose bei jenen, die sie gut verwerten, rasch aus dem Darm verschwindet, erläutert dazu Janssen Duijghuijsen.

Auch Robert Wagner vom Deutschen Diabetes-Zentrum an der Universität Düsseldorf hält die aktuell von Qi Team vorgestellten Befunde für beachtlich: „Das ist ein beeindruckendes Paper, das sich in das bestehende Wissen über die Risikofaktoren von Typ-2-Diabetes gut einfügt.“ Zwar würden die US-Ergebnisse zunächst kontraintuitiv wirken, doch würden sie zeigen, wie eng der Zusammenhang zwischen Ernährung, Darmflora und Krankheitsrisiko tatsächlich ist. Personen mit einer Laktoseunverträglichkeit könnten von ihrem Enzymmangel sogar profitieren, zumindest was die Entwicklung einer Zuckerkrankheit betrifft – während bei anderen ein hoher Milchkonsum mit entsprechender Kalorienzufuhr einen Risikofaktor für Diabetes darstellt.

Sollten Menschen, die Milchzucker schlecht vertragen, also trotz möglicher Beschwerden weiter Milch trinken? „Die Studie enthält keine ausdrücklichen Ernährungsempfehlungen“, hebt Janssen Duijghuijsen hervor. Dazu sei es auch viel zu früh. Möglich ist beispielsweise, dass in der statistischen Analyse wichtige Einflussfaktoren übersehen wurden und das Diabetes-Risiko deshalb sank, weil sich die Milchtrinker auch in anderer Hinsicht gesünder verhalten. Zudem handelt es sich nicht um eine klinisch kontrollierte Studie – die aber wäre nötig, um handfeste kausale Schlüsse ziehen zu können. Dennoch hält die Untersuchung für die Betroffenen durchaus eine positive Perspektive parat. So ist bekannt, dass auch viele Menschen mit Laktoseintoleranz eine geringe Menge Milch, gerade wenn sie mit anderen Nahrungsmitteln konsumiert wird, durchaus vertragen. Studien zeigen: Die tolerierte Menge entspricht im Schnitt etwa zwölf Gramm Laktose – oder einem Glas Milch pro Tag.



Deutlich größer als ein Haifisch: die wichtige Körperform des Megalodons steht nun in Frage (Illustration)

Wir verdanken dem Monster-Kino so manche schöne Wiederentdeckung. All die Wesen aus den Urzeiten, die in Filmen, biologisch mal mehr und mal weniger korrekt, auftauchen und ein hübsches Zerstörungswerk verrichten. Man darf etwa sagen, dass der Bekanntheitsgrad des prähistorischen Riesens-Hais namens Megalodon wesentlich beflügelt wurde durch ein paar Filme, „The Meg“ und „Megalodon – Die Bestie aus der Tiefe“ von 2018, „Meg 2“ von vergangenen Sommer.

VON HOLGER KREITLING

Wer die Werke verpasst hat: Immer kommt ein gewaltiger Haifisch-Verschmitt-Ersatz daher, reißt das Maul auf, zeigt spitze Zähne, es werden Boote gerammt, Menschen verschluckt, man ringt, schlingt, kämpft, schießt. Und zwischendurch wird stets von einem Auskenner würdig erklärt, was der Megalodon ist und war, eine Million Jahre altes Viech, das seit ebenso langer Zeit nicht mehr existiert. Ein Vorteil für die Filmemacher ist dabei, dass im Prinzip ganz unklar ist, wie der Megalodon aussah und wie groß er tatsächlich war. Hauptsache riesig.

Size does matter, die Größe zählt. Damit beschäftigen sich auch Paläobiologen und Hai-Experten. Eine Gruppe von 26 Forschern legt nun nah, dass Megalodon nicht wie ein riesiger weißer Hai aussah, sondern anders, wesentlich schlanker, dafür aber länger. Mehr wie ein Hecht, natürlich ein sehr, sehr großer.

„*Otodus megalodon* wurde zuerst 1835 von einem gebürtigen Schweizer wissenschaftlich beschrieben. Die Tiere lebten vor etwa 15 bis 3,6 Millionen Jah-

ren fast weltweit. Es gibt Funde aus Amerika, Europa, Japan, Australien, Afrika. Weil aber auch verkalkte Skelettknorpel mit der Zeit verschwanden, liegen lediglich Zähne sowie einzelne Wirbel vor. Bisspuren auf Walknochen ergäßen das Bild. Die Größenberechnungen anhand der gewaltigen Zähne schwanken deshalb.

Weißer Haie mit ihren ebenfalls großen Zähnen wurde früh als Referenz herangezogen, was das mögliche Aussehen betrifft. Auch der vorn bulligeren Körper. Erste Schätzungen gingen bis zu 30 Metern Länge eines Megalodons. In den 90er-Jahren verständigte man sich auf eine Länge von zwölf bis 18 Metern, einzelne Exemplare könnte auch 20 Meter erreicht haben – bei einem Gewicht von bis zu 100 Tonnen.

Der Paläobiologe Kenshu Shimada von der DePaul University in Chicago berechnete mehrfach Körperlängen, zuletzt 2019 kam er auf eine Größe von 14,2 bis 15,3 Metern. Es habe für die Warmblüter wenig Chancen gegeben, größer als 15 Meter zu werden.

Shimada ist nun Hauptautor der Studie über das mutmaßliche Aussehen, die in der Fachzeitschrift „Palaeontologia Electronica“ erschienen ist. Die Forscher stützten sich auf unterschiedliche Berechnungen von ein und demselben fossilen Fund, die mal zu einer Gesamtlänge von 11,1 Meter und mal zu einer Gesamtlänge einschließlich Kopf von 9,2 Meter geführt hat. Sie schließen deshalb auf einen schlankeren, dafür längeren Körper, der in seiner Form von der des deutlich bulligeren Weißen Hais abweicht.

„Die neue Studie deutet stark darauf hin, dass die Körperform von *O. megalodon* nicht nur eine größere Version des modernen Weißen Hais war“, sagte Mitautor Phillip Sternes, der bei Shima-

Der legendäre Ur-Hai wurde bisher wie ein Weißer Hai dargestellt. Forscher werfen das Konzept jetzt um



Gebiss eines Megalodons im Naturkundemuseum

PICTURE ALLIANCE/DPAP/CHRISTOPHSCHMIDT

da studierte und an der University of California in Riverside promoviert.

Er vergleicht die Form des Megalodon eher mit dem Kurzflößen-Mako, der zur Familie der Herings- oder Makrelen-Haie gehört. „Es wäre immer noch ein beeindruckendes Raubtier an der Spitze der alten marinen Nahrungskette gewesen, aber es hätte sich aufgrund dieses neuen Verständnisses seines Körpers anders verhalten.“

Ein schlankerer und länglicherer Körper würde darauf hindeuten, dass der Megalodon auch einen längeren Verdauungskanal hatte. Sternes nimmt an, dass die Haie in diesem Fall von einer verbesserten Nährstoffaufnahme profitierten und möglicherweise nicht so oft fressen mussten, wie bisher angenommen. „Mit der verbesserten Fähigkeit, seine Nahrung zu verdauen, hätte es länger ohne Jagd auskommen können.“

Haiforscher haben bisher die Theorie, dass ein natürlicher Rückgang der Beute zum Aussterben der Megalodons geführt habe. Phillip Sternes glaubt an eine Kombination von Faktoren, die zum Aussterben führten. „Einer davon könnte das Auftauchen des Weißen Hais gewesen sein, der möglicherweise agiler war und ihn zu einem noch besseren Raubtier als der Megalodon machte.“

Die Wissenschaftler sind sich allerdings einig, dass eine genaue Bestimmung, wie der Megalodon ausgesehen hat, von weiteren Funden abhängt. Ohne ein vollständiges oder nahezu vollständiges Skelett bleibt der Riesenfisch in all seinen Darstellungen eine Fantasie.

Bis dahin kann in Museen, in populären Büchern, in Filmen und Computerspielen das Viech aussehen, wie es will, überdimensional oder mittelpfächtig, Hauptsache Zähne, sehr große Zähne.

Schweinepest auf Borneo bedroht indigene Kultur

Jahrhundertealte kulturelle Praktiken sind in Gefahr, und auch die Ernährung ist indirekt betroffen

Die weltweiten Auswirkungen der afrikanischen Schweinepest sind nach Angaben von Experten viel schwerwiegender als bisher bekannt. Das Virus grassiert seit Jahren auch in Asien und hat dort Schweinepopulationen an den Rand des Aussterbens gebracht. Die Pandemie habe gravierende Auswirkungen nicht nur auf die Tiere, sondern auch auf die Menschen in den betroffenen Regionen – speziell auf die Urvölker Borneos, wie nun in einem Beitrag im Fachmagazin „Science“ gewarnt wird.

Jahrhundertealte kulturelle Praktiken seien bedroht, auch die Ernährung dieser Völker verändere sich dramatisch, schreiben die Forscher um Erik Meijaard, den ehemaligen Vorsitzenden der IUCN Wild Pigs Specialist Group. „Obwohl die muslimische Bevölkerung Borneos kein Schweinefleisch isst,

wirkt sich der Zusammenbruch der Schweinepopulation auf den Lebensunterhalt und die kulturellen Traditionen von Millionen nichtmuslimischer Menschen aus.“

Auf der drittgrößten Insel der Welt, zu der das indonesische Kalimantan, die malaysischen Regionen Sarawak und Sabah sowie das Sultanat Brunei gehören, waren Bartschweine (*Sus barbatus*) einst die häufigste große Säugetierart und wurden traditionell bejagt. Teilweise sei der Schweinebestand durch die Schweinepest seit 2018 um 90 bis 100 Prozent zurückgegangen, also nahezu verschwunden, erläutern die Wissenschaftler nun. „Der erhebliche Rückgang rechtfertigt möglicherweise eine Anhebung des Erhaltungszustands von ‚gefährdet‘ auf ‚vom Aussterben bedroht‘.“ Das Virus bedrohe zudem die Ökosysteme sowie andere gefährdete Wildtiere. So fressen die

Wildschweine Samen und verbreiten diese auch – sie spielen damit als sogenannte Ökosystemingenieure eine wichtige Rolle. „Zudem werden sich die Menschen in Ermangelung von Schweinen wahrscheinlich auf die Jagd auf gefährdete Arten wie Südliche Schweineaffen (*Macaca nemestrina*) konzentrieren.“

Ob sich die Schweinepopulationen auf Borneo und anderen Inseln in Südostasien wie Java, Sumatra und Osttimor je wieder erholen können, sei fraglich. Forschung und Interventionen seien dringend nötig, um die Ausbreitung der Krankheit in andere Regionen zu verhindern, wie beispielsweise auf die Insel Neuguinea. „Die Ureinwohner dort haben so enge Bindungen zu Schweinen, dass Stammesfrauen dafür bekannt sind, Ferkel wie ihren eigenen Nachwuchs zu säugen“, hieß es in einer Mitteilung zu dem Brief. „Es muss drin-

gend etwas getan werden“, fordern die Forscher. Ansonsten drohe bei indigenen Stämmen ein „irreversibler Verlust von Arten und den von ihnen unterstützten Ökosystemen, Kulturen, Lebensgrundlagen und Gemeinschaften“.

Die afrikanische Schweinepest ist eine anzeigepflichtige Tierseuche, von der Haus- und Wildschweine betroffen sind, heißt es auf der Website des Friedrich-Loeffler-Instituts, dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit. In den afrikanischen Ursprungsländern übertragen Lederzecken das Virus. In Mitteleuropa erfolgt eine Übertragung oft durch direkten Kontakt mit infizierten Tieren oder Kadavern, Blut ist der effizienteste Übertragungsweg. Da es sich um keine Zoonose handelt, also zwischen Tier und Mensch übertragbare Infektionskrankheit, ist die Schweinepest für den Menschen ungefährlich. dpa/wb

Effekt bei Menschen mit Laktoseintoleranz



Illus: Getty; Quelle: Nature Metabolism WELT

”

DAS IST EINE BEEINDRUCKENDE STUDIE

ROBERT WAGNER
Deutsches Diabetes-Zentrum

darm im Säuglingsalter über ein Enzym (Laktase), welches das Kohlenhydrat aus der Muttermilch spaltet und als Energiequelle nutzbar macht. Doch je nach genetischer Veranlagung wird dieses im Erwachsenenalter nicht mehr bei allen Menschen ausreichend gebildet – eine Laktose-Unverträglichkeit kann die Folge sein. So ist beispielsweise unter Asiaten der Anteil von Menschen deutlich höher, denen Laktase fehlt – Milchgenuss scheint aber gerade sie vor Diabetes zu schützen.

Um dieses Rätsel zu lösen, bieten sich besonders die Daten der US-Amerikaner mit lateinamerikanischen Wurzeln an: Unter ihnen ist die Gruppe mit ausreichend Laktase etwa so groß wie jene mit niedrigen Enzym-Leveln. Bis in

BÖRSEN-WELT:



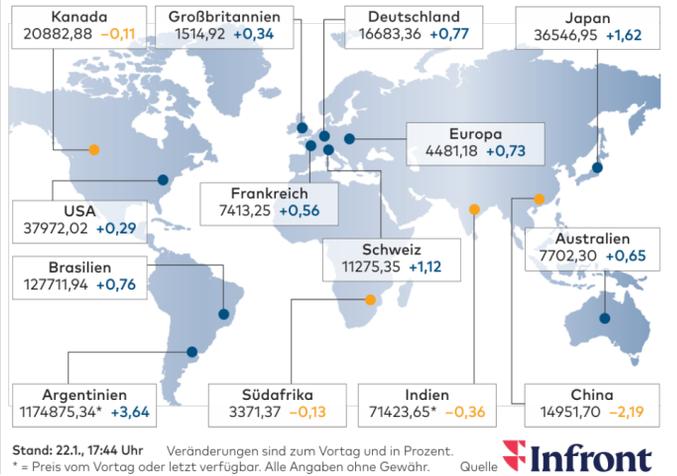
DAX

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2023
Adidas NA	+1,2	135,3	198,8	30,00	0,70	0,42	-
Airbus	+0,8	112,0	150,6	118,62	1,80	1,20	26,10
Allianz vNA	+1,1	192,5	249,9	97,87	1,140	4,56	10,50
BASF NA	+0,5	40,25	54,04	38,21	3,40	7,94	10,44
Bayer NA	+1,4	30,22	65,66	32,28	2,40	7,30	6,44
Beiersdorf	+0,1	109,1	139,6	34,07	0,70	0,52	35,12
BMW St.	+1,1	86,80	113,5	54,10	8,50	9,11	6,76
Brenntag NA	+1,1	65,02	84,18	11,96	2,00	2,47	15,16
Commerzbank	-3,4	8,31	12,01	13,26	0,20	1,87	7,37
Continental	+0,5	58,20	79,24	14,25	1,50	2,10	9,97
Covestro	+0,8	35,11	54,70	9,01	-	-	52,96
Daimler Truck	+1,4	27,57	34,44	25,76	1,30	4,15	8,35
Dt. Bank NA	+1,1	7,95	12,85	24,36	0,30	2,51	6,12
Dt. Börse NA	-0,2	152,6	190,7	35,95	3,60	1,90	20,68
Dt. Post NA	+1,4	36,04	47,05	54,95	1,85	4,17	13,24
E.ON NA	+1,0	18,50	23,33	116,18	0,70	3,00	15,03
E.ON Energy	+0,1	9,75	12,80	32,91	0,51	4,09	13,84
Fresenius	+0,8	23,29	31,22	12,10	0,92	3,48	9,61
Hann. Rück NA	+1,6	158,6	229,9	27,57	6,00	2,62	15,34
Heidelb. Mat.	+1,6	57,60	86,18	15,70	2,60	3,08	10,74



Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2023		
Henkel Vz.	-0,9	64,06	78,84	12,78	1,85	2,58	20,80		
Infineon NA	+1,4	27,07	40,27	45,26	0,32	0,92	17,33		
Mercedes-Benz	+0,3	55,08	76,10	63,43	5,20	8,77	4,88		
Merck	+1,2	134,3	195,8	19,12	2,20	1,49	18,38		
MTU Aero	+0,4	158,2	245,1	11,28	3,20	1,53	21,28		
Münch. R. vNA	+1,2	292,4	400,4	54,37	1,60	2,91	13,28		
Porsche AG Vz.	-1,6	72,12	120,8	33,07	1,01	1,39	12,41		
Porsche Vz.	+0,7	41,65	60,18	6,70	2,56	5,85	2,46		
Qiagen	+0,4	32,74	47,72	9,45	-	-	23,69		
Rheinmetall	+1,1	20,97	33,80	+1,1	33,79	14,54	4,30	1,29	23,84
RWE St.	-2,1	31,55	43,55	24,83	0,90	2,45	10,96		
SAP	+1,0	101,5	150,3	184,69	2,05	1,36	43,58		
Sartorius Vz.	+0,5	215,3	471,7	11,15	1,44	0,48	33,26		
Siem. Energy	+1,1	6,40	24,81	9,56	-	-	-		
Siem. Health.	-1,2	44,39	58,08	57,96	0,95	1,85	28,54		
Siemens NA	+1,5	119,5	171,1	130,72	4,25	2,60	19,93		
Symrise	-0,1	87,38	110,4	13,19	1,05	1,11	29,05		
Vonovia NA	+0,4	15,27	29,09	22,05	0,85	3,14	-		
VW Vz.	+1,0	97,83	143,2	22,26	8,76	8,12	3,51		
Zalando	+3,9	15,95	45,81	4,48	-	-	30,88		

INDIZES

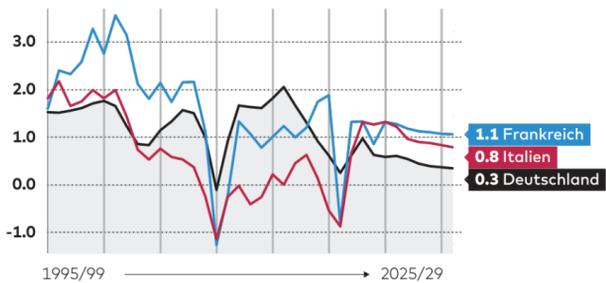


Fünf Fragen zur Zukunft Deutschlands und der Welt

Zum 15. Mal lädt Axel Springer die Elite des Landes zum WELT-Wirtschaftsgipfel ein. Es ist das wichtigste Treffen seit langer Zeit

Geringe Dynamik

Potenzialwachstum Deutschland

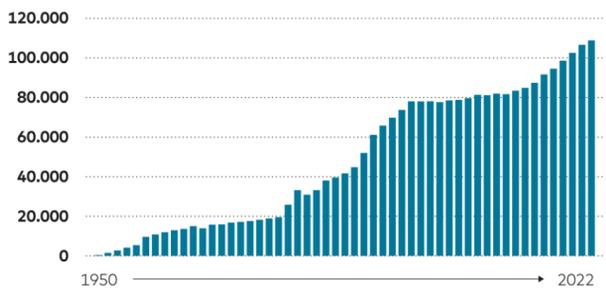


Quelle: Bloomberg

WELT

Zu wenig Geld für Investitionen übrig

Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland in den Jahren von 1950 bis 2021 (in Millionen Euro)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

WELT

mafreundliche Technologien. Unternehmen brauchen die Politik, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Beim WWG treffen die Politiker auf Deutschlands ökonomische Entscheider und Vordenker. Darunter sind die Chefs von 15 Dax-Konzernen, zum Beispiel Siemens, Deutsche Bank, Allianz, Bayer und Rheinmetall. 655 Milliarden Euro Börsenwert kommen in einem Raum zusammen. Die Zukunft Deutschlands und Europas soll besprochen werden – in deutlichen und ehrlichen Worten. WELT liefert vor dem Gipfel eine Übersicht über fünf Fragen, die Politiker und die Firmenlenker dringend beantworten sollten.

WANN KOMMT DAS MACHTWORT? Die Ampel-Koalition ist unbeliebt und zerstritten. Wo muss der Staat sparen, wo Geld ausgeben? Wie soll Deutschland mit Migranten umgehen? Und wie mit dem Aufstieg des Rechtsextremismus? Die Bundesrepublik ist aufgewühlt, wie die Demonstrationen der vergangenen Tage gegen die AfD zeigen. Aber es scheint kein Thema zu geben, bei dem sich die Regierung aus SPD, FDP und Grünen einig ist.

Der Bundeskanzler wirkt führungs-schwach. Eine Frage, die sich Olaf Scholz stellen muss, lautet: Wäre es nicht an der Zeit, ein Machtwort zu sprechen? Also endlich einmal die Richtlinienkompetenz einzusetzen, die das Grundgesetz dem deutschen Regierungschef gewährt?

WAS PASSIERT, WENN TRUMP GEWINNT?

Es war ein vertrauliches Gespräch unter den Mächtigen der Welt. Im Januar 2020 sagte der damalige amerikanische Präsident Donald Trump zu Ursula von der Leyen, Chefin der EU-Kommission: „Sie müssen verstehen, dass wir nicht helfen, wenn Europa angegriffen wird.“ So zumindest erzählte es Kommissar Thierry Breton, zuständig für Rüstung und bei dem Gespräch anwesend, vor wenigen Tagen im Europäischen Parlament in Brüssel.

Bis heute scheint Trump, der in diesem Jahr erneut zum US-Präsidenten gewählt werden könnte, seine Meinung kaum geändert zu haben. Vor wenigen Tagen fragte ihn ein Moderator des US-Senders Fox, ob er zur NATO stehe und die europäischen Verbündeten im Ernstfall verteidigen würde. Trumps Antwort: „Hängt davon an, ob sie uns gut behandeln“.

Zwei Szenarien scheinen nun denkbar. Erstens: Nach 75 Jahren Mitgliedschaft führt Trump die USA tatsächlich aus der NATO, sollte er die Wahl gewinnen. Zweitens: Trump nutzt die Drohung mit dem Austritt, um die Europäer unter Druck zu setzen und auf anderen Gebieten etwas für sein Land herauszuholen. Zum Beispiel in der Handelspolitik. Bei der Frage, welche Zölle die EU auf amerikanische Produkte erhebt. Vom Kanzler möchte man daher wissen: Wie bereitet er Deutschland und Europa auf Trumps mögliches Comeback vor? Und wie will er die Bundesrepublik verteidigungsbereit machen?

WIE MÜDE IST DEUTSCHLAND?

Deutschland, heißt es immer wieder, sei der kranke Mann Europas. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos wollte Finanzminister Christian Lindner davon nichts wissen – und bezeichnete Deutschland als einen müden Mann, der nach einer langen Nacht bloß einen starken Kaffee brauche. Die Frage ist nun: Wie müde ist die Bundesrepublik und wie stark muss der Kaffee sein?

Die Aussichten sind trübe. Der Sachverständigenrat rechnet vor, dass die deutsche Wirtschaft mittelfristig nur noch um 0,4 Prozent pro Jahr zulegen wird, falls sich nichts ändert. Vor Coro-

na lag das sogenannte Potenzialwachstum noch bei weit über ein Prozent. Lindner muss sich deshalb auch fragen: Verhindert die strikte Schuldenbremse Investitionen, die für mehr Wachstum sorgen könnten?

SIND SUBVENTIONEN DER RICHTIGE WEG?

Es ist ein Wettlauf um die Technologien der Zukunft entbrannt. Die EU und die USA fördern Unternehmen, die klimafreundliche Produkte herstellen, mit Milliarden. Wirtschaftsminister Robert Habeck muss nun klären, welche Subventionen gut sind und welche schlecht. Und ob es eine gute Idee ist, den hohen Summen aus Amerika hohe Summen aus Europa entgegenzustellen. Oder ob es nicht vielleicht besser wäre, die Unternehmenssteuern in Deutschland – die zu den höchsten der Welt gehören – zu senken. Eine andere Frage lautet: Wie sieht die Zukunft des Freihandels aus? Die EU

spricht gerade mit mehreren Staaten über den Abbau von Handelshemmnissen. Aber überall gibt es Probleme. Denn die EU will Regierungen in fernen Teilen der Erde zu mehr Umweltschutz bewei-

WELT

WIRTSCHAFTSGIPFEL

gen – was dort als übergriffig und arrogant empfunden wird. Sollten Brüssel und Berlin also vielleicht ihre moralisierende Agenda in der Handelspolitik überdenken?

WIE TREU SIND DIE DAX-KONZERNE?

Beim WELT-Wirtschaftsgipfel soll zuerst die ökonomische Elite die politi-

sche befragen. Doch auch die Wirtschaftslenker werden Stellung beziehen müssen. Etwa zu der Frage, ob sie dem Standort Deutschland treu bleiben wollen – oder sich von Subventionen in die USA locken lassen. Außerdem dürfte es um ihre Abhängigkeit von China und die Stabilität ihrer Lieferketten gehen. Und darum, ob sie in einer politisierten Welt Farbe bekennen und wie sie es mit der AfD halten. Wird der Aufstieg der Rechten zum Standortproblem?

Rheinmetall-Chef Armin Papperger, der ebenfalls beim WWG anwesend sein wird, dürfte einer der begehrtesten Gesprächspartner sein. Europa und Deutschland müssen fähig sein, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Es sind Milliarden für die Aufrüstung der Bundesrepublik nötig. Rüstungsriese Rheinmetall verkörpert daher wie kein anderes Unternehmen die Schicksalsgemeinschaft von Wirtschaft und Politik.

ANZEIGE

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

ANTRIEBER ZUKUNFT

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir, heute die Leistungsfähigkeit von morgen zu sichern.

Nachhaltigkeit braucht gezielte Anstöße, damit sie langfristig wirkt. Wie bei einem Perpetuum mobile, das sich nach einem ersten Impuls von außen immer wieder selbst antreibt. Dieses ist zwar fiktiv, dient uns von der DZ BANK aber als Vorbild und Handlungsgrundlage. Wir denken in Kreisläufen und unterstützen unsere Kunden dabei, nachhaltige Veränderungen anzustoßen. Dabei haben wir immer die langfristigen Auswirkungen unseres Handelns im Blick. So sichern wir gemeinsam die Zukunft durch nachhaltige Leistungsfähigkeit. Erfahren Sie mehr über unsere Haltung unter: [dzbank.de/haltung](https://www.dzbank.de/haltung)

DZ BANK
Die Initiativbank

Es ist beeindruckend, wie schnell Computer lernen. Algorithmen können unsere Fragen immer besser und immer schnell beantworten. Um die großen Probleme Deutschlands und der Welt müssen sich jedoch die – zumindest bisher – analogen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft kümmern.

VON STEFAN BEUTELSBACHER, NANDO SOMMERFELD UND HOLGER ZSCHÄPITZ

Dutzende von ihnen treffen sich am heutigen Dienstag beim WELT-Wirtschaftsgipfel (WWG) im Berliner Axel-Springer-Haus. Darunter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der Bundesminister für Digitales und Verkehr Volker Wissing (FDP) und der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Sie alle wollen zu dem

Thema „Künstliche Intelligenz: Aufbruch in eine neue Weltordnung“ sprechen.

Die ökonomische und politische Großwetterlage ist komplex. Krieg in der Ukraine und Nahost, eine mögliche Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus, eine zerstrittene Bundesregierung, der Aufstieg des Rechtsextremismus. Die AfD-Fraktionsvorsitzende wolle, dass Deutschland aus der EU austrete, sagte die Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Vorabend des Gipfels zu WELT. „Aus dem Europa, das uns 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat.“ Die AfD wolle zurück in eine Vergangenheit, die es so nie gegeben habe, meinte von der Leyen. „Das ist ebenso geschichtsvergessen wie zukunftsblind.“

Politik und Wirtschaft befinden sich in einer Schicksalsgemeinschaft, sie können nicht ohne einander. Das zeigen etwa die milliardenschweren Subventionen aus Europa und Amerika für kli-

Bahn stellt sich immer besser auf Lokführerstreiks ein

Die GDL ruft zum nächsten Arbeitskampf auf. Der Staatskonzern hält mit Routine dagegen

Auch wenn das Ritual dieses Mal mitten in der Nacht stattfand, bekommen alle Beteiligten inzwischen erkennbar so etwas wie Routine: Um 2.10 Uhr verkündete die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in der Nacht zum 22. Januar, dass sie den Tarifstreit mit der Deutschen Bahn (DB) ein weiteres Mal eskalieren wird und nun sechs Tage am Stück streiken will. Nur wenige Stunden später, noch deutlich vor Sonnenaufgang antwortete die (DB) mit einer empörten Mitteilung.

VON PHILIPP VETTER

GDL-Chef Claus Wesesky bricht diesmal ein weiteres Tabu, indem er die Wochenendpendler gezielt mit ins Visier nimmt, die an Freitagabenden und Sonntagen mit der Bahn durch die Republik reisen müssen. Bislang hatten die Lokführer ihre Streiks immer rechtzeitig beendet, um sich nicht auch noch den Zorn dieser Wochend-Kunden zuzuziehen. Damit ist Schluss: Ab der Nacht zum 24. Januar soll sechs Tage lang bis zum Abend des 29. Januars durchgestreikt werden.

Doch auch auf der Seite der Deutschen Bahn hat sich etwas verändert. Während der Konzern bei den vergangenen Ausständen seine Kunden immer dazu aufrief, möglichst daheimzubleiben, Reisen zu verschieben und Tickets zu stornieren, rät die DB dieses Mal dazu, möglichst frühzeitig Sitzplätze für die Züge zu reservieren, die trotz des Streiks fahren werden. Mit längeren Zügen soll zumindest ein Notbetrieb aufrechterhalten bleiben. Denn die vergangenen Ausstände haben gezeigt, dass es den Lokführern keineswegs gelingt, den gesamten Schienenverkehr lahmzulegen. Im Fernverkehr fährt etwa jeder fünfte Zug – und die waren teils pünktlich und angenehm leer, berichten Fahrgäste, die trotz des Streiks

sind, immer routinierter möglich. Hinzu kommt, dass es beim Regionalverkehr durchaus auch Gegenden gibt, in denen die GDL weniger stark vertreten ist und so teils mehr als ein Drittel aller Züge in der Region fährt. Die meisten Fahrgäste haben zudem inzwischen die DB-App auf ihrem Handy am Bahnsteig dabei, so kann die Bahn sie bei Ausfall ihrer Verbindung kurzfristig mit alternativen Routen versorgen.

Für die Fahrgäste bleiben die Streiks damit weiter ärgerlich, aber in vielen Fällen eben auch erträglich. Das dürfte auch nötig sein, denn ein Ende der Auseinandersetzung ist nicht absehbar. Die GDL verweigert sich komplett Verhandlungen über die Angebote der Bahn und stellt Vorbedingungen, die der Konzern nur schwer erfüllen kann. Schließlich geht es kaum noch um Lohnerhöhungen – obwohl die Lokführer auch hier eine sehr hohe Forderung aufgestellt haben. Doch beim Gehalt könnte man sich wohl relativ schnell einigen. Die GDL verlangt aber auch eine Absenkung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 35 Stunden ohne Lohnneinbußen. Außerdem will sie auch für die Fahrdienstleiter, die den Verkehr auf den Schienen steuern, einen Tarifvertrag abschließen. Das will die DB allerdings verhindern, um der Lokführer-Gewerkschaft nicht noch mehr Einfluss zuzugestehen.

Dass sich Gerichte einschalten und den Sechs-Tages-Streik noch verhindern, ist derzeit ausgeschlossen. Die Deutsche Bahn hatte vor dem letzten Streik versucht, der GDL den Streik per einstweiliger Verfügung verbieten zu lassen und war damit in zwei Instanzen gescheitert. „Die DB wird gegen den sechstägigen GDL-Streik keine Rechtsmittel einlegen“, kündigte ein Bahnsprecher an. „Eine einstweilige Verfügung zu erwirken, ist nach rechtlicher Prüfung aktuell nicht geplant.“

Zwar werden die Gerichte noch im sogenannten Hauptsacheverfahren darüber entscheiden, ob die GDL überhaupt mit der Bahn über Tarifverträge verhandeln darf, doch das wird noch lange dauern, bis mit einem Urteil zu rechnen ist. Die Bahn argumentiert, dass die GDL ihre Tariffähigkeit verloren habe, weil sie die Genossenschaft Fair Train gegründet hatte, die künftig selbst Lokführer als Leiharbeitskräfte an Eisenbahnunternehmen ausleihen soll. Diese Doppelrolle als Gewerkschaft und Arbeitgeber hält die DB für verboten.

Kurzfristig wird sich an der verfahrenen Situation dadurch aber nichts ändern lassen. Entsprechend scheint sich die Bahn immer besser auch auf lange Ausstände einzustellen. Langfristig dürften die Erfahrungen der Kunden sich aber dennoch negativ auswirken. Schließlich erweist sich die Bahn einmal mehr als unzuverlässiges Verkehrsmittel und dürfte bei einigen Kunden mindestens den Umstieg vom eigenen Auto auf Züge verhindern. Außerdem entstehen für den Konzern enorme Kosten. Von rund 25 Millionen Euro Schaden spricht man bei der DB – pro Streiktage

Der große runde Bürotisch ist übersät mit Weihnachtskarten. Stefan Dräger, der Familieneigentümer und Vorstandschef des gleichnamigen Herstellers von Medizin- und Sicherheitstechnik, will die Karten noch in Ruhe lesen und nimmt er sie mit in den Januar hinein. Eine kleine Stelle auf dem Tisch hat er für den Gast zum Interview freigehalten.

VON BIRGER NICOLAI

Bevor sich der 60-Jährige den Fragen stellt, macht er aus seiner Espressomaschine Kaffee für die Runde. Der gelernte Elektroingenieur lässt sich Zeit und wirkt entspannt. Dabei geht es bei den anstehenden Gesprächsthemen um nichts weniger als die Existenz seines Unternehmens. Denn sollte die EU ihre Pläne zu Ewigkeitschemikalien durchsetzen, werde es keine Beatmungsgeräte, Inkubatoren oder Sicherheitsausrü-

wir zuschließen. Das gilt nicht nur für Dräger, sondern für viele High-Tech-Hersteller in der EU. Dann wird es kein Beatmungsgerät von Dräger mehr geben und auch vieles andere nicht. Die Versorgung der Krankenhäuser mit Apparaten oder der Menschen mit vielen Medikamenten wäre nicht mehr möglich. Fast alles, was ein Chirurg bei der Operation benutzt, ist aus diesem Kunststoff hergestellt. Dichtungsringe oder Schläuche in der Endoskopie sind es ebenfalls. Etwa 80 Prozent unserer Produkte würden wegfallen, wenn die Richtlinie so umgesetzt wird, wie es jetzt vorgesehen ist.

Gibt es keine Alternative für diese per- und polyfluoralkylierten Chemikalien?

Das geplante Verbot betrifft unterschiedslos die kurzkettigen und die langkettigen Polymere. Die zweite Gruppe steckt in unseren Produkten und sie wurde von der OECD bereits als unbe-

den wie Deutschland, Niederlande oder auch aus Skandinavien. Und sie geht von untergeordneten Behörden aus, bei uns vom Umweltbundesamt. Dort wird nicht auf die Gesamtzusammenhänge geschaut. Das läuft ohne Kontrolle durch die politischen Gremien, die sind bei dem Verfahren nicht involviert. Über das geplante Verbot muss nicht einmal das EU-Parlament abstimmen. Und schließlich, wer mag denn schon etwas gegen den Umweltschutz sagen?

Beschäftigt sich die Bundesregierung nicht mit dem Thema?

Das wäre angemessen, denn nirgendwo in Europa ist die industrielle Wertschöpfung noch so bedeutend wie in Deutschland. Doch selbst wenn die deutsche Politik das täte, hat sie bei der EU in Brüssel bei Umweltthemen derzeit nichts mehr auszurichten. Seit dem Ärger der anderen EU-Staaten über den Alleingang des Bundesverkehrsministe-

rens nach China gehen wollen. Die Lebensqualität hat sich verschlechtert. Die Kontrolle hat ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Es gibt in dem Land drei bis vier Mal mehr Überwachungskameras als Einwohner. China hat inzwischen zwar mit Visa-Erleichterungen reagiert, doch unser Geschäft wird dort immer schwieriger.

Was meinen Sie damit konkret?

Zum Beispiel werden Zulassungen für unsere Geräte erschwert und sie dauern immer länger. Teilweise werden dafür sensible Daten über unsere Produkte verlangt, die wir nicht einfach so überlassen können. Außerdem steigt die Pflicht zu lokaler Wertschöpfung und zum Kauf bei chinesischen Zulieferern für unsere Produktion. Wir haben in der letzten Zeit zwar eine Menge Patente in China angemeldet und Mitarbeiter eingestellt. Es könnte für uns allerdings irgendwann nicht mehr möglich sein, diesen Markt zu bedienen. Solange es geht, werden wir das allerdings weiter machen.

Medizintechnik von Dräger ist in China stark nachgefragt, etwa bei den Beatmungsgeräten. Warum sollte sich das ändern?

Es gibt einen Wandel. Die Regierung in China hat die Medizintechnik als strategisch wichtigen, wenn nicht sogar wichtigsten Bereich ausgemacht. Nehmen Sie als Vergleich die Bahntechnik: Nach 20 Jahren zeigt die Industriepolitik Chinas dort ihre Auswirkung. Heute kommt jeder Zug aus chinesischen Fabriken und nicht mehr aus dem Ausland. Das wird sich auch bei Medizingeräten so entwickeln.

In anderen Regionen der Welt kommt Dräger mit Innovationen ins Geschäft. Australien und Länder Skandinaviens ordern die so genannte Atemalkohol-Wegfahrsperre, durch die ein Auto nur nach einem Atemalkoholtest mit niedrigerem Wert gestartet werden kann. Ist das nicht nur ein Nischengeschäft?

Dräger lebt von vielen Nischengeschäften, die alle zusammen das Unternehmen ausmachen. In Finnland zum Beispiel ist es Pflicht, dass alle Schulbusse mit diesen sogenannten Interlock-Geräten ausgestattet sind. In Frankreich gilt dies für Überlandbusse und in Irland ist es in der Diskussion als Vorschrift für Lkw und Busse. Stets geht es darum, die Trunkenheitsgrenzwerte zu überprüfen. Der Motor startet erst bei einer genügend nüchternen Atemprobe. Diese Alkoholschlösser lassen sich nicht überlisten. In Ländern wie Australien arbeiten wir sogar direkt mit Behörden zusammen.

Sie werden im März 61 Jahre alt, ihr Vorstandsvertrag läuft nächstes Jahr aus. Was kommt nach Stefan Dräger bei Dräger?

Dräger: Meine Beschäftigung ist nicht an das Rentenalter gebunden. Das Vertragsdatum ist eher ein technischer Zeitpunkt. Vielleicht verlängert der Aufsichtsrat den Vertrag noch einmal. Meine drei Kinder studieren und sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Es wird keine direkte Nachfolge aus der Familie geben. Das heißt auch, dass ein neuer Vorstandschef zum ersten Mal in der Unternehmensgeschichte nicht Dräger heißen wird. Konkrete Pläne dafür gibt es jedoch noch nicht. Aber auch nach einem Wechsel bleibt meine Verantwortung als Eigentümer bestehen.

„Wenn das so kommt, können wir zuschließen“

Stefan Dräger, Chef der gleichnamigen Medizintechnik-Firma, warnt vor den Folgen des PFAS-Verbots



PICTURE ALLIANCE/CARSTEN REIDER

stungen für die Feuerwehr mehr geben, sagt Dräger und bleibt dabei alles andere als gelassen.

WELT: Herr Dräger, auch wenn es ein sehr fachliches Thema ist, aber lassen Sie uns mit den Ewigkeitschemikalien unter dem Kürzel PFAS in der EU anfangen. Kunststoffe, die daraus hergestellt werden, zersetzen sich nicht und bleiben in der Umwelt zurück. Ein Verbot wäre doch im Sinne des Umweltschutzes, oder?

STEFAN DRÄGER: Ich bin der Natur sehr verbunden und möchte meinen Kindern einen intakten Planeten hinterlassen. Es ist für mich unbestritten, dass diese PFAS nicht in die Umwelt gehören. Doch wir müssen bei der Art der Anwendung differenzieren und die Folgen bedenken.

Was wären denn die Folgen?

Um es klar zu sagen: Wenn das so kommt wie im Entwurf, dann können

denklich eingestuft. Hierfür gibt es keine Alternative, weil gerade ihre Beständigkeit das Besondere ist. Zudem würde es wegen der Regulatorik für die Medizintechnik viele Jahre dauern, bis ein Ersatz erforscht und am Ende auch genehmigt ist. Die jetzt erwogene Übergangszeit soll jedoch nur 18 Monate betragen. Es fehlt an Sachverstand bei dem Thema in der Behörde der EU. Wir müssen einen anderen Ansatz finden, um zu erreichen, dass diese Stoffe nicht in die Umwelt gelangen können. Der Einsatz in geschlossenen Systemen, für die es eine Rücknahmeverpflichtung gibt, sollte unbegrenzt weiterhin möglich sein. Und es sollte zwischen kurz- und langkettigen Polymeren unterschieden werden.

Teile der Industrie machen Lobbyarbeit dagegen. Wird sich bis zu einem Beschluss nicht noch einiges ändern? Ich befürchte im schlimmsten Fall, dass sich nichts mehr ändern wird. Sehen Sie, die Initiative dazu kommt von Län-

riums bei den E-Fuels hat unsere Regierung dort keine Bedeutung mehr. Aber wir brauchen dringend einen mutigen Politiker, der sich einmischt. Initiativen könnten aus anderen Ländern kommen, vielleicht aus Frankreich und da müsste sich schon Präsident Emmanuel Macron persönlich einschalten. Ich habe große Sorge davor, dass der derzeitige Entwurf zu den PFAS unter Missachtung aller Einwände von einer untergeordneten und unkontrollierten EU-Behörde einfach umgesetzt wird.

Noch gehen die Geschäfte jedoch gut bei Dräger. Für das vergangene Geschäftsjahr sind mehr als 8,5 Prozent Umsatzwachstum angekündigt. Darunter ist China ist der drittgrößte Markt. Zuletzt haben Sie gesagt, dass sich Ihr Unternehmen in Teilen aus China zurückziehen könnte. Warum? China hat sich in den vergangenen Jahren zum Negativen hin verändert. Wir finden kaum mehr Mitarbeiter, die für

„Karriere passiert nicht, Karriere wird gemacht“

Um sich die Jobleiter hochzuarbeiten, genügen Leistung und Motivation nicht. Auch gute Kontakte zum Chef oder zu Kollegen, die es werden könnten, sind hilfreich

Eine Karriere bedeutet für viele Menschen beruflichen Aufstieg. Dabei stammt der Begriff ursprünglich von dem französischen Wort „carrière“, was im Deutschen eine Pferderennbahn meint. Doch während Pferde lediglich immer schneller galoppieren müssen, wird es für Menschen deutlich komplizierter: mehr Geld, mehr Verantwortung, mehr Ansehen. Nur wie geht das eigentlich?

VON PATRIZIA TENSING

Die eigene Karriere hat viel mit persönlichen Ambitionen zu tun. Trotzdem können nicht alle zum Manager oder zur Geschäftsführerin werden. Allein rein rechnerisch kann gar nicht jeder aufsteigen. Denn die meisten Unternehmen sind immer noch pyramidal aufgebaut: Oben gibt es weniger Positionen als unten. Wer hoch hinaus möchte, sollte also strategisch vorgehen. „Karriere passiert nicht, Karriere wird gemacht“, sagt Jochen Mai. Er ist Gründer des Online-Blogs Karrierebibel und arbeitet als Job- und Karrierecoach. Die

Zielsetzung ist der Anfang. Nicht jeder Schritt muss dabei akribisch geplant werden. Aber: „Die Frage, wo man sich selbst in fünf Jahren sieht, sollte jeder für sich selbst beantworten können“, sagt Mai.

Klassische Do’s, also Handlungen, die ambitionierte Arbeitnehmer umsetzen sollten, wenn sie beruflich aufsteigen wollen, kennt Mai aus der Praxis. Dazu gehört etwa, auf sich aufmerksam zu machen. Dafür müssen Arbeitnehmer nicht unbedingt laut, aber präsent sein. Oft reicht es schon, sich in Meetings zu Wort zu melden, sich bei wichtigen Projekten einzuschalten oder Hilfe anzubieten. Ansonsten wird die eigene Arbeit nicht sichtbar. Und auch das Netzwerken gehört dazu.

Etwa das Gespräch mit dem Vorgesetzten zu suchen und von eigenen Erfolgen zu berichten – aber sich auch mit Kollegen aus anderen Abteilungen zum Mittagessen oder zur Kaffeepause zu verabreden. Dinge, die vermieden werden sollten, hat Mai ebenfalls zur Hand: Klatsch und Tratsch. Das sei für Kollegen zwar häufig unterhaltsam, werde

von Vorgesetzten aber oft negativ wahrgenommen. Niemand wolle langfristig mit Verrätern zusammenarbeiten.

Ein schwieriges Thema ist auch die falsche Bescheidenheit: Sie soll zwar häufig dazu dienen, nicht überheblich zu wirken, steht der eigenen Beförderung aber oft im Weg. „Beim Gehalt ist es so: Du bekommst nicht das, was du verdienst, sondern das, was du verhandelst. Und bei der Karriere ist es genau so“, sagt Mai. Und: Es sei besser, die eigenen Stärken auszubauen, als an den Schwächen zu feilen. „Wir Deutschen fokussieren uns aber unglaublich gerne auf unsere Schwächen“, sagt Mai. Zudem sei es wichtig, sich auf bestimmte Positionen vorzubereiten. Interne Fortbildungen, die vom Unternehmen finanziert werden, seien praktisch – schließlich sollten diese vom Arbeitgeber anerkannt werden.

„Die selbst-investierte und selbst-initiierte Fortbildung hat aber oft den höheren Wert, wenn sie gut und klug ausgewählt wurde“, erklärt Mai. „Diese sagt aus: Ich bin bereit, in meine eigene Zukunft zu investieren.“ Ein Aufstieg

muss nicht zwingend mit einem Unternehmenswechsel verbunden sein. Im Gegenteil: In fast jeder zweiten Firma wurden die zuletzt vakanten Führungspositionen ausschließlich aus den eigenen Reihen besetzt, zeigt das Personalpanel des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Vor allem große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten schauen sich intern nach neuen Führungskräften um. Um die persönlichen Kompetenzen von Führungskräften zu stärken und zu entwickeln, bieten Unternehmen oft spezielle Trainings oder Coaching- und Mentoringprogramme an. Häufig ist der berufliche Aufstieg in Unternehmen auch Teil des Leistungsmanagements. „Der Aufstieg auf die nächsthöhere Position ist dabei die Karotte. Damit werden die bisherigen Leistungen belohnt“, sagt Oliver Stettes. Er leitet am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln das Cluster Arbeitswelt und Tarifpolitik.

Meist lohnt es sich, zu der entscheidenden Person im Unternehmen ein gutes Verhältnis aufzubauen und dieses zu stärken. „Vertrauen wächst oft inner-

halb einer Organisation“, sagt Oliver Stettes. Auch hilft es, sich Verbündete im Unternehmen zu suchen. „Viele bilden im positiven Sinne Seilschaften und unterstützen sich gegenseitig“, erklärt der Volkswirt. „Hat man zu einer Person ein besonderes Vertrauensverhältnis, die potenziell in eine Entscheidungssituation befördert wird, kann diese einen mitziehen.“ Das kann sich auch langfristig auszahlen, denn deutsche Arbeitnehmer bleiben häufig für eine lange Zeit in einem Unternehmen. Laut statistischem Bundesamt waren 42,8 Prozent der befragten Erwerbstätigen 2022 seit mindestens zehn Jahren bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt, 19,2 Prozent arbeiteten seit fünf bis zehn Jahren am gleichen Arbeitsplatz.

Worauf aber den Fokus setzen? Der Frage ging das internationale Forschungsnetwork Cross-Cultural Collaboration on Contemporary Careers (5C) nach. Zum Netzwerk gehört auch der österreichische Karriereforscher Wolfgang Mayrhofer von der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Daten zu individuellen Karrieren und ihren Be-

stimmungsfaktoren zeigen: Anstrengung und Leistung lohnen sich, auch wenn Persönlichkeit, der eigene soziale Hintergrund und die Unterstützung durch das Unternehmen sowie Arbeitsmarkt und Konjunktur eine wichtige Rolle spielen. Der Karriereerfolg hängt damit von verschiedenen Faktoren ab.

Mayrhofer teilt sie in Faktoren, die einerseits entweder der Person oder der Situation zugeordnet sind und andererseits entweder beeinflussbar oder nicht beeinflussbar sind. Situationsabhängig und nicht beeinflussbar sei etwa die soziale Herkunft oder das Geschlecht. Personenabhängig und beeinflussbar wären etwa persönliche Leistung und Einsatz. „Die stärkste Wirkung auf das Einkommen und auf den Aufstieg hat das individuelle Potenzial, welches personenabhängig aber eben nicht beeinflussbar ist“, sagt Mayrhofer. Das seien vor allem Intelligenz und Persönlichkeit. „Oft liest man einfach, die eigene Leistung sei das Wichtigste. Das stimmt so aber nicht“, sagt Mayrhofer. Jedoch kommt das individuelle Leistungsverhalten direkt an zweiter Stelle.

EU will die Wirtschaft besser abschirmen

Fünf-Punkte-Plan zum Schutz von Technologie

Die EU-Kommission wird am Mittwoch neue Regeln vorschlagen, die ausländische Investitionen noch stärker in den regulatorischen Fokus rücken. Der Plan soll die Befugnisse Brüssels stärken, ausländische Investitionen in sensiblen Branchen unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls auch zu untersagen. Dies soll auch in Bezug auf Investoren gelten, die von ausländischen Firmen kontrolliert werden.

Mit Blick auf China, Russland und auch die USA will Europa die Kraft seines Binnenmarktes nutzen, um sich in der Weltwirtschaft wieder mehr Geltung zu verschaffen. Erwogen wird auch die Schaffung eines Fonds, der der Entwicklung von Technologien im militärischen und zivilen Bereich dienen soll. Die Corona-Pandemie und der Krieg Russlands gegen die Ukraine haben die übermäßige Abhängigkeit der EU von Lieferungen aus anderen Ländern deutlich gemacht sowie die Schwachstellen im Handel mit Ländern, die die europäischen Werte nicht teilen.

Die neue Strategie zielt darauf ab, „Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit der EU zu bekämpfen“, heißt es in dem Entwurf, in dem noch Änderungen möglich sind. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, „dass die EU ein äußerst attraktives Ziel für Unternehmen und Investitionen bleibt“. Ziel sei es, die Fähigkeit der EU und der Mitgliedsstaaten zu stärken, „laufende Risikobewertungen im Zusammenhang mit Lieferketten, Technologien, Infrastrukturen und wirtschaftlichem Zwang“ anzugehen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte vergangene Woche davor gewarnt, dass die globale Ordnung so bedroht sei wie noch nie in der Nachkriegszeit.

Zu den von der EU als wesentlich eingestuft Technologieschlüsseln gehören Halbleiter, künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Gentechnik. Ob auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Risikobewertungen, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für diese Bereiche durchgeführt werden, noch weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Technologiesicherheit und zur Risikominderung erforderlich sind, wird die Kommission aber erst im Februar entscheiden.

In puncto Konjunktur hinkt die EU deutlich hinter ihren Haupttrivalen hinterher. Der Euroraum dürfte sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in einer Rezession befunden haben, mit einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2023 von nur 0,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum gab es Wachstumsraten von gut fünf Prozent in China und mehr als zwei Prozent in den USA.

2021 hatte die EU-Kommission eine neue Handelsdoktrin vorgeschlagen, in der Selbstbehauptung zum Mix aus Offenheit und Umweltschutz hinzugefügt wurde. 2019 hatte Brüssel China als Systemkonkurrenten bezeichnet. Seither haben sich die Beziehungen beider Seiten verschlechtert.

Bloomberg

Bundesweit blicken Mieter und Eigentümer zurzeit einigermaßen erschrocken auf ihre Heizkostenabrechnungen. Die Energiepreisexplosion begann zwar schon vor knapp zwei Jahren, doch erst seit wenigen Monaten trüben die tatsächlichen Folgen in Schriftform ein, und die Nutzer von Gas- und Ölheizungen oder Fernwärme sehen schwarz auf weiß, was sie der deutsche Energiemix gekostet hat.

VON MICHAEL FABRICIUS

In vielen Fällen gibt es nun Ärger. Und zwar nicht allein deshalb, weil etwa 3000 Euro statt wie bisher 1500 Euro für die Gasheizung fällig werden. Sondern auch, weil viele Rechnungen schlicht falsch sind. Hausverwaltungen, Wohnungsunternehmen, Versorger und Abrechnungsdienstleister kämpfen seit Monaten mit den komplexen Aufstellungen – und rechnen nicht selten viel zu hohe Beträge ab.

Beim größten deutschen Wohnungsunternehmen Vonovia, das bundesweit rund 548.000 Wohnungen vermietet oder verwaltet, wird das besonders offensichtlich. Mietervorteiler berichten von mehreren tausend Euro Nachzahlungen, die das Unternehmen beziehungsweise dessen Dienstleister mitunter verlangen. In einem offenen Brief der Initiative „Novonovia“ war die Rede von Nachforderungen bis über 4000 Euro etwa in Bottrop-Welheim, abgerechnet vom Wärmedienstleister Techchem. „Nach Widersprüchen, Zahlungsrückbehaltungen und Protesten mussten Sie den größten Teil der Forderungen, etwa 267.000 Euro, streichen“, meldet die Mieterinitiative.

In Berlin-Wedding flatterten Nachzahlungen „von bis zu über 6000 Euro“ ins Haus. Hier seien die Preise explodiert, weil der neue Lieferant Vattenfall den Gas-Arbeitspreis an den Gas-Börsenkurs gekoppelt habe. Dieser ging im Herbst 2022 durch die Decke, und nun sollen die Mieter zahlen. Die streitbaren Nachzahlungen werfen ein Schlaglicht auf die Heizkostenrechnung auch in anderen Eigentums- und Mietverhältnissen. Bei Techchem gibt man sich kleinlaut: Mit ein Grund für die sich häufenden Fehler seien die komplexen Rahmenbedingungen gewesen. „Grundsätzlich beobachten wir, dass sich bei allen Marktteilnehmern – von Energielieferanten über Vermieter bis hin zu den Mietern – Herausforderungen im Zusammenhang mit den Heizkostenabrechnungen ergeben“, heißt es auf Anfrage. „Dabei spielen neben schwankenden Energiepreisen insbesondere vielschichtige regulatorische Vorgaben zu den „Preisbremsen“ oder aber dem Kohlendioxidkostenaufteilungs Gesetz („CO₂-Gesetz“) eine zentrale Rolle.“

Die Energieversorger hätten eine „veränderte Berechnungslogik“ anwenden müssen, das habe mitunter in „unplausiblen Kostenmeldungen an den verantwortlichen Messdienstleister resultiert“. Techchem strebe für seine Kunden „zügige Klärung“ an. Eigentlich ist in Deutschland alles in der Heizkostenverordnung geregelt. Darin sind die Regeln der Verbrauchserfassung, der Kostenverteilung in Mehrfamilienhäusern und die Angaben der Beschaffungskosten geregelt. Jahrelang gab es meist wenig zu beanstanden. Doch die Abrechnungen für 2022 und 2023 sind nicht trivial. Was Mieter, Vermieter und Eigentümer beachten sollten:

Typische Heizkosten in Wohngebäuden

Vergleichswerte für das Abrechnungsjahr 2022, Kosten für Raumwärme und Warmwasser, in Euro pro qm und Jahr

Gebäudegröße	Heizungsart	Kategorie			
		niedrig	mittel	erhöht	zu hoch
100 bis 250 qm	Erdgas	bis 82	bis 145	bis 228	ab 229
	Heizöl	bis 95	bis 148	bis 228	ab 229
	Fernwärme	bis 73	bis 126	bis 202	ab 203
	Wärmepumpe	bis 25	bis 40	bis 90	ab 91
251 bis 500 qm	Erdgas	bis 78	bis 137	bis 217	ab 218
	Heizöl	bis 90	bis 143	bis 223	ab 224
	Fernwärme	bis 70	bis 121	bis 196	ab 197
	Wärmepumpe	bis 24	bis 39	bis 88	ab 89
501 bis 1000 qm	Erdgas	bis 74	bis 128	bis 206	ab 207
	Heizöl	bis 86	bis 138	bis 218	ab 219
	Fernwärme	bis 67	bis 117	bis 191	ab 192
	Wärmepumpe	bis 23	bis 38	bis 86	ab 87

Quelle: heizspiegel.de

WELT

Diese Fallstricke lauern in der Abrechnung

Mieter müssen für ihre Heizkosten nachzahlen. Doch viele der Aufstellungen sind fehlerhaft

Die sparsamsten Stadtbewohner

Witterungs bereinigter Heizenergieverbrauch in Kilowattstunden pro Quadratmeter in der bisherigen Heizperiode und Veränderung zum Vorjahreszeitraum (Top-Ten unter den 20 größten deutschen Städten)

Stadt	Heizenergieverbrauch in kWh/m ²	Veränderung in Prozent
Leipzig	31,1	+8
Bochum	34,7	+9
Bonn	35,2	+4
Dresden	35,7	+6
Essen	36,7	+8
Hannover	37,0	+11
Münster	38,7	+17
München	38,9	+6
Düsseldorf	39,6	+9
Dortmund	41,6	+11

Quelle: Ista

WELT

Preisbremsen: Für den Monat Dezember 2022 sollten die Gas- und Fernwärmeverorger im Rahmen einer Soforthilfe auf den gesamten Heizkostenabschlag verzichten, denn diese Rechnung übernahm damals der Bund. Die entsprechenden Entlastungen müssen nun auf der Abrechnung sichtbar sein. Ist das nicht der Fall, kann das schon ein Anlass für einen Widerspruch sein. Ab dem 1. März 2023 galten dann die Preisbremsen für Fernwärme und Gas. Erdgaskunden bekamen einen staatlich garantierten Preis von zwölf Cent pro Kilowattstunde, allerdings nur für 80 Pro-

zent ihres Verbrauchs. Auch diese exakte Aufstellung muss auf der Rechnung sichtbar sein. Grundlage für die 80-Prozentregel war der Verbrauch im September 2022. Manche Vermieter haben möglicherweise im vergangenen Jahr noch gar nicht den monatlichen Abschlag an die neue Realität der Energiepreise angepasst. So droht dieses Jahr ein doppelter Preisschock: erstens durch einen höheren Abschlag, zweitens weil die Preisbremsen Ende Dezember 2023 ausgelaufen sind.

Transparenz: Die Preise für Gas und Öl stiegen sprunghaft an, drehten zuletzt

aber auch wieder deutlich zurück. Nie war es deshalb so entscheidend, zu welchem Zeitpunkt ein Vertrag geschlossen oder verlängert wurde. Manche private Vermieter haben möglicherweise den idealen Zeitpunkt verpasst, einen besseren Deal einzugehen.

Doch unabhängig davon: Laut Heizkostenverordnung müssen sie – beziehungsweise bei Eigentümern der Versorger – die Kosten der Energiebeschaffung offenlegen. Besonders wichtig bei Mietwohnungen mit einer Ölheizung im Keller: Der Abrechnungsdienstleister muss den Restbestand an Öl am Ende der letzten Abrechnungsperiode bekannt geben. Die Verbraucherzentrale Bundesverband empfiehlt, diesen Wert anhand des dann erfassten Jahresverbrauchs und des nächsten Restbestands nachzurechnen. Häufig ergäben sich hier Fehler, so die Verbraucherschützer – und das nicht zum Vorteil der Mieter.

Außerdem muss der Kostenverteilungsschlüssel bei mehreren Bewohnern klar erkennbar sein: In manchen Fällen fließt der individuelle Verbrauch zu 70 Prozent in die Gesamtrechnung ein, in anderen Fällen zu 50 Prozent. Eine leer stehende Wohnung darf weder in Mietshäusern noch in Eigentümergemeinschaften in die Gemeinschaftsrechnung einfließen. Bei der Energiekostenaufstellung warnen die Verbraucherschützer: „Vor allem Fernwärme-Anbieter machen sich hier häufig einen schlanken Fuß und stellen unplausible Beträge auf.“ Ratsam für Mieter sei es außerdem, zum Abrechnungstag den Stand des Verbrauchszählers selbst zu notieren. Heizungs-Nebenkosten etwa für Schornsteinfeger oder Wartung müssen extra aufgelistet werden. „Nicht berechnet werden dürfen hingegen Reparaturkosten – diese muss Ihr Vermieter tragen.“

Mieter haben zwar Anspruch darauf, die Energiekosten-Beschaffungsrechnung einzusehen, nicht jedoch darauf, dass diese ihnen per Mail oder Post zugeschickt wird. Kommt es hart auf hart, können sie also verlangen, die Rechnung im Original vor Ort einzusehen. **CO₂-Abgabe:** Seit 1. Januar 2023 wird die CO₂-Abgabe für fossile Brennstoffe zwischen Vermietern und Mietern aufgeteilt, was die Heizkostenabrechnung ebenfalls nicht einfacher macht. Die Kostenbeteiligung soll Vermieter zu energetischen Modernisierungen motivieren.

Auch die tatsächlich pro Wohneinheit angefallene Abgabe muss also in der Heizkostenabrechnung auftauchen. Verteilt wird nach einem Stufenmodell: Je besser der energetische Zustand eines Hauses ist, desto geringer ist am Ende der auf den Vermieter entfallende Anteil. Dabei gilt allerdings nicht der Energieausweis für die Immobilie, sondern der tatsächlich gemessene Verbrauch in Kilowattstunden pro Quadratmeter. Der Deutsche Mieterschutzbund geht von zweistelligen Emissionskosten aus, die im Jahr 2023 beim Heizen in einem Haushalt angefallen sind: 67 Euro bei der Nutzung von Erdgas, 98 Euro bei Heizöl. Bei Gasetagenheizungen in einer Mietwohnung zahlen Mieter die Rechnung zwar selbst, können anschließend aber den Vermieter-Anteil an der CO₂-Abgabe berechnen und diesen dann in Rechnung stellen. Bei Wärmepumpenstrom wiederum machen die Versorger keine extra Aufstellung für eine CO₂-Abgabe, es gibt also auch nichts zu verteilen zwischen Mieter und Vermieter.



Hört zu! Ein Plädoyer.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Prinzip der „Solidarität“ ist ein elementarer Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft. Die ökonomische Grundrechenart ist einfach: Ohne Wirtschaftswachstum und klare politische Prioritäten kann es schnell zu einer Überforderung des Sozialstaats kommen. Deshalb braucht es einen Plan. Doch was passiert, wenn es keinen Plan mit Weitsicht gibt und aus dem Staat immer mehr eine „Umverteilungsmaschine“ wird? Wenn ein Dialog zwischen Politik und Wirtschaft und das Ringen um die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit nicht ausreichend stattfinden?

Ein Ergebnis ist z. B. die innovationsfeindliche Gesetzgebung im Bereich der Gesundheitswirtschaft, gegen die bedeutende Wirtschaftsunternehmen sogar Verfassungsklage – als ultima ratio – eingereicht haben. Im Ergebnis sind es aber auch immer wieder handwerklich schlecht gemachte Verwaltungsentscheidungen, gegen die sich die Industrie vor den Landesverwaltungsgerichten wehrt und wehren muss. Statt neuer „Deutschland-Geschwindigkeit“ erleben wir, wie sich Unberechenbarkeit zu einem Standortproblem erster Güte entwickelt; mit handfesten Folgen für Investitionen und Innovationen „Made in Germany“. Der industrielle Kern in Deutschland bekommt Risse; ich nenne das „drohende Deindustrialisierung“. Ein Mittel, um dies zu verhindern, ist eine aktive Industriepolitik, die im Dialog entsteht. Ein gutes Beispiel ist die im Dezember veröffentlichte Pharma-Strategie der Bundesregierung.

Aber: Eine Strategie ist nur so gut wie ihre Umsetzung! Deshalb muss die Politik *jetzt* den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren. Wann passiert was, wer wird einbezogen und wer übernimmt die Federführung bei der Gesetzgebung? Mein Plädoyer: Hört uns zu! Wir, die hierzulande in Forschung, Entwicklung und Produktion investieren und Arbeitsplätze schaffen, kennen die Problemfelder und kommen mit Lösungsvorschlägen!

Vierelorts ist die Stimmung aktuell überhitzt. Eine Sache haben die Proteste hierzulande gemein: Der fehlende frühzeitige Dialog mit Experten und Betroffenen; und das oft mangelnde gesamthafte Verständnis für die mittel- und langfristigen Folgen einzelner Gesetzesinitiativen sorgen für Unmut und Vertrauensverlust in die Politik. Wir sollten aus Fehlern lernen und gemeinsam Verantwortung für unser Land übernehmen, Haltung zeigen, uns gegen Politikverdrossenheit einsetzen und die Zukunft gestalten. Bevor die Risse zu tief werden – bevor Wachstum, Solidarität und Wohlstand allesamt auf der Strecke bleiben. Die Zeit rennt uns davon.

Eine erfolgreiche Woche wünscht

Ihr Hagen Pfundner

Prof. Hagen Pfundner ist Vorstand der Roche Pharma AG und Mitglied des Vorstands des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)

Wie ist Ihre Meinung?
deutschland.kolumne@roche.com

Reiche Briten wollen nicht zu Steuerflüchtlingen werden

Laut der London School of Economics werde die Gefahr, dass höhere Abgaben Wohlhabende aus dem Land treiben würden, überschätzt

Laeane Urteil ist eindeutig. „Ich würde nicht in eine Steueroase ziehen“, sagte die gut situierte Beraterin, um die 60 Jahre alt. Sie könne sich kaum etwas Schlimmeres vorstellen als eine Steueroase: „So ein winziger Ort voller Menschen mit Yachten und Biedentesten. [...] Ich will in einem dynamischen wirtschaftlichen Umfeld leben, wo Raum ist für Innovation.“

VON CLAUDIA WANNER
AUS LONDON

Mit der Meinung, dass auch höhere Steuern sie nicht dazu bewegen würden, aus Großbritannien wegzuziehen, ist sie nicht allein. „Meine Kunden, die auf die Bahamas gezogen sind, haben sich zu Tode gelangweilt“, sagte Luke, erfolgreicher Anwalt in seinen 50ern Jahren. „Sonne, See und Sand. Okay, das ist großartig für ein paar Wochen, um die Batterien aufzuladen, aber nach einer Weile sagst du dir ‚also jetzt würde ich gerne in die Oper gehen‘. Aber das kannst du vergessen – auf den Bahamas gibt es kein Theater.“ Von Politikern

und Politikberatern wird immer wieder die Sorge vorgebracht, ein höheres Steuerniveau auf Einkommen und Vermögen würde unweigerlich dazu führen, dass zahlreiche vermögende Bürger ihre Koffer packen und das Land verlassen würden. Unter dem Strich könnte das sogar dazu führen, dass die gesamten Steuereinnahmen sinken, da besonders hohe Einkommen nicht mehr im Land versteuert würden.

Doch zumindest in Großbritannien scheint diese Sorge unbegründet, belegt eine aktuelle Untersuchung des International Inequality Institute an der London School of Economics (LSE). Mit einer kleinen Gruppe von Personen, die zu den ein Prozent wohlhabendsten im Land gehören, haben die Wissenschaftler ausführliche Interviews geführt und dabei darauf geachtet, ein Spektrum unterschiedlicher politischer Meinungen abzudecken.

Namen und Berufsgruppe der Befragten wurden so anonymisiert, dass Rückschlüsse auf die tatsächlichen Personen nicht möglich sind, um diese zu schützen. Bei den Gesprächen ging es

zunächst um die Wertschätzung unterschiedlicher Faktoren, steuerliche Fragen wurden erst am Ende der Unterhaltung angeschnitten oder wenn die Befragten sie aufbrachten. Das Fazit: Keiner der Befragten plant aktuell, das Land aus steuerlichen Gründen zu verlassen und kann sich diesen Schritt auch in Zukunft nicht vorstellen. In der Gruppe von Personen, die ins Ausland gezogen sind, nannte keiner die Steuern als entscheidenden Auslöser. Steuerliche Gründe würden für eine Migration nicht infrage kommen, gab die gro-

ße Mehrheit an. Zur Begründung wiesen sie auf eine Mischung aus Risiken für die berufliche Karriere, Verwaltungsaufwand, familiäre Gründe, enge Bindung an den aktuellen Wohnort und Reputationsrisiken.

Gleichzeitig äußerten aber zahlreiche Befragte die Einschätzung, dass die Steuerbelastung in Großbritannien zu hoch sei und noch weiter steigen könnte. „Wir müssen die vorherrschende Meinung infrage stellen, dass die Reichen gehen, wenn sie steuerlich belastet werden“, sagte Sam Friedman, Professor für Soziologie an der LSE und einer der Autoren der Studie. „Wohlhabende sind nicht nur stark (an ihrem Wohnort) verwurzelt, sie sind sich auch des Stigmas der Steuer-Migration sehr bewusst – als übermäßig eigennützig gesehen zu werden oder an Orte zu ziehen, die als kulturell öde und langweilig gelten.“ Viele der Befragten leben in London, die Stadt gilt ihnen als zentraler Attraktivitätsfaktor, insbesondere das kulturelle Angebot, aber auch der Zugang zu privaten Schulen und privater medizinischer Versor-

”

AUF DEN BAHAMAS
GIBT ES KEIN
THEATER

LUKE
Anwalt und Studentenehmer

Hapag-Lloyd fährt jetzt durch die Wüste

Landtransit durch Saudi-Arabien als Verbindung zwischen Persischem Golf und Rotem Meer

Angesichts der anhaltend angespannten Lage im Roten Meer bietet Hapag-Lloyd seinen Kunden einen Transit-Dienst quer durch Saudi-Arabien an. Wie aus einer im Internet veröffentlichten Mitteilung an Kunden hervorgeht, sollen Landverkehrskorridore drei Häfen am Persischen Golf mit dem Hafen Dschidda am Roten Meer verbinden. Dschidda liegt ungefähr auf halber Strecke zwischen der Meerenge Bab al-Mandab vor dem Jemen, von wo aus Huthi-Rebellen Schiffe angegriffen haben, und dem Suezkanal. Hapag-Lloyd bleibt unterdessen dabei, das Seegebiet in Nahost zu meiden und seine Schiffe um das Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas umzuleiten. Dies gelte bis auf weiteres, erklärte ein Sprecher der Reederei am Montag.

Mit dem Transit durch Saudi-Arabien bietet Hapag-Lloyd eine „bequeme Notlösung“ an, bis sich die Lage im Roten Meer normalisiert habe, schrieb die weltweit fünftgrößte Reederei mit Sitz in Hamburg an ihre Kunden weiter. Am Persischen Golf seien die beteiligten Umschlagplätze Al-Dschubail und Damman in Saudi-Arabien sowie der Hafen Dschebel Ali in Dubai.

Zu Hapag-Lloyd gehört regulär auch das sogenannte Intermodal-Geschäft, bei dem Güter über Straße oder Schiene von den Häfen aus weiter ins Inland gebracht werden. In der Region Nahost hat Deutschlands größte Container-Reederei nach eigenen Angaben 55 Häfen und 53 Inland-Terminals.

Die Landverkehrskorridore seien zwar mit Blick auf die Kapazität nicht die optimale Lösung, so Hapag-Lloyd in der Kundenmitteilung weiter. Aber der Weg über Land biete eine weitere Möglichkeit für den Transport, insbesonde-

re wenn andere alternative Routen zu lang würden.

Hapag-Lloyd hat – wie andere Großreedereien auch – seit Wochen keine Schiffe mehr durch das Rote Meer und den Suezkanal geschickt, sondern um die Südspitze Afrikas umgeleitet. Dies führt zu Verzögerungen, höheren Kosten und Gebühren. Die eigentlich übliche Route über das Rote Meer, den Suezkanal und das Mittelmeer ist die kürzeste Schiffsverbindung zwischen Südostasien und Europa.

Zuletzt hatte Hapag-Lloyd im Wochen-Rhythmus entschieden, ob das Gebiet weiter umfahren wird. Am Montag hieß es dagegen, die Regelung zur Umleitung gelte nun bis auf weiteres. Die Entwicklung vor Ort werde kontinuierlich beobachtet. „Sobald sich die Lage ändert und es wieder sicher ist, werden wir unsere Schiffe durch das Rote Meer und den Suezkanal leiten.“

Im Jemen haben sich die Huthi-Rebellen mit der radikal-islamischen Hamas im Gazastreifen solidarisch erklärt und wiederholt Schiffe vor der von ihnen kontrollierten Küste attackiert. Am 15. Dezember war auch ein Hapag-Lloyd-Schiff angegriffen worden. Inzwischen zeichnet sich Insidern zufolge ab, dass sich EU-Staaten an einem militärischen Schutz der Schifffahrt im Roten Meer beteiligen wollen.

Laut Welthandelsorganisation (WTO) ist der Anteil der Lieferungen aus der Europäischen Union, der Ukraine und Russland, die alternative Routen auf ihrem Weg nach Asien und Afrika nutzen, von acht Prozent im Dezember auf 42 Prozent im Januar gestiegen. Zugleich sei die Zahl der über den Suezkanal transportierten Güter im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent zurückgegangen.

Schluss mit lustig: Wer nebenher regelmäßig auf Ebay, Amazon oder Etsy Geschäfte macht oder permanent via Airbnb & Co vermietet und damit kräftig Kasse macht, kann es dieses Jahr erstmals mit dem Finanzamt zu tun kriegen. Die Uhr tickt: Noch bis 31. Januar müssen die Plattformen Privatleute melden, die 2023 flott Handel betrieben und gut Gewinn gemacht – und dadurch womöglich Steuern hinterzogen haben. Dafür sorgt das Plattformen-Steuertransparenzgesetz (PStTG), das seit einem Jahr gilt und jetzt greift. Es gibt Finanzämtern durch die Bank Einblick, wer ab 2023 oft und viel verkauft oder vermietet hat.

VON BERRIT GRÄBER

„Keine Sorge, kleine Anbieter haben nichts zu befürchten, auch der nicht, der mal Antiquitäten oder Schmuck aus dem Nachlass verkauft“, betont Florian Kübler, Chef der Deutschen Steuerwerkschaft in Berlin. Die Neuregelung solle vielmehr Schwarzhändlern das Handwerk legen, die „illegal auf Plattformen unterwegs sind“ und dem Staat damit Steuerausfälle in Milliardenhöhe bescheren.

WAS BRINGT DIE NEUREGELUNG?

Handtaschen, Uhren, Smartphones, teure Kleidung, Möbel: Mit Verkäufen im Netz lassen sich hübsche Sümmchen verdienen. Gleiches gilt für die zeitweise Vermietung von Wohnungen. Die Erlöse sind oft steuerfrei – aber halt nicht immer. Das neue Gesetz soll für klare Kante sorgen. Zum ersten Mal müssen digitale Verkaufs- und Vermietungsplattformen wie etwa Ebay, Vinted, Etsy, Hood, Shpock, booklooper, Amazon, AirBnB, Wimdu oder oftlands den Finanzbehörden offenlegen, wer auf ihren Seiten im vergangenen Jahr besonders aktiv war.

Sprich: Wer hohe Umsätze gemacht und Freigrenzen gesprengt hat. Dafür haben die Internetplattformen nicht mehr viel Zeit. Bis zum Stichtag Ende Januar müssen sie Namen, Geburtsdaten, Anschriften, Steuer-Identifikations-



Ab Februar greift die neue STEUERFALLE

Wer privat gute Geschäfte auf Ebay, Airbnb & Co. macht, bekommt es jetzt mit dem Finanzamt zu tun. Zu hohe Umsätze und Gewinne können ins Geld gehen



nummern, Transaktionen und Verkaufserlöse abzüglich möglicher Gebühren gemeldet haben, wie Christina Georgiadis vom Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe (VLH) erklärt.

Das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn wertet die Daten aus. Sind die Ergebnisse ausreichend, kümmern sich die Finanzämter dann darum, dass die Steuerfälle zuschnappt. Nachzahlungen können in gleich drei Steuerarten drohen – in der Umsatz-, Einkommen- und Gewerbesteuer. „Das neue Gesetz ist sinnvoll und erleichtert die Arbeit immens“, sagt Steuerwerkschaftschef Köbler.

WER WIRD GEMELDET?

Auch wenn die Finanzverwaltung vornehmlich an die großen „Fische“ ran will, kann es auch für so manchen Privatmann unangenehm werden. Denn: Die Freigrenzen sind nicht gerade üppig. Gemeldet werden muss, wenn mehr als 30 Verkäufe im Jahr zustande gekommen sind. Oder wenn jemand mehr als 2000 Euro Umsatz erlöst hat.

Diese Limits sind schnell überschritten. Manchmal schon mit wenigen Verkäufen, wenn zum Beispiel ein hochpreisiger Fernseher, das gebrauchte iPhone, ein E-Bike oder ein ungeliebtes Weihnachtsgeschenk vom Juwelier um die Ecke in einem Jahr verkauft werden.

Für Vermietungen gilt ebenfalls die Grenze von 30 Vorgängen und mindestens 2000 Euro Einnahmen in einem Jahr, so Georgiadis. Werden die Höchstgrenzen nicht überschritten, bleiben

Privatleute garantiert unter dem Radar des Finanzamts. Wichtig: Die Limits gelten pro Plattform.

WAS PASSIERT OBERHALB DER FREIGRENZEN?

Selbst wenn es mehr als 30 Transaktionen gab oder mehr als 2000 Euro flossen, werde das Finanzamt nicht immer gleich zur Kasse bitten, betont Köbler. Keine Sorgen müssten sich etwa Bürger machen, die in einem Jahr mal nachweislich besonders viele Sachen verkaufen. Hauptsache ist, dass so etwas nicht regelmäßig passiert.

Außerdem gilt: „Wenn es sich um gebrauchte Artikel des täglichen Lebens handelt, darf so viel veräußert werden, wie man will“, erklärt Tobias Gerauer von der Lohnsteuerhilfe Bayern. In solchen Fällen hätten Privatverkäufer steuerrechtlich nichts zu befürchten. Denn: Entscheidend für den Fiskus ist, dass mit Second-Hand-Alltagsware kein Gewinn gemacht wird.

Die Sachen werden in der Regel deutlich unter Neupreis abgegeben. Dass eine junge Mutter, die etwa bei 50 Verkäufen Spielzeug und Gebrauchtetes vom Kind an den Mann bringt, nicht wirklich Gewinn damit macht, liegt auf der Hand. Sprengt sie ihr Limit an Transaktionen, gibt die Plattform das zwar weiter ans Finanzamt. Mehr passiert in solchen Fällen aber nicht, betont Gerauer. Eine Meldung bedeute noch lange nicht, dass am Ende auch Steuern zu zahlen sind.

WAS IST MIT LUXUSWAREN?

Da kann es schon kniffliger werden. Schmuck, Münzen, Antiquitäten und Kunst zum Beispiel fallen nicht unter die normalen Alltagsgegenstände. Hier gilt eine gesetzliche Spekulationsfrist von einem Jahr. Erst danach dürfen solche Luxuswaren steuerfrei verkauft werden. Bleibt der Gewinn unter 600 Euro pro Jahr, dann greife ebenfalls Steuerfreiheit, so Gerauer.

Wichtig: Wer wertvolle Dinge geerbt hat, wie zum Beispiel eine antike Kommode vom Opa oder teuren Schmuck aus dem Nachlass der Mutter, und diese dann in einem Jahr über Plattformen für über 2.000 Euro verkauft, habe bis auf die Meldung ans Finanzamt in der Regel nichts zu befürchten, versichert Köbler.

Aber aufgepasst: Wer privat gezielt regelmäßig Wertvolles ankauft und dann auf Plattformen mit Gewinn veräußert, noch dazu innerhalb von zwölf Monaten, wird jetzt zum offenen Buch fürs Finanzamt, als gewerblicher Händler erkannt und für die Einnahmen zur Kasse gebeten.

WANN HANDELT MAN GEWERBLICH?

Das Finanzamt wird immer nachhaken, wenn jetzt über die Meldungen der Plattformen Anhaltspunkte für nicht gemeldete gewerbliche Tätigkeit von Privatleuten auftauchen, mahnt Gerauer zur Vorsicht. Das kann ständiges Vermieten einer Immobilie sein, also über 30 Mal im Jahr. Oder auch schon regelmäßiges Verkaufen von gleichartigen Dingen.

Wer zum Beispiel dasselbe Fahrrad viele Male veräußert, kann kaum mehr glaubhaft machen, dass es in seinem Schuppen daheim stand. Auch Privatleute, die regelmäßig Selbstgemachtes oder Neuware im Netz verkaufen, sind nun schnell als mögliche Schwarzhändler auf dem Schirm des Finanzamts.

Knackpunkt ist die Gewinnerzielungsabsicht, nicht unbedingt der tatsächliche Gewinn. Wer also am Black Friday mehrere Spielekonsolen günstig kauft und dann kurz vor Weihnachten teurer weiterverkauft, handelt nach Ansicht des Fiskus bereits gewerblich und muss seinen Gewinn versteuern. Gleiches gilt für Bastler, die immer wieder selbstproduziertes Spielzeug oder Modeschmuck verkaufen.

WAS TUN, UM ÄRGER ZU VERMEIDEN?

Wer weiß, dass er in nächster Zeit seine Wohnung entrümpelt, jede Menge zum Verkauf anbietet und garantiert die Limits der Portale sprengt, sollte sich frühzeitig gegen Nachfragen des Finanzamts wappnen, empfiehlt Gerauer. Ein Verkaufstagebuch kann dabei helfen.

Auch wenn es etwas Mühe macht, sollten Privatleute eine Liste der verkauften Artikel mitsamt Markennamen, Neu- und Verkaufspreisen anlegen. Die Liste kann später den Verdacht aus der Welt räumen, dass gewerbliches Handeln im Spiel war und gezielt Gewinn gemacht wurde. Schätzungen des Finanzamts und damit Nachzahlungen könnten so abgewendet werden, ist Gerauer überzeugt.

Alternative: Wer über das Portal Kleinanzeigen verkauft und Zahlungen nicht über die Plattform abwickelt, läuft immer unter dem Radar des Fiskus. Was gar nicht erfasst wird, kann auch nicht gemeldet werden.

ANZEIGE

Beliebter Dirk

Beliebte Bank

Beliebte 3,75% Spar-Zinsen

Wie die Zeit vergeht. Wir feiern 20 Jahre Dirk & ING und 17 Jahre als beliebteste Bank. Gerade besonders beliebt: 3,75% p.a. Spar-Zinsen aufs Tagesgeld. Gibts jetzt auch für Selbstständige, kleine und mittlere Unternehmen.

Jetzt erstes ING Extra-Konto oder Business Extra-Konto eröffnen und 3,75% p.a. für 6 Monate sichern.

[ing.de/extra-konto](https://www.ing.de/extra-konto)



Arbeitsmarkt irritiert die EZB

Stabilität trotz Konjunkturflaute und hoher Zinsen widerspricht den Lehrbüchern

Die rätselhafte Stärke des Arbeitsmarktes im Euroraum ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Europäische Zentralbank den Prognosen über bevorstehende Zinssenkungen entgegentritt. Der Lehrbuchweisheit zum Trotz hat die Arbeitslosigkeit trotz massiver Zinserhöhungen der EZB und Konjunkturflaute ein Rekordtief erreicht. Der damit einhergehende Anstieg der Löhne und Gehälter hat zur Folge, dass die Währungshüter noch keine Entwarnung bei der Inflation geben können – obwohl diese auf knapp drei Prozent gesunken ist.

Präsidentin Christine Lagarde sagte letzte Woche in Davos, dass das Lohnwachstum „erheblichen Einfluss“ auf die Pläne der EZB haben könnte. Wie viele ihrer Kollegen möchte sie die Daten zu Löhnen und Gehältern für das Jahr 2024 abwarten, bevor sie die Zinsen senkt – eine Botschaft, die sie in ihrer Pressekonferenz im Anschluss an die geldpolitischen Beschlüsse am Donnerstag wahrscheinlich bekräftigen wird. Diese Zahlen werden aber erst im Frühjahr vorliegen – und damit zu einem späteren Zeitpunkt als dem, für den die Geldmärkte die Lockerung der Geldpolitik implizieren. Sollte die rät-

selhafte Stabilität des Arbeitsmarktes länger anhalten, könnten Zinssenkungen sogar noch länger auf sich warten lassen. „Es ist plausibel, dass sich das Lohnwachstum normalisieren wird. Meine Befürchtung ist, dass es noch länger dauern wird, als die EZB prognostiziert“, sagt Sören Radde, Leiter European Economic Research beim Fondsmanager Point72. Es sei erstaunlich, wie lange es dauert, bis die Zinserhöhungen sich am Arbeitsmarkt niederschlagen.

Die EZB geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ansteigt und die Lohnzuwächse allmählich von 5,3 Prozent im Jahr 2023 auf 3,3 Prozent im Jahr 2026 zurückgehen. In einigen Bereichen der Wirtschaft gibt es bereits Anzeichen für eine Verlangsamung – etwa in der verarbeitenden Industrie in Deutschland. Aber die Unsicherheit ist groß. Das bedeutet, dass die EZB bei ihren ersten beiden Entscheidungen in diesem Jahr – an diesem Donnerstag und am 7. März – voraussichtlich die Zinssätze beibehalten wird.

Warum sich die Arbeitsmärkte weltweit so gut halten, ist Gegenstand vieler Diskussionen. Die Volkswirte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sieht als einen möglichen Grund

das „Horten von Arbeitskräften“: Unternehmen bauen aus Angst vor einem späteren Engpass bei der Stellenbesetzung nur ungern Personal ab. Der Trend zu kürzeren Arbeitszeiten könnte das weiter befördern. Andere verweisen auf Krankenkassen, die höher liegen als vor der Pandemie. Erschwerend kommt hinzu, dass die Produktivität sinkt. Dies hat zu einem starken Anstieg der Lohnstückkosten beigetragen, die die EZB im Dezember als Ursache für den erhöhten inländischen Preisdruck ausgemacht hat. „Es ist sehr selten, dass ein derartiger Anstieg der Lohnstückkosten sowohl durch ein höheres Lohnwachstum als auch durch eine geringere Produktivität ausgelöst wird“, so Sylvain Broyer, EMEA-Chefökonom bei S&P Global. „Das ist definitiv ein Rätsel.“

Die großen deutschen Tarifverhandlungen kommen zwar erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2024, doch die jüngsten Abschlüsse zeigen einen anhaltenden Aufwärtsdruck. In der Stahlindustrie und im öffentlichen Dienst gibt es 2025 mehr als fünf Prozent mehr Lohn. Die IG Bau fordert eine Erhöhung, die in den niedrigsten Gehaltsstufen auf bis zu 21 Prozent hinauslaufen könnte.

Bloomberg

MediaMarkt

SATURN

***Sie haben ein
Business.
Wir haben Lösungen.***

Exklusiv für Geschäftskunden:

Mit uns profitieren Sie von einem umfangreichen
Produkt- und Service-Angebot und persönlicher Nähe.
LET'S GO!

Jetzt
Geschäftskunde
werden



MediaMarktSaturn Business.

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

22.01.24 Währung ISIN Rückn. 3.J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Table listing various ESG funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Metzler Asset Management GmbH RWS-AktienNachh* € DE0009763300 100,24 +10,19

ODDO BHF Asset Management Basis-PolisDRw € LU0319574272 85,35 +9,12

Table listing ODDO BHF Asset Management funds.



ÖkoVision Classic € LU061928585 206,80 -13,67

Table listing ÖKOWORLD funds.



PrivatFonds: Nachh* € LU1900195949 52,68 -5,05

Table listing Union Investment private funds.

Alte Leipziger Trust

Table listing Alte Leipziger Trust funds.



Table listing BNY Mellon funds.

C&P Funds (Creutz & Partners)

Table listing C&P Funds.

Commerz Real

Table listing Commerz Real funds.

DAVIS FUNDS SICAV

Table listing DAVIS FUNDS SICAV funds.



Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Table listing Deka funds.

Die besten Rentenfonds im Vergleich

Table comparing the best pension funds with columns for title, ISIN, price, and performance.

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Funds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance...

Table listing various pension funds.

DWS Offene Immobilienfonds

Table listing DWS real estate funds.

Flossbach von Storch

Table listing Flossbach von Storch funds.

Gutmann Kapitalanlage

Table listing Gutmann Kapitalanlage funds.

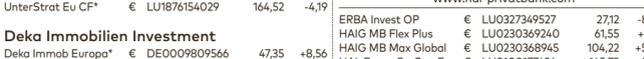


Table listing Haluk Aufhäuser funds.

Deka Immobilien Investment

Table listing Deka real estate investment funds.

Deka-Vermögensmanagement GmbH

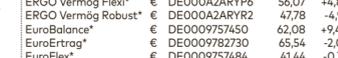
Table listing Deka wealth management funds.

IPConcept (Luxemburg) S.A.

Table listing IPConcept funds.

LRI Invest S.A.

Table listing LRI Invest funds.



www.meag.com privatanlage@meag.com

Table listing MEAG funds.

Metzler Asset Management GmbH

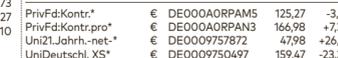
Table listing Metzler Asset Management funds.



Table listing NOBIS funds.

ODDO BHF Asset Management

Table listing ODDO BHF Asset Management funds.



Tel.: 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table listing Union Investment funds.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table listing various investment services.

Union Investment Luxemburg

Table listing Union Investment Luxembourg funds.

Union Invest Real Estate

Table listing Union Invest Real Estate funds.

Universal Lux.

Table listing Universal Lux. funds.

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

Table listing W&W Int. Asset Mgmt. Dublin funds.

Warburg Invest

Table listing Warburg Invest funds.

Sonstige

Table listing other investment services.

ANZEIGE



FREU DICH AUF GLASFASER VON VODAFONE

So viel mehr als nur ein Netz. Das schnelle, stabile und zukunftssichere Internet für Dein Zuhause.

Together we can



+49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com

Detroit und Kansas ziehen ins Halbfinale ein

NFL: Deutscher St. Brown jubelt über Touchdown

Amon-Ra St. Brown verließ das Spielfeld mit erhobenen Händen und die Fans der Detroit Lions jubelten noch ein Stück lauter als ohnehin schon. Mit einem Touchdown und als erneut bester Receiver seines Teams hatte der Deutsch-Amerikaner am Sonntag großen Anteil am Erfolg seiner Mannschaft. Durch das 31:23 gegen die Tampa Bay Buccaneers fehlt den Lions nur noch ein Sieg zum Einzug in den Super Bowl. Es wäre eine Premiere für Detroit.

Letzte Hürde: die San Francisco 49ers. „Das ist ein großartiges Team und das wird ein tolles Duell“, sagte Quarterback Jared Goff nach dem 600. Sieg in der Geschichte der Detroit Lions, Playoffs und Hauptrunde zusammengerechnet. Bei den Los Angeles Rams brauchten sie ihn vor drei Jahren nicht mehr, nun sangen die Fans in Detroit seinen Namen schon vor Spielbeginn. „Das sind einfach die besten, schau dich um. Die werden noch eine Weile hier bleiben, das war unser letztes Spiel zu Hause in dieser Saison“, sagte er beim TV-Interview unmittelbar nach dem größten Erfolg des Teams seit mehr als 30 Jahren.

Sollten die Lions im Finale der National Football Conference gegen die 49ers gewinnen, geht es in Las Vegas am 11. Februar entweder gegen die Baltimore Ravens oder den Titelverteidiger, die Kansas City Chiefs. Die setzten sich in einem ähnlich spannenden Spiel wie dem in Detroit mit 27:24 gegen die Buffalo Bills durch und stehen zum sechsten Mal in den sechs Jahren, in denen Quarterback Patrick Mahomes Stammspieler ist, im Endspiel der American Football Conference. Travis Kelce kam auf zwei Touchdowns und sorgte damit für großen Jubel bei seiner Freundin Taylor Swift auf der Tribüne.

Die Chiefs haben inzwischen reichlich Erfahrung mit den Entscheidungsspielen zu diesem Zeitpunkt der Saison, die Lions dagegen so gut wie keine. Letztmals – und zum bislang einzigen Mal – stand die Mannschaft 1992 in einem Conference-Finale, das sie damals bei den Washington Redskins verlor. Die vier Meisterschaften in ihrer Geschichte holte sie in der Zeit vor der Super-Bowl-Ära nach Detroit, die letzte stammt aus dem Jahr 1957.

Goff allerdings stand mit den Rams schon in einem Super Bowl und ist nun der unumstrittene Anführer in Detroit. Ungewohnt viele seiner Würfe in Richtung St. Brown kamen zunächst zwar nicht ans Ziel. Mit am Ende acht gefangenen Pässen, 77 Yards und seinem Touchdown war der 24 Jahre alte Sohn einer Leverkusenerin und eines ehemaligen US-Bodybuilders aber erneut ein ganz entscheidender Faktor für sein Team. Ein Fehlpass von Buccaneers-Quarterback Baker Mayfield 93 Sekunden vor Schluss besiegelte den Sieg der Lions.

Der 58. Super Bowl findet am 11. Februar in Las Vegas statt. DW



Schock für den FC Bayern im eigenen Stadion: Bremens Mitchell Weiser trifft zum 1:0, Manuel Neuer ist ohne Chance

Eine Mannschaft mit zu vielen Baustellen

Der FC Bayern ist sich selbst ein Rätsel. Die Blamage gegen Werder Bremen erhöht den Druck enorm – auch auf dem Transfermarkt

Niklas Stark wirkte für einen Moment wie ein Mallorca-Party-Tourist, der die Playa de Palma am Ballermann entlangspaziert. Im Trainingsanzug und mit einer Bassbox im Arm kam der Profi von Werder Bremen Sonntagabend nach dem 1:0 (0:0) beim FC Bayern aus der Kabine im Münchener Stadion, aus dem Lautsprecher dröhnte der Mitgröl-Song „Dicht im Flieger“. Zuvor hatte ein Werder-Betreuer einen Kasten Bier in die Bremer Umkleidekabine gebracht. Thomas Müller gab gerade ein Interview, und als er Stark sah, brach der Offensivstar der Münchener das Gespräch ab. „Jetzt merkst du: Denen war es wichtig“, sagte er zu den Journalisten. „Das könnt ihr schreiben.“

VON JULIEN WOLFF

Es war ein Spieltag, der den Spielern und Verantwortlichen des deutschen Fußball-Rekordmeisters zu denken geben muss. Und Angst machen dürfte. Während Bayer Leverkusen zum zweiten Mal in Folge mit einem Tor kurz vor Spielende gewann, diesmal das Topspiel gegen RB Leipzig (3:2), verloren die Bayern erstmals seit 15 Jahren gegen Bremen. Und liegen nach dem 18. Spieltag nun bereits sieben Punkte hinter der Mannschaft von Trainer Xabi Alonso – bei einem Spiel weniger, Mittwoch (20.30 Uhr, Sky) empfangen die Bayern

in der Nachholpartie Union Berlin. Der Gewinn der deutschen Meisterschaft ist so sehr in Gefahr wie lange nicht. Den Münchnern droht der GAU – die erste Saison ohne nationalen Titel seit 2012.

Es war nicht nur das Ergebnis gegen Bremen, das ein heftiges Alarmsignal für die Bayern sein muss. Das Auftreten der Mannschaft auf dem Rasen und die Äußerungen der Spieler und Bosse nach dem Spiel zeigen deutlich, wie dramatisch die Lage ist. Diese Mannschaft tritt nicht als Einheit auf. Und hat (zu) viele Baustellen.

Es ist ein Warnzeichen, dass Weltmeister Müller, seit beinahe 25 Jahren im Klub, zu wenig Feuer und zu wenig Leben im Spiel gegen Bremen feststellte. Den Bayern fehlen Stabilität, Sicherheit, Lockerheit, funktionierende Automatismen, Ideen und Lösungen. Ihr Kader ist beinahe eine Milliarde Euro wert, die Mannschaft qualifizierte sich ohne Niederlage in der Gruppenphase für das Achtelfinale der Champions League. Für die Formschwankungen der Mannschaft haben sie im Klub kaum Erklärungen. Der erhoffte, den Teamgeist stärkende Effekt des kurzen Trainingslagers an der Algarve in der vergangenen Woche ist wohl verpufft. „Im Urlaubsmodus zurück aus Portugal“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“.

Die Blamage gegen Bremen hat Folgen: Seit diesem Sonntagabend haben sich die Rollen verändert – der FC Bay-

ern ist nun noch der Jäger. Und Bayer Leverkusen der Gejagte. „Es war deutlich zu wenig. Wir haben 70 Minuten nicht wie eine Mannschaft gespielt, die einen Sieg erzwingen will, die um die Meisterschaft spielt, die eine Antwort geben will. Wir haben das nur 20 Minuten getan“, sagte Trainer Thomas Tuchel: „In der ersten Halbzeit waren wir extrem statisch. Hatten extrem viele Ballverluste, haben viele Konter zugelassen, waren im Ballbesitz schlappig. Verdiente Niederlage.“ Der 50-Jährige sagte zudem: „Wir haben so gespielt, als hätten wir zehn Punkte Vorsprung und Dienstag noch ein Champions-League-Spiel. Das ist unsere Verantwortung. Ich habe auch keine Lust mehr, dass ich sage, dass wir gut trainieren. Das glaubt ja langsam keiner mehr.“ Das Team habe „belanglos“ gespielt. Er habe den Eindruck gehabt, es habe versucht, „ein Bundesligaspiel zwischen Übermut und Schongang runterzureißen“.

Tuchel stellt sich nicht mehr vor seine Mannschaft. Vorstandschef Jan-Christian Dreesen klagte über 70 Minuten „langweiligen Fußball“. Sportchef Christoph Freund bemängelte: „Keine Leidenschaft, kein Mumm – das war einfach enttäuschend.“ Mittelfeldchef Joshua Kimmich, den Tuchel gegen Bremen auswechselte, stellte sogar die Grundsatzfrage. Und ärgerte sich über seine Auswechslung: „Natürlich will ich immer 90 Minuten auf dem Platz ste-

hen. Gerade wenn wir hinten liegen, ist es was anderes, als wenn man 3:0 führt.“

In der Mannschaft herrscht mitunter Ratlosigkeit ob der schwachen Leistungen. Das 0:3 im Supercup gegen RB Leipzig, das peinliche Aus im DFB-Pokal gegen den Drittligaklub 1. FC Saarbrücken (1:2), das 1:5 in der Bundesliga gegen Eintracht Frankfurt, nun das 0:1 gegen Bremen – die Bayern sorgen bis zu diesem immer noch recht frühen Zeitpunkt in der Saison für (zu) viele Tiefpunkte. „Man hat gemerkt, dass die Bremer hungriger waren als wir. Das darf uns in der jetzigen Phase nicht passieren“, sagte Kimmich. „Man hat nicht das Gefühl, dass wir wissen, worum es geht.“ Und: „Generell muss man die Herangehensweise hinterfragen.“

Es gibt viele Gründe für die Probleme der Bayern. Die Entscheidungen der ehemaligen Klubführung um den einstigen Vorstandschef Oliver Kahn und Sportvorstand Hasan Salihamidzic, von der sich der Klub im vergangenen Mai trennte, wirken immer noch nach. Sie stellten den damaligen Trainer Julian Nagelsmann im vergangenen März frei und entschieden sich für Tuchel. Ein ungewöhnlicher Zeitpunkt, bis heute bleiben viele Fragen zu der Entscheidung offen. Tuchel übernahm mitten in der Saison. Am Ende reichte es gerade noch zur Meisterschaft.

Zudem fehlt es mitunter an Disziplin. Als Tuchel gegen Bremen die Taktik umstellte und der eingewechselte Müller dies Leroy Sané erklärte, winkte der Offensivstar, der im Spiel wohl die Seite wechseln sollte, ab und schüttelte den Kopf. Der ehemalige Nationalelf-Kapitän Michael Ballack sagte bei DAZN über Sanés Reaktion: „Der Trainer hat umgestellt auf Dreierkette. Das kann er sich sparen. Wenn der Trainer das so umstellt, muss er das annehmen. Das wirkt sich auf die Mannschaft aus.“

Spannend wird nun Tuchsels Umgang mit den Führungsspielern. Leon Goretzka ließ er gegen Bremen – wie zuvor beim 3:0 gegen die TSG Hoffenheim – nicht von Beginn an spielen. Rekordnationalspieler Lothar Matthäus sagte bei Sky: „Dass Goretzka wieder nicht von Anfang an gespielt hat, ist für die Stimmung nicht gut. Diese Entscheidung gegen Goretzka können auch die Spieler nicht verstehen.“ Goretzka sei ein Mentalitätsspieler und habe gegen Bremen vor allem als Antreiber gefehlt.

Unabhängig vom Ausgang der Saison: Im Sommer könnte es einen Umbruch bei den Bayern geben. Goretzkas Vertrag in München gilt bis 30. Juni 2026, Kimmichs bis 30. Juni 2025. Beide Nationalspieler sind nicht mehr unverkäuflich. Die Formkurve von Außenverteidiger Alphonso Davies geht seit Langem nach unten, er wird mit Real Madrid in Verbindung gebracht. Ein Umbau könnte dieser Bayern-Mannschaft guttun. Sie wurde in den vergangenen Jahren mitunter zu wenig in die Pflicht genommen. „Wir müssen die Mannschaft und uns selbst in die Pflicht nehmen und versuchen, es wieder auszubessern“, sagte Tuchel Sonntag.

Er hofft, für die restliche Saison noch einen Verteidiger zu bekommen. Als Kandidaten gelten Nordi Mukiele von Paris St. Germain und Kieran Trippier von Newcastle United. Am 31. Januar endet die Transferperiode. Der auf den Bayern lastende Druck in der Liga und auf dem Transfermarkt hat sich seit Sonntagabend noch mal erhöht.

Emotionales Comeback nach Krebs-Diagnose

Gladbach verliert, feiert aber Verteidiger Lainer

Nach seinem Comeback knapp ein halbes Jahr nach der Krebs-Diagnose schaut Fußball-Profi Stefan Lainer von Borussia Mönchengladbach optimistisch und voller Tatendrang nach vorne. „Natürlich muss man es immer ein bisschen beobachten. Aber grundsätzlich ist jetzt Feuer frei“, sagte der österreichische Nationalspieler, der bei 1:2-Heimniederlage am Sonntag gegen den FC Augsburg in der 71. Minute eingewechselt wurde.

Es sei trotz der Niederlage ein „Glücksmoment, dass ich mich fit fühle und Gas geben kann“, sagte der 31-Jährige, bei dem in der Sommerbereitung Lymphknotenkrebs festgestellt worden war: „Ich fühle mich gut in Form und freue mich auf die Zukunft. Die Vergangenheit ist so, wie sie ist. Ich habe das Beste draus gemacht.“ Er habe in seiner Leidenszeit aber „nie gezweifelt“, versicherte Lainer: „Ich bin ein Mensch, der nimmt es hin, wie es ist. Ich habe nie nach hinten geschaut, war immer positiv. Mein Arzt hat mich sehr gut geführt. Es ist alles wirklich sehr rund gegangen. Da gehört natürlich auch Glück dazu. Und viele Menschen, die einen unterstützen. Jetzt wieder auf dem Platz zu stehen, vor den Fans, das war sicher das emotionalste Spiel meiner Karriere.“

Auch sein Trainer war voller Freude. „Er ist vom Charakter her ein Rennpferd“, hatte Gerardo Seoane in der Vorwoche gesagt, als er ihn noch nicht in den Kader berufen hatte. Nun meinte er: „Wir freuen uns extrem, dass die Leidenszeit für Stevie und seine Familie endlich vorbei ist.“ Ob der Rechtsverteidiger, der 2019 aus Salzburg kam, auch in kommende Saison noch für die Borussia spielt, ist derweil offen. „Wir stehen mit dem Jungen und seinem Management im offenen und klaren Austausch“, sagte Sportdirektor Nils Schmidtknecht: „Und dann schauen wir, was am Ende dabei rauskommt.“ dpa

Golf-Amateur siegt, erhält aber kein Preisgeld

Student Nick Dunlap gewinnt auf der PGA Tour

Während des Siegerinterviews liefen bei Nick Dunlap immer noch die Tränen. Der 20-Jährige hatte wenige Augenblicke zuvor das Desert Classic in La Quinta gewonnen – als erster Amateur seit 33 Jahren gelang ihm ein Erfolg auf der PGA Tour. „Ich bin so dankbar, das als Amateur zu erfahren. Ich werde diesen Tag nie vergessen“, sagte Dunlap und wischte sich eine Träne aus dem Auge.

Der Student der University of Alabama gewann das Turnier in Kalifornien am Sonntag mit einem Schlag Vorsprung auf den Südafrikaner Christiaan Bezuidenhout. Mit insgesamt 29 Schlägen unter Par brach der amtierende Amateur-Meister Dunlap zudem den Rekord. Er ist überhaupt erst der dritte Amateur, der ein Turnier auf der PGA Tour gewann. Letztmals war das 1991 der Fall, als Phil Mickelson den Walker Cup für sich entschieden hatte.

Am entscheidenden Loch musste Dunlap einen Putt über etwa zwei Meter versenken, um den Turniersieg zu sichern. Sein Caddie Hunter Hamrick hatte eine besondere Motivationsstrategie, wie Dunlap im Anschluss erklärte. „Er sagte mir, sogar meine Mutter würde den Putt schaffen. Und es stimmte, abgesehen von den Umständen war es der einfachste Putt aller Zeiten. Aber in dieser Situation spürst du deine Hände nicht, deine Füße und deine Beine nicht. Ich war noch nie so nervös“, gab der 20-Jährige zu und ergänzte mit einem Lachen: „Um ehrlich zu sein, ich würde meiner Mutter in der Situation auch gar nicht vertrauen.“

Der einzige Wermutstropfen des historischen Sieges dürfte das Preisgeld sein. Zwar ist das Desert Classic mit 1,5 Millionen US-Dollar Preisgeld dotiert – Dunlap, der für Masters und die US Open spielberechtigt ist, wird allerdings keinen Cent sehen. Amateure dürfen auf der PGA Tour nur Preisgelder bis 1000 Dollar behalten. Der Millionengewinn geht in diesem Fall an den Zweitplatzierten Bezuidenhout. DW

Zverev nach Fünfsatz-Drama im Viertelfinale

Der deutsche Tennisprofi ringt den Briten Norrie nieder und bekommt es nun mit dem aktuellen Wimbledon-Sieger zu tun

Nach dem nächsten Kraftakt bei den Australian Open riss Alexander Zverev erleichtert die Arme in die Höhe, wenig später stimmte er mit dem Publikum ein Geburtstagsständchen für seinen Vater Alexander Senior an. Der Tennis-Olympiasieger gewann am Montag in Melbourne gegen den Briten Cameron Norrie mit 7:5, 3:6, 6:3, 4:6, 7:6 (10:3) und erreichte damit zum dritten Mal in seiner Karriere am Yarra River das Viertelfinale.

Zverev verwandelte nach 4:05 Stunden seinen ersten Matchball. Im Kampf um den Halbfinaleinzug bekommt es Zverev nun am Mittwoch mit Wimbledon-Champion Carlos Alcaraz zu tun. Der Spanier besiegte den Serben Miomir Kecmanovic klar mit 6:4, 6:4, 6:0 und konnte dabei anders als Zverev Kraft sparen. „Wenn ich so spiele wie heute, werde ich meine Chancen bekommen. Ich freue mich auf das Match“, sagte der 20-jährige Alcaraz zum Duell mit Zverev.

Zuvor musste aber noch das Achtelfinale analysiert werden. Und das war einmal mehr knapp zugunsten des Deutschen ausgefallen. „Am Ende ist es ein Grand Slam, wo alle ihr bestes

Tennis spielen. Und Cameron hat heute unglaublich gut gespielt“, sagte Zverev nach der nächsten Zitterpartie. Schon in der zweiten Runde hatte er gegen den slowakischen Qualifikanten Lukas Klein erst im Tiebreak des fünften Satzes gewonnen. „Ich bin einfach nur glücklich, dass ich weiter bin.“ Auch Tennis-Legende Boris Becker war erleichtert. „Marathon-Mann Sascha Zverev würde ich sagen. Irgendwas passiert bei ihm im fünften Satz, die Mentalität stimmt“, sagte Becker als Experte beim übertragenden TV-Sender Eurosport.

Gegen Norrie ließ sich Zverev auch von einem Zuschauerprotest Mitte des dritten Satzes nicht aus der Ruhe bringen. Eine Frau hatte von der Tribüne hinter Zverev Flugblätter auf den Platz geworfen. Die Frau wollte mit ihrer Aktion offenbar auf den Nahost-Konflikt hinweisen, auf den Zetteln stand „Free Palestine“. Zwei andere Zuschauer zerrten die Person aus der Arena, da keine Ordner eingriffen. Die Partie konnte nach wenigen Minuten fortgesetzt werden. Bei der Rückkehr ins Stadion bekamen die beiden Zuschauer von den übrigen Besuchern Applaus. Zverev hatte sich in die Platzmitte begeben und be-

obachtete das Geschehen von dort aus. Vom Veranstalter gab es zunächst keinen Kommentar zu der Aktion.

4:0-Siege, 8:0-Sätze – Zverevs Bilanz gegen Norrie vor dem Duell in der Margaret Court Arena war makellos. Dennoch war die deutsche Nummer eins gewarnt. „Klar ist es schön, mit so einer Bilanz ins Spiel zu gehen. Aber trotzdem muss ich das natürlich total ernst nehmen“, hatte Zverev vor der Partie gesagt. Und in der Tat ging Zverev die Begegnung sehr konzentriert an. Der Welttranglisten-Sechste schlug gut auf und leistete sich anfangs wenige Fehler. Zum 6:5 nahm er Norrie den Aufschlag ab, nach 47 Minuten holte sich Zverev mit dem zweiten Satzball den ersten Durchgang.

Auch im zweiten Satz kontrollierte Zverev weiter das Geschehen. Zum 3:2 gelang ihm erneut ein Break – Zverev hatte alles im Griff und schien auf einen weitgehend ungefährdeten Sieg zuzusteuern. Doch dann wurde Zverev plötzlich nachlässig, spielte unkonzentriert und leistete sich einige unnötige Fehler. So ließ er Norrie zurück in die Partie. Erst gelang dem Briten das Re-Break, dann nahm er Zverev ein weite-

res Mal den Aufschlag ab und schaffte wenig später den Satzgleichstand.

Doch Zverev blieb ähnlich wie im knappen Zweitrundenspiel gegen den slowakischen Qualifikanten Lukas Klein ruhig. „Ich bin erwachsener geworden. Ich weiß gar nicht, wann ich das letzte Mal einen Schläger zertrümmert habe“, hatte Zverev in den Tagen von Mel-



Alexander Zverev bewies in Melbourne einmal mehr gute Nerven

bourne über seine neue Herangehensweise auf dem Platz gesagt. Und die Ruhe zahlte sich zunächst aus. Zverev gelang im dritten Satz ein frühes Break, der gebürtige Hamburger war nun wieder voll konzentriert bei der Sache. Auch die kurze Unterbrechung beim Stand von 4:1 brachte ihn nicht aus dem Rhythmus. Mit dem vierten Satzball holte er sich den dritten Abschnitt.

Doch wie schon nach dem gewonnenen ersten Satz leistete sich Zverev danach eine Schwächephase. Norrie, für sein großes Kämpferherz bekannt, nutzte das und schaffte nach etwas mehr als drei Stunden erneut den Ausgleich. Die Entscheidung musste also im Entscheidungssatz fallen. Hier gelang Zverev mit einem schnellen Break erneut der bessere Start. Doch wieder fehlte ihm die Konstanz, sodass Norrie prompt ausgleichen konnte.

Zverev spielte nun viel zu passiv, stand erneut unerklärlicher Weise einige Meter hinter der Grundlinie und konnte von dort aus keinen Druck ausüben. Doch Norrie versagten in der entscheidenden Phase die Nerven. Der Briten machte viele Fehler, Zverev rettete sich so ins Viertelfinale. DPA/SUF

Am vergangenen Mittwoch hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder gleich mal vorgelegt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle deutlich schlanker werden, so könnte der Saarländische Rundfunk vom Südwestrundfunk aufgenommen werden, Radio Bremen könne beim Norddeutschen Rundfunk unterkommen. Mindestens 14 der 72 Hörfunkprogramme wären verzichtbar, auch die Zukunft der kleineren Fernsehkanäle müsse geprüft werden. Die Gehälter von Führungskräften gehörten angepasst (nach unten, versteht sich), die Verwaltung müsse verschlankt, die Zahl der Rundfunkorchester halbiert werden. Söders Vorschläge sind ziemlich griffig, das übergeordnete Ziel, den Rundfunkbeitrag mindestens stabil zu halten, lässt sich schnell erfassen.

VON CHRISTIAN MEIER

Etwas anders sieht es nun mit dem Bericht aus, den einen Tag darauf der sogenannte „Zukunftsrat“ für die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgelegt hat. Die Ministerpräsidenten der Länder hatten dieses Gremium bestimmt, um sich bei der nötigen Reform von ARD, ZDF und Deutschlandfunk helfen zu lassen – denn Medien sind Ländersache. Acht Experten aus der Medienbranche und Juristen haben sich etwa ein dreiviertel Jahr mit der Aufgabenstellung befasst, wie ein beitragsfinanziertes Mediensystem ab dem Jahr 2030 und darüber hinaus aussehen müsse, um von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Was viele Schattierungen hat, darunter die Qualität der Berichterstattung und eine angemessene Beitragshöhe.

Auf 37 Seiten haben die Experten ihre Empfehlungen aufgeschrieben, den Vorsitz hatten Julia Jäkel, die ehemalige Chefin des Verlags Gruner + Jahr, sowie der ehemalige Verfassungsrichter und Rechtsprofessor Peter M. Huber. Auf den ersten Blick sieht ein großer Wurf anders aus. Doch die Vorschläge, das lässt sich auf den zweiten Blick sagen, sind weitreichender, als sie zunächst klingen. In einer Stellungnahme sagen die Mitglieder gradlinig: „Erforderlich sind nicht bloß Veränderungen im System, sondern Umbauten des Systems.“ Zwar habe man den Reformwillen der Anstalten durchaus zur Kenntnis genommen, doch die Veränderungsgeschwindigkeit sei viel zu langsam. Das Rundfunksystem sei „ein eigenes Sy-

stem mit eigenen Verhaltensregeln“ – doch diese müssten sich nun ändern.

Dennoch lassen sich die Empfehlungen nicht in einfache Streich- und Sparforderungen zwingen. Das grüne DIN-A4-Heftchen ist also gewissermaßen ein Anti-Söder-Papier, auch wenn es bei der Kritik an der Veränderungsgeschwindigkeit der Anstalten Schnittmengen in der Einschätzung gibt. Es gibt in dem Papier zwei Kernthesen, zum einen den Auftrag des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zum anderen die Struktur der Anstalten und ihre Finanzierung.

Zunächst zum Auftrag, der „geschärft“ werden soll. Was bedeutet, dass sich die Anstalten „für eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl und an der Demokratie“ einsetzen sollen. Den Begriff des „Gemeinwohlers“ nutzen die Anstalten bereits, doch das überzeugt die Experten offensichtlich nicht. Dem Zukunftsrat geht es um „mehr Innovation, Unterscheidbarkeit und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“. Die Sender sehen sie als „unaufgeregt Erklärer“. Der Hinweis auf mehr Unterscheidbarkeit bezieht sich sowohl auf die Absetzung von ARD und ZDF voneinander, wie auf die Absetzung vom Programm der Privatsender.

Inhaltlich brauche es daher „überdurchschnittlich innovative“ Formate und „nicht überwiegend Altbewährtes“. Zwar gehörten weiter Unterhaltung und Sport zum Programm, in einem Passus wird aber die Kultur hervorgehoben, die ein Kern des Angebots sei. Die Quoten zeigen natürlich immer wieder, dass es „überwiegend Altbewährtes“ ist, was Erfolg hat. Der Zukunftsrat ist indes überzeugt, dass eine Fixierung auf das, was beim Publikum kurzfristig funktioniert – also Programme, die ausschließlich auf Reichweite ausgelegt sind – mittelfristig zu weniger Akzeptanz führe. Der Ausgewogenheit der Inhalte widmet der Bericht einen eigenen Unterpunkt, angepöbelt wird hier der oft zu hörende Vorwurf, das Programm von ARD und ZDF sei zu „linkslastig“.

Ein bedeutsamer Vorschlag ist die Koppelung des Finanzierungsverfahrens an die Erfüllung des Auftrags. So sollen die Anstalten ihren Finanzbedarf nicht mehr bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) anmelden und dann wird geprüft, wie der tatsächliche Bedarf aussieht. Stattdessen soll die Kommission um weitere Experten ergänzt werden und prüfen, ob die Anstalten ihren Auftrag „vollumfänglich“ erfüllen. Ist dies nicht der Fall, darf ge-



DRP/CARSTEN KOALL



„Die Öffentlich-Rechtlichen stecken in einer Abwärtsspirale“

Der lang erwartete Bericht des „Zukunftsrats“ zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk liegt vor, der ein Szenario für die Zeit ab 2030 entwickeln soll. Das Ergebnis enttäuscht alle, die Streichreformen fordern – dürfte in den Sendeanstalten aber trotzdem für Aufregung sorgen

kürzt werden. Als Kriterien zur Erfüllung des Auftrags werden genannt: Vielseitigkeit, Vielfalt, Innovation, Verständlichkeit und Transparenz. Ein Beispiel: Alle Teile der Bevölkerung müssen von den Angeboten erreicht werden, nicht nur deutsche Staatsbürger. Hier sind erhebliche Konflikte um Definition und Wertung der Kriterien zu erwarten.

Zum umkämpften Rundfunkbeitrag äußert sich der Zukunftsrat auch. Zwar soll das Gesamtbudget für die Anstalten an einen Index gekoppelt werden (dieser Vorschlag gab es schon), doch soll eine entsprechend drohende stetige Erhöhung des Beitrags nicht daraus folgen. Vielmehr erhofft man sich, dass tatsächlich alle Empfehlungen umgesetzt wer-

den und so mittelfristig Einsparungen folgen. Tatsächlich dürfte es den Bundesländern, die nun im gemeinsamen Rundfunkrat über die Empfehlungen beraten müssen, schwerfallen, einzelne Punkte herauszufischen – letztlich funktioniert dieser Reformvorschlag nur im Gesamtpaket. Was den Reiz des Papiers als Gedankenexperiment ausmacht. Wie

realistisch eine Umsetzung ist, müssen die Länder entscheiden, in deren Spielfeld jetzt der Ball liegt.

Bei der Vorstellung in Berlin dabei war auch Roger de Weck, einstiger Chefredakteur der „Zeit“ und später auch Generaldirektor des Pendants zu ARD und ZDF, der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG).* Alle

Table with 12 columns: DIENSTAG, ARD, ZDF, SAT.1, RTL, 3SAT, ARTE, PRO SIEBEN, KABEL 1, NDR, ZDF INFO, MDR, WDR, HR, BR, SWR, VOX, PHOENIX, EUROSPORT 1 / SPORT 1. Each column lists TV programs with their start times and channel information.

Vorschläge, sagte de Weck, bauten auf bestehenden Reformen auf, die es ja ansonsten schon gebe. „Es muss nur alles viel schneller gehen.“ Neben dem Auftrag an den Zukunftsrat laufen weitere Reformprozesse in den Anstalten und nicht zuletzt gibt es Vorschläge der Parteien, zuletzt hatte die CDU/CSU ein Reformprogramm vorgestellt.

Doch zur Struktur, wie der Zukunftsrat sie sich vorstellt. Hier fällt zunächst auf, dass es dem Zukunftsrat vor allem um die ARD geht, weniger um das ZDF und das Deutschlandradio. Das hat vor allem mit der föderalen Struktur der ARD zu tun, also die Aufteilung in neun Landesrundfunkanstalten.

Landesrundfunkanstalten. 70 Prozent des Beitragsaufkommens in Höhe von rund 8,5 Milliarden Euro pro Jahr gehen an die ARD-Familie. Die bisherige Arbeitsgemeinschaft soll nach der Vorstellung des Zukunftsrats durch eine einheitliche ARD-Anstalt ersetzt werden, die zu einer besseren Organisation zwingen soll.

Die ARD wird strategiefähig, sagt dazu Julia Jäkel. Die unter dem Dach gruppierten Landesrundfunkanstalten sollen sich primär um das regionale Programm kümmern. Als Folge sollen Mehrfachstrukturen abgebaut werden.

Das wäre für die Landesrundfunkanstalten doch ein schwerer Schlag, sollte die Rundfunkkommission der Länder diesem Vorschlag folgen. Faktisch bedeutete dieser Weg eine Art Entmachtung für die Intendanten der neun Anstalten. Die sich dann, so sagen Jäkel und de Weck, viel besser um ihre Aufgaben als regionale Informationsversorger kümmern könnten – denn da liege ja der Wesenskern der ARD. An der Spitze der neuen ARD-Anstalt soll wiederum kein Intendant stehen, sondern eine Geschäftsleitung aus Managern. Alle überregionalen Aufgaben und Plattformen sowie die zentrale Verwaltung sollen von hier gesteuert werden.

Die digitale Verwaltung, mache die ARD „zu langsam und zu schwerfällig“. Auch für ZDF und Deutschlandradio schlägt der Zukunftsrat solche Geschäftsleitungen vor. Kontrolliert werden die von einem Medienrat (der die bisherigen Rundfunkräte ablöst) sowie einem Verwaltungsrat.

Die digitalen Angebote wie Mediatheken und Audiotheken von ARD, ZDF und Deutschlandradio sollen von einer gemeinsamen Tochtergesellschaft gesteu-

ert werden, was auch den Aufbau einer gemeinsamen technischen Plattform bedeutet (und nicht nur wie bisher eine „Verzahnung“ von Angeboten). Das ZDF dürfte diesem Vorschlag eher skeptisch gegenüberstehen – die Mainzer mögen ihre Unabhängigkeit.

Eine Summe möglicher Einsparungen wird in dem Bericht nicht genannt, mittel- bis langfristig sei es aber je nach Art der Umsetzung möglich und wahrscheinlich, Einsparungen zu erzielen. Anders als Markus Söder glaubt der Zukunftsrat allerdings nicht, dass sieben statt neun Landesrundfunkanstalten oder 58 statt 72 Hörfunksender tatsächlich einen großen Unterschied machen – der von ihnen als zentral genannte Kosten- und Effizienztreiber ist der Zwang zur übertriebenen Koordination und die daraus resultierende Ineffizienz.

Nun wären vermutlich auch ein paar Sender weniger im übervollen Angebot ein wichtiger Beitrag zur Reduktion von Komplexität. Und auch eine radikalere Reform wie die Zusammenlegung von ARD und ZDF wurde vom Zukunftsrat letztlich nicht in Betracht gezogen – begründet wird das mit der Notwendigkeit für journalistischen Wettbewerb (der aber faktisch seit Gründung des ZDF bis heute deutlich gestiegen ist).

Auf den Punkt ist die folgende Schlussfolgerung: „Derzeit stecken die Öffentlich-Rechtlichen in einer Abwärtsspirale: Alles geschieht in den gewohnten Strukturen, aber von allem ein bisschen weniger – schleichend auch weniger Substanz Das macht das System auf Dauer kaputt.“ Was in dem Papier versucht wird, ist der Brückenbau zwischen Kritikern und Befürwortern – denn selbst die größten Unterstützer der öffentlich-rechtlichen Sache können nicht unter den Tisch fallen lassen, dass das System erhebliche und mittelfristig nicht zu reparierende strukturelle Schwachstellen aufweist. Letzte Frage an den Zukunftsrat: Bis wann sollten diese Empfehlungen denn umgesetzt werden? Antwort: „Es eilt.“

Zu den weiteren Mitgliedern des Zukunftsrats gehören Mark D. Cole (Professor für Medien- und Telekommunikationsrecht), Maria Exner (Journalistin, Publika, Haus für Journalismus & Öffentlichkeit), Nadine Klass (Professorin für Bürgerliches Recht, Recht des Geistigen Eigentums und Medienrecht), Bettina Reitz (Präsidentin der Hochschule für Fernsehen und Film) und Annika Sehl (Professorin für Journalistik)

„Geschichten zum Publikum bringen“

Astrid Böhmisch ist seit Anfang des Jahres die neue Chefin der Leipziger Buchmesse. Oliver Zille, der langjährige Direktor, der Leipzigs Buchmesse für die Nachwendzeit neu erfunden hatte, war nach einer Ära von rund 30 Jahren zurückgetreten. Über die Gründe (mögliche Zerwürfnisse um die Zukunftsstrategie der Messe?) wurde spekuliert. Nun hat sich die neue Buchmessechefin erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Leipziger Messe gibt sich sichtlich bemüht, die anhaltenden Fragezeichen um Böhmisch zu zerstreuen.

VON MARC REICHWEIN

Denn seit ihre Personalie im November bekannt wurde, gingen im Whisper der Buchbranche über die neue Chefin der Leipziger Buchmesse vor allem zwei Sätze um. „Niemand kennt diese Frau“. Und „Sie bringt Erfahrung im Digitalen mit“. Beides wurde mit einem Unterton vorgetragen, als habe das allen Argwohn des eng vernetzten, manchmal auch zu engen Literaturbetriebs verdient. Naja, nicht jede Buchmessechefin müsse gleich eine Ära prägen, schallte es Böhmisch abschätzig aus der „FAZ“ entgegen. Sollte sich eine Person nicht zumindest erst einmal im Amt bewegen und bewähren dürfen, bevor man ihre Fähigkeiten beurteilt?

Eine wirkliche Story mit dem Literaturbetrieb hat Böhmisch tatsächlich nicht, sie war nie Verlegerin, hat kein Literaturfestival oder Literaturhaus geleitet, ja, noch nicht einmal ein Buch herausgegeben. Aber sie hat sich für ihren ersten Auftritt vor der Presseöffentlichkeit eine „Überschrift“ zurechtgelegt, eine Art Claim zu ihrer Biografie: Sie arbeite seit über 20 Jahren daran, „Geschichten zum Publikum“ zu bringen. Die 1974 in Passau geborene, studierte Gymnasiallehrerin für Deutsch und Englisch war für mehr als ein Jahrzehnt in der Filmvermarktung tätig, unter anderem für Senator Films und Wild Bunch, sie war später vier Jahre Marketingchefin im Piper-Verlag. Und sie war Managerin bei Bookwire, einer digitalen Plattform, die Verlagen bei der Vermarktung ihrer Buchinhalte für Audio- und andere Kanäle hilft.

Das Wort „Podcast“ spricht Böhmisch bei ihrer Selbstvorstellung amerikanisch aus, während ihr Deutsch einen nur für Kenner hörbaren, gelegentlich sanft durchblitzenden bayerischen Akzent aufweist. Das muss im sächsisch-weltoffenen Leipzig kein Nachteil sein, und schon gar nicht in der Buchbranche. Wirklich in die Karten einer möglichen strategischen Neuausrichtung kann und möchte sich Böhmisch beim ersten Meet & Greet mit Medienvertretern jedoch noch nicht schauen lassen, sie betont die Kontinuität der Buchmesse. Die vom 21. bis 24. März stattfindende Veranstaltung wird und kann 2024 noch nicht ihre Handschrift tragen, auch das Buchmesse-Gastland – in diesem Jahr Niederlande und die Region Flandern – hat Zille noch geplant. Großveranstaltungen haben ihren eigenen Vorlauf, funktionieren mit dem Motor von Jahrzehnten, was zwei Jubiläen beweisen: Der publikumswirksame Preis der Leipziger Buchmesse (für Belletristik, Sachbuch und Übersetzung) wird dieses Jahr zum 20. Mal vergeben, und die oft belächelte Begleithalle der Manga-Comic-Con gibt es nun auch schon seit 10 Jahren.

Böhmisch sieht es als eine zentrale Aufgabe an, „einem nicht unmittelbar geeigneten Publikum Literatur nahezubringen“. Sie deutet an, dass Literatur vom Verbund der verschiedenen Mediengattungen – Film, Audio, Buch – in Zukunft noch stärker profitieren könne. Doch sie bringe der Branche keine Ratschläge mit, will im ersten Jahr vor allem in die Branche hineinhorchen, sieht sich als „Brückenbauerin“. Zwischen großen und kleinen Verlagen, zwischen Branche und Publikum, zwischen Analog und Digital.

Auf Nachfrage der WELT betont sie, das Osteuropa-Profil der Leipziger Buchmesse nicht aufgeben zu wollen, „schon gar nicht in diesen Zeiten“. Man stehe, was die Ausstellerzahlen angeht, fast auf Vorjahresniveau. Mit Hinblick darauf, dass die Subventionierung durch Post-Corona-Beihilfen („Neustart Kultur“) ausgelaufen ist, sei das ein extremer Erfolg, betont Böhmisch. Auch „Leipzig liest“, Europas größtes Lesefestival, liege mit rund 3000 Veranstaltungen wieder auf Vorjahresniveau. Rechte Verlage hätten sich kaum ange-

Astrid Böhmisch, die neue Chefin der Leipziger Buchmesse, stellt sich vor – mit einem vorsichtigen Kurswechsel gegenüber ihrem legendären Amtsvorgänger



Beobachtet auch die Entwicklung von TikTok: Astrid Böhmisch

und sich womöglich nicht für Ostdeutschland interessiert – für eine Chefin an der Spitze einer der wenigen Institutionen, die aus der DDR überlebt haben, wäre das Signal fatal – entblößt sich mit diesem Portfolio nicht. Auch im persönlichen Gespräch strahlt Böhmisch Skeptiker, die in einer Marketing-Fachfrau per se – und auch ein bisschen klišiert – eine Person mit Desinteresse an Inhalten vermuten, Lügen.

„Denken Sie auch an die Renaissance des Hörspiels. Wir haben dieses Genre in Deutschland in den 1950ern mit etabliert, haben es dann totgesagt, und nun lebt es – im Zuge des Audio-Booms – wieder auf, auch als serielles Erzählen.“ Das Phänomen TikTok beobachte sie sehr interessiert. Bei der jungen Zielgruppe dort seien nicht nur Genres wie „Romantasy“ angesagt (das Kofferwort, das einen aktuellen Genre-Trend aus Romance und Fantasy beschreibt, geht ihr mit der Schmerzfreiheit von Marketingmenschen über die Lippen). Auch Klassiker wie Jane Austen oder Donna Tartt (mit „The Secret History“, eine Inspiration für den zurzeit gehypten Film „Saltburn“), ja selbst Kafka seien bei TikTok in aller Munde. „Man müsse die Nachhaltigkeit dieses Phänomens beobachten. Doch als emotionales und sinnliches Mittel, um Lesestoffe und Geschichten zu entdecken, sei „die persönliche Buchempfehlung“ bei Social Media sicher gekommen, um zu bleiben.

In der Verlagsbranche wird sich die neue Buchmesse-Chefin Vertrauen und Zutrauen erwerben müssen, durch Zuhören, Netzwerken, auch mit Kulturpolitikern und osteuropäischen Nachbarn. Öffentlich auffallen kann sie, wenn ihre Grußworte nicht nur Technokraten- oder Marketingsprech aufbieten. Und strategisch wirken muss sie vor allem im Hintergrund. Durch eine kluge Weiterentwicklung der Leipziger Buchmesse. Rückblickend mag die Ära Oliver Zille als goldene Einheit erscheinen, aber die Journalisten, die ihn zu seinem Abgang gefeiert haben, sollten nicht vergessen, dass sich auch seine Buchmesse fortlaufend neu justieren und ihre Relevanz jedes Jahr neu beweisen musste. Böhmisch fasst diese Binse in ein Zitat von Einstein: „Leben ist wie Fahrradfahren. Um die Balance zu halten, musst du in Bewegung bleiben.“

RÄTSEL UND SUDOKU VON STEFAN HEINE

Word search grid with clues in German. Clues include: europ. Fußballbund (Abk.), un-wirklich, Elends-viertel, Diskussions-gegenstand, Him-mels-richtung, besitz-anzeigendes Fürwort, aktiv, rege, Gesangs-stück, Pariser U-Bahn (Kw.), kurz für: heran, größtes Fasten-instrument, Götter-trank, Blut-ader, Kopf-schützer (Mz.), Strom durch Ägypten, niederl. Moderatorin (Mareike), großes german. Blashorn, deutsche Vorsilbe: schnell, riesige Flutwelle, ein Stück Obst, altes Schreib-gerät, trainieren, Kladden, Boten Gottes, Firmament, Vornamen Tschechows, ent-weder ..., nicht kalt, Frevler gegen Kirchen-gebote, ewig, Autor von „Peer Gynt“, erbitterter Gegner, biblischer Ort (Hexe), Zaun aus Pflanzen, Ältesten-rat, antiker Krug, Vornamen Tschechows, ent-weder ..., latein-amerikanischer Tanz, Wiesen-pflanze, japanischer Kaiser-titel, Salz der Olsäure, Schlag-rahm, Kurort in Südtirol, australisches Beutel-tier, nord-amerikanischer Urein-w., Tochter des Zeus, Kirgisen-zelt-lager, ehe, Stoff-zier-band, gegebte Tierhaut, dt. Komponist (Max), Schlang-enart, kleines Motor-rad (Kw.), Erhebung auf einer CD, Edelmetall, der Teufel, Bücher-freund, österr. Pops-inger, Schiffs-anlege-platz, winzig, niedrigst, mit ... und Krach, modern, aktuell, perfekt, langes Halstuch, Stadt im alten Ägypten, Folge-rung, Ergebnis, indische Seerose, einige, voll, stramm, altrö-mischer böser Geist, Bodenk-krume, Brand-schutz-wand, leichter Luftzug, fossiler Brenn-stoff, An-triebs-kraft, Wild-leder-art, Lebe-wesen, Berg-stämme Vietnams, Tanz-figur der Quadrille, Hühner-vogel, Backen-zahn, bargeld-loses Geld-depot, An-triebs-kraft, Staat in Mittel-amerika, Neuheit, Kinder-frau, phys.: radio-aktiv, Regen, eh. italienische Währung (Mz.), Vornamen des Re-gisseurs Brooks, Vor-schrift, Hund-e-rasse, poliert, glänzend, Insel-staat im Mittel-meer, ein Tonge-schlecht, Fußball-club in Bochum, Tier-pfleger, flüssiges Gewürz, Gruß-wort in der Schweiz, Mienn-spiel, All-er-Zufluss in Gifhorn, Wahr-heits-ge-löb-nis, Küch-en-be-steck, griech. Welt-kamp-fspiel, altrö-mischer Dichter, Flachs-garn-gewebe, am Tages-ende, hohe Spiel-karte, dt. Komponist (1983), Gebäu-de-teil, Söller, Bann, Achtung, Urein-wohner schlimm, Verlade-maschine, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11

Sudoku puzzle grid with numbers 1-9 and some pre-filled cells. The grid is 11x11. Pre-filled numbers include: Row 1: 6, 2, 7, 3; Row 2: 8, 9, 1, 8; Row 3: 8, 9, 2, 5; Row 4: 2, 6, 3; Row 5: 5, 4, 7, 7, 2; Row 6: 4, 9, 3, 7; Row 7: 8, 5, 4, 9; Row 8: 8, 3, 6; Row 9: 8, 5, 4, 6; Row 10: 1, 2, 3; Row 11: 1, 6, 9, 8; Row 12: 3, 8, 6, 2. Additional numbers are scattered in the grid.

ZU GUTER LETZT

Joe Chialos
Fehler

Es ist die Meldung des Tages aus Berlin: „Die Antidiskriminierungsklausel kommt ab sofort nicht mehr zur Anwendung.“ Berlins Kultursenator Joe Chialo gestand gestern ein: „Ich muss die juristischen und kritischen Stimmen ernst nehmen, die in der eingeführten Klausel eine Beschränkung der Kunstfreiheit sahen.“ Seit dem 21. Dezember mussten sich Kulturschaffende nach einer unter Fachleuten umstrittenen Definition gegen Antisemitismus bekennen, wenn sie finanzielle Förderung in Berlin beantragten. Eine Maßnahme, die viele als übergriffig empfanden.

Der Rückzieher ist eine Niederlage für Chialo persönlich, aber er offenbart auch die ganze Hilflosigkeit im Umgang mit kulturellem Antisemitismus. Die „Klausel“ hatte seit Jahresbeginn die Kulturszene gegen den Politiker aufgebracht, rund 4000 Kulturschaffende unterschrieben einen Offenen Brief, vor dem Abgeordnetenhaus demonstrierten rund 400 Künstler und Kulturschaffende. Die Kritik zog immer weitere Kreise. Die einen sahen diesen Aufstand als weiteres Zeichen für den grassierenden Antisemitismus, die anderen als wichtiges Aufbäumen gegen die Beschränkung der Kunstfreiheit. Sicher ist: Berlin steht vor einem Scherbenhaufen. Die Szene ist gespalten, die Stimmung verhärtet, Verständigung auf lange Sicht schwierig. Die Klausel hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte. Die späte Erkenntnis: Klauseln bekämpfen keinen Antisemitismus! Sie schränken den Austausch ein.

Fatal aber wäre, wenn das Scheitern der Klausel nun auch ein Scheitern des Kampfes gegen Antisemitismus wäre. Die Museen, Theater, Institutionen müssen endlich selbst dafür sorgen, „dass sie die Fähigkeit entwickeln, eigenständig über Antisemitismus zu urteilen“. Diese Worte hatte der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Raphael Gross, in seiner Rede vor dem Abgeordnetenhaus Joe Chialo ins Stammbuch geschrieben, als draußen demonstriert wurde. Und er fügte etwas hinzu, was jetzt wirklich wichtig wird: „Dazu gehört aber notwendigerweise auch Freiheit – auch Freiheit sich in seinem Wissen zu irren.“

SWANTJE KARICH



Immer am Baldorn: Milan Peschel und Mickey Rourke

Grand Hotel **ABGRUND**

Das Elend des Klischeekapitals: Roman Polanskis wahrscheinlich letzter Film „The Palace“ führt eine obskure Gesellschaft von Superreichen in einem Superluxushotel in den Schweizer Bergen vor

Könnte man nicht das Kino, vielleicht sogar das Fernsehen gleich mit durch eine Art Reichensteuer retten? Ketznerische Idee, zugegeben, aber gewissermaßen empiriegetrieben. Ginge so: Die Reichen, die ja bekanntermaßen immer reicher werden und sowieso nicht wissen, wo sie mit ihrer Kohle hinsollen, stellen einen, seien wir bescheiden, mittleren dreistelligen Milliardenbeitrag zur Verfügung. Dafür verpflichtet sich das Kino und das Fernsehen für die kommenden, sagen wir, fünf Jahre auf die Darstellung von Superreichen, von Extremkapitalisten in Film und Serie zu verzichten.

VON ELMAR KREKELER

Klingt ein bisschen nach Ablasshandel, die Idee. Aber jetzt kommt die Empirie ins Spiel. Ein Aufatmen ginge nämlich durch die Säle und die Wohnzimmer. Endlich keine hochglanzklischierten Industriellen mehr, die einfach weil sie Industrielle sind, auch erböse zu sein haben, die vollkommen folgenlos Dinge tun, die man einfach nicht tut, den sieben Tod- und noch paar anderen Sünden fröhnen, Menschen verbrauchen, Menschen an sich zerschellen lassen, deren Familien sich in ihrem Unglück alle gleichen und die natürlich nebenbei noch völlig gewissenlos die Welt immer noch ein bisschen mehr dem Abgrund entgegen schubsen.



Marquise, aber dennoch nicht zufrieden: Fanny Ardant



Pornodarsteller und Hotelchef: Luca Barbareschi und Oliver Masucci



Schönheitschirurg und Analytiker der Extreme: Joaquim de Almeida

Filme und Serien, die das Elend des Hochleistungskapitalismus in seinem Olymp voller ausgepicherter Arschlöcher vor Augen führen wollen. Und dazu aufordern, den nächststehenden Besserals-wir-Verdienenden den moralischen Stinckfinger zu zeigen. Gut. Es würde erstmal kein zweites „Paradise“ mehr geben, keine Fortsetzung von „Triangle of Sadness“ und kein „Saltburn 2.0“, keine neue Staffel von „White Lotus“. Das wäre schade. Aber diese ganzen „Tatort“-Folgen wären wir los, nach denen wir kurz davor waren, ernsthaft irgendwelche Bosse zu verteidigen, weil die und das System, das sie in Gang halten, so blöd und simpel gar nicht sein können, wie man es im Sonntagabendkrimi sah.

Hätte es diesen Fond doch schon vor ein paar Jahren gegeben! Dann wäre der

letzte Film des Roman Polanski zum Beispiel „Intrige“ gewesen. Ein visionäres Historiendrama vom Sturz einer bürgerlichen Gesellschaft in einen Abgrund des Antisemitismus. Polanski war 86, als der Film mit Nominierungen und Preisen geschüttelt wurde.

Er hätte es damit bewenden lassen können und Feuilletonisten nicht durch neue Filme dazu nötigen müssen, die Geschichte seiner Vergewaltigung einer Minderjährigen von 1977 und all ihrer Folgen immer wieder aufs Neue auszubreiten. Weil der Kapitalisten-im-Kino-Verhinderungsfond nun aber halt nicht existiert, Polanski von einem nicht geringen Altersstarrsinn getrieben wird und außerdem dummerweise ein paar Tage unter Superreichen in einem Superluxushotel der Schweiz verbrachte, dem Gstaader Zwilling des Waldhaus von St.

Moritz, weil das alles so war, müssen wir jetzt leider durch „The Palace“ durch.

Vorausschicken müssen wir, dass der Chef des „Gstaad Palace“, in dem Polanski zu Gast war und seine grauenvolle Grotteske drehen durfte, weil der gruselige gigantische Klotz gerade wegen Renovierung weitgehend leer stand, dass dieser Chef dem deutschen Schauspieler Oliver Masucci, der in „The Palace“ Hansueli Kopf spielt, den Hotelchef, ein Geständnis gemacht hat. Das nämlich, dass alles, was in „The Palace“ erzählt wird, nur ein Abklatsch dessen sei, was die von altem und neuem Geld getragene höhere Finanzelite an exzentrischem, schlechtem Benehmen und Großkotzerei nicht ganz selten so an den Tag legt in seinem Etablissement.

Wir schreiben den 31. 12. 1999. Jahrtausendsilvester. Die Welt ist in Partylaune

Wer das Theater liebt, muss es kritisieren

Satire auf den Bühnenbetrieb, nah an Bernhard: Herbert Fritsch, Meister des fröhlichen Unsinn, inszeniert „Das Portal“ von Nis-Momme Stockmann in Stuttgart

Oft spielen sich die größten Dramen nicht auf der Bühne ab. Geschäftsmäßig wird dem ermatteten Publikum im Theater ein Abklatsch der Leidenschaften präsentiert, deren ursprüngliches Ausmaß erst in der Kantine zum Vorschein kommt. Beim Gerangel um Rollen, Posten und Gelder kommen Abgründe und Niedrigkeiten zum Vorschein, die einen Molière oder Shakespeare verblassen lassen. Das ist im Theater nicht anders als im Leben auch.

VON JAKOB HAYNER

Das Schöne ist, dass man im Theater alles auf die Bühne bringen kann, sogar das Theater selbst. Das ist entweder Nabelschau, also „die Probleme, die Regie-jungstars mit ihrem Pimmel oder ihrer Mutti haben“, wie Altmeister Claus Peymann einmal unannahmlich sagte. Oder eine beißende Satire, wie sie Thomas Bernhard mit „Der Theatermacher“ geschrieben hat (und darin sogar die von Peymann und ihm ausgelöste Notlicht-Affäre aufs Korn nahm).

Der Autor Nis-Momme Stockmann hat mit „Das Portal“ ein Stück geschrieben, das in das Reich der Satiren gehört und sich der Gesellschaft eines Thomas

Bernhard nicht schämen muss. Es ist eine flotte Komödie, die von der Bühnenpforte bis ins Herz der Finsternis führt: ins Intendantenbüro. Es zeigt die Odyssee eines Dramatikers, der das ärmste Schwein in diesem Zirkus der Eitelkeiten ist. Gar ein Selbstporträt des 1981 geborenen Autors?

Für die Uraufführung von „Das Portal“ am Schauspiel Stuttgart hat sich Stockmann den Regisseur und Alleskünstler Herbert Fritsch gewünscht, den Meister des fröhlichen Unsinn und Slapsticks. Fritschs legendäre Inszenierungen wie „Die (s)panische Fliege“, „Murmel Murmel“ oder „der die mann“ haben das für seine existenziellistische Schwere berühmte deutsche Theater mit wundervoll durchheiterten Momenten beglückt und irritiert.

Komödie plus Fritsch, das klingt nach dem perfekten Match. Und das ist es auch. Wobei sich Fritsch sichtlich bemüht, bloß keinen Fernsehrealismus aufkommen zu lassen. So hat er die Bühne leergefegt, nur ein Konzertflügel steht im dunklen Bühnenraum, nachdem sich der rote Vorhang des Stuttgarter Theaters mit Schwung gehoben hat. Das Licht wirft schlichte Muster in blau, rot und gelb. Ist das schon Sparmaßnahme oder noch Bauhaus-Stil?

Der Auftritt des Ensembles offenbart weitere Affinitäten für gehobenen Trash: Die Anzüge sind nur aufgedreht, mehr Schein als Sein. Die Künstlerin Charlie Casanova, eine Figurine zwischen Commedia dell'Arte und Oskar Schlemmer, gibt am Flügel den Takt vor. Die Töne stolpern und purzeln herum. Die Töne des Schauspielers, die sich zu immer neuen Figuren und Bildern ordnen. Ein buntes Durcheinander, ganz ohne Video oder weiteres Bling-Bling.

Dieses Theater will weder die Welt abbilden noch entschlüsseln. Es ist eine Feier des Spielerischen. Was Fritsch an den Bühnenmitteln spart, lässt er seine Truppe ins Körperliche legen. Alles ist übertrieben und exaltiert, die Gesichtszüge und Gliedmaßen sind außer Kontrolle, die Stimme flattert durch die Tonhöhen. Wo kann man sonst noch frei und unbedrängt spielen? Der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt, sagt Friedrich Schiller. Dieses Zitat hat Stockmann seinem Stück vorangestellt, Fritsch nimmt es in seiner Regie auf.

Allen voran tappt der grandiose Sebastian Blomberg als aufgeblasener und – Seile machen es möglich: im Wortsinn – abgehobener Theaterleiter. Seinen abgeschmackten Zynismus verkauft er als Dienst am Publikum, dessen Innerstes

er zu kennen vorgibt, die Zahlen sagen das Gegenteil. Der Chef dramaturg (Sebastian Röhle), ebenfalls ein Typ alter Schule, plant bereits den Putsch. Alles hängt daran, ob die nächste Produktion ein Hit oder ein Flop wird.

Somit hängt die Zukunft des Theaters auch von dem jungen Regisseur (Valentin Richter) ab, der zwar einen leicht geistesgestörten Eindruck macht, aber als talentiert gilt. Und das, obwohl er seine Schauspielerei mit der Anweisung „Spiel das nicht!“ systematisch verwirrt. „Wir machen hier doch keinen Küchenisch-Naturalismus“, heißt es in einer Szene mit Sandwich. Dass das Sandwich imaginär ist, hat dann irgendwas mit Postmoderne zu tun.

Der Autor, der sich in dieses Theater verirrt hat, ist tatsächlich ein tragischer Held, von Marco Massafra mit leise leidender Miene gespielt. Der Regisseur wünscht keinerlei Nahkontakt mit ihm und – schlimmer noch – mit seinem Stücktext, der Intendant und der Chef dramaturg wetteifern darum, sich als narzisstische Ko-Autoren zu verewigen. Der Autor ist tot, denkt man kurz, als es den armen Menschen angesichts dieser geballten Ignoranz zu Boden streckt.

Wieder zum Leben erweckt wird der Autor ausgerechnet von der jungen

Schauspieler (Celina Rongen), die für ein Vorsprechen („eine Judith mit Fremdtexen einer Studienkollegin“) gekommen ist, sich aber zunächst den Avancen eines untüchtigen Dramaturgen (Peer Oscar Musinowski) erwehren muss. Immerhin bietet das die Gelegenheit, ihr Pamphlet gegen die Macht der



Selbstporträt des Autors? Szene aus „Das Portal“

und in Panik. Die Finanzwelt und nicht nur die rechnet mit dem Schlimmsten, dem größten anzunehmenden Geldunfall. Das Wort „Millennium-Bug“ spukt in gewaltigen Lettern in den Hirnen und Herzen. Hansueli, der Mann mit der fabelhaften Fistelstimme, will mit seiner generalstabmäßig choreografierten Bedienstetenschar seine Gäste für gut zwölf champagnersele und kaviarsatte Stunden vom Grübeln abzuhalten. Und von einem vorzeitigen Ableben.

Solange er das tut – er wirkt ein wenig wie Carson, der Chefbutler von Downton Abbey – ist auch noch alles gut in „The Palace“. Die trippelt elegant durch die Räume. Man ist in der Küche und dabei, wenn Caviar probiert und eine 2000 als Eisskulptur ins Foyer geschoben wird. Sobald man allerdings des ersten Gastes ansichtig wird, möchte man Hotel und Kino sofort verlassen, weil man ahnt, was da jetzt kommt geht nicht gut aus.

Weniger für den Pornodarsteller, den angehenden Bankbetrüger, die Gräfin, die russischen Mafiosi, die aufgespritzten Scharteken, den schmierigen Schönheitschirurgen und den amerikanischen Lustgreis samt seiner fetten Frau, die das „Palace“ im Folgenden bevölkern, als für Polanskis Film. Und natürlich für den inzwischen 90-jährigen Polanski, dessen absehbar letztes Projekt „The Palace“ ist. Und sollte es so sein, hat er mit Wucht die Kintür hinter sich zugeworfen.

Er hat eine erkennbare Abscheu vor seinem Personal. Er gibt sich gar keine Mühe, das zu kaschieren. Er will den Superreichen nicht mal gute Sketche, intelligente Satire, ein feines Tempo, irgendeine Form von Eleganz gönnen. Er kotzt ihnen eine wahrscheinlich absichtsvoll unverdaut scheinende Melange aus schalen Altherrenhumor, Scherzen aus der untersten Proktologenschublade, Sexismus und psychologischem Flachwitz vor die Füße. Jene, die Polanski meint, würden diese Füße natürlich nie für „The Palace“ ins Kino setzen, was Polanski allerdings herzlich egal ist.

Schon nach ein paar Minuten mit dem schlecht gealterten Pornostar Bongo (Luca Barbareschi) und dem noch schlechter gealterten Finanzjongleur (Mickey Rourke), mit der unterbefriedigten Gräfin (Fanny Ardant) und ihrem Bettdeckende vollkackenden Hund fragt man sich, ob man das schöne Geld nicht besser Oxfam gespendet hätte. Irgendwann stirbt dann auch noch der amerikanische Milliardär (den ausgerechnet der Erzbrüder John Cleese gibt) nach der Einnahme von zwei Viagra selig lächelnd beim Akt unter seiner mollen Frau (Bronwyn James), die daraufhin einen Scheidenkrampf kriegt, für dessen Lösung dann Hansueli sorgen muss. Der Mann ist nicht zu beneiden. Der Zuschauer, der bis dahin ausgehalten hat, auch nicht.

Spätestens als, beleuchtet von einem ziemlich erbärmlichen Feuerwerk, das neue Jahrtausend endlich da ist und eins der abartig operierten Gespenster auf dem Balkon des „Palace“ ruft „Schlimm, was das Geld aus den Menschen macht“, spätestens da möchte man sein Hirn an die Leinwand schmeißen, damit da wenigstens ein bisschen was halbwegs Intelligentes hängt.

Das haben die Reichen nicht verdient. Sowa wollen wir nie wieder sehen. Deswegen fordern wir die Reichensteuer. Christian Lindner übernehmen Sie! Oder Claudia Roth. Oder beide.